

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 19 vom 9. Mai 1980

14. Jahrgang

1 DM

Vor 35 Jahren endete der Hitler-Krieg

Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg!

Am 8. Mai 1945 unterzeichnete der faschistische Generalfeldmarschall Keitel in Berlin die bedingungslose Kapitulation der Hitlertruppen. Der Krieg in Europa war damit beendet. Die Armeen der Anti-Hitler-Koalition, vor allem die Armeen der Sowjetunion, hatten dem deutschen Imperialismus eine vernichtende Niederlage beigebracht.

Für das deutsche Volk war der Tag der Niederlage zugleich der Tag der Befreiung. Die Menschen konnten auf eine neue Zeit hoffen, in der Faschismus und Krieg endgültig ausgerottet sein würden.

Im März 1945 war von Deutschland nurmehr ein Trümmerhaufen übriggeblieben. Für jeden war so sichtbar, wohin die Herrschaft des Faschismus und Militarismus, wohin die Herrschaft des großen Kapitals führt: bereits zum zweiten Mal in die Katastrophe eines Krieges, in den völligen Ruin, in Hunger, Elend, Tod. Für viele war deshalb damals nicht vorstellbar, daß der Kapitalismus und mit ihm Militaristen, Faschisten und Kriegstreiber noch einmal emporkommen könnten.

Heute, nach 35 Jahren, ist die Forderung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

wieder zur Tagesforderung geworden.

Unter dem Schirm der westlichen Besatzungsmächte, vor allem der USA, unter der anti-kommunistischen Spalterregung eines Adenauer konnten die Monopolherren ihre Macht behaupten. Unter den nachfolgenden Regierungen von Erhard bis Schmidt bauten sie ihre Macht aus. Und seit dem letzten Jahr hat ein Mann der äußersten Reaktion, hat Franz Josef Strauß mit seiner CDU/CSU-Kanzlerkandidatur den Anspruch auf die politische Macht angemeldet. Die Kandidatur von Strauß ist eine Herausforderung an alle Antifaschisten. Sie ist es um so mehr, als sich seit der Afghanistankrise mit der zunehmenden Konfrontations-, Aggressions- und Interventionspolitik der beiden Supermächte USA und UdSSR die internationale Lage

zuspitzt und die Kriegsgefahr verstärkt.

Statt nun unser Land vom US-amerikanischen Kriegskarren abzukoppeln, verstärken die Verantwortlichen nur die Abhängigkeit.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! — In dieser Losung drückt sich die zunehmende Sorge der Werktätigen und Arbeiter in unserem Land aus. Dies war auch an den Maikundgebungen abzulesen, die in diesem Jahr groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr waren. Auf den Maiveranstaltungen zeigte sich deutlich die Entschlossenheit der Arbeiter, alles zur Abwendung eines neuen Faschismus, eines neuen Krieges zu tun. Es zeigte sich die Rolle, die den Arbeitern und Werktätigen im antifaschistischen Kampf und im Friedenskampf zukommt.

Heute, 35 Jahre nach dem Ende des Hitler-Krieges, ist es notwendig denn je, eine breite Front gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zu schaffen. Die KPD/ML ruft dazu auf, die VOLKSFRONT als Kern eines solchen Bündnisses zu unterstützen und zu stärken.

Funktionären den wahren Sachverhalt mit und forderten ebenfalls zu Versammlungen im Großen Saal auf. Der DGB versuchte darüber hinaus mit Erfolg, den Vertrag über die Saalmiete rückgängig zu machen. Als dann dennoch einige Faschisten ins Gewerkschaftshaus wollten, stießen sie auf eine Phalanx von 2000 Kollegen, die das Haus hiernach abriegelten. Auch der Große Saal selbst war bis auf den letzten Platz von Gewerkschaftern besetzt. So scheiterte die Provokation am entschlossenen gewerkschaftlichen Widerstand, ein besonderer Erfolg angesichts der Tatsache, daß der DGB in Hamburg bislang keine direkten Aktionen gegen die Faschisten organisiert hat.

Faschisten wollten ins Gewerkschaftshaus

Gewerkschafter verhindern Naziveranstaltung

HAMBURG. — Eine besonders dreiste Provokation ließ sich die faschistische „Deutsche Volksunion“ einfallen. Für eine Veranstaltung, auf der Altfaschist Frey die Forderung nach Amnestie für alle Nazi-Kriegsverbrecher propagieren wollte, mietete sie sich einen Raum — im Gewerkschaftshaus der Hansestadt.

Offensichtlich war der Pächter des Großen Saals im Gewerkschaftshaus getäuscht worden. Aber obwohl der DGB schon am Dienstag letzter Woche den wirklichen Charakter der geplanten Veranstaltung kannte, bewahrte er Stillschweigen über die Provokation, auch am 1. Mai. Allerdings wurden am 1. Mai die Ordner angewiesen, sich am Sonntag um 12 Uhr zu einer Funktionärsversammlung im Großen Saal zu versammeln. Das waren genau Ort und Zeit der geplanten Naziveranstaltung.

Während der DGB auch die Ordner über den wirklichen Zweck der Aktion im Unklaren ließ, teilten Einzelgewerkschaften wie die IG Drupa ihren

Hinter dieser Propagandakampagne, die in der Bundesrepublik von Presse und Fernsehen nachhaltig unterstützt wird, sollen die wahren Tatsachen verschwinden.

Diese Tatsachen aber sehen so aus: Am 1. Mai hat die israelische Regierung beschlossen, die Kolonisierungspolitik auszuweiten. Im Westjordanland sollen jetzt auch die großen Städte mit Siedlern der paramilitärischen „Gush-Eumunim“-Bewegung durchsetzt werden. Diese hatten in den letzten Monaten bereits Hunderte von Dörfern besetzt und die Einwohner vertrieben. Weiter hatte die Regierung Begin am Donnerstag beschlossen, die militä-



1. Mai 1980 geprägt durch die Kriegsgefahr.

In diesem Jahr drückte die wachsende Gefahr eines neuen Weltkrieges dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse ihren Stempel auf. Auf vielen Transparenten forderten die Gewerkschafter eine Politik, die der Friedenssicherung und der Abrüstung dient, anstatt der wahnwitzigen Konfrontationspolitik Carters zu folgen. Sowohl der russische Überfall auf Afghanistan, als auch das amerikanische Militärabenteuer im Iran wurde von den meisten Kollegen auf den Mai-Kundgebungen- und Demonstrationen klar verurteilt. Wo Redner die pro-amerikanische und chauvinistische Haltung der Bonner Regierung verteidigten, wurden sie in vielen Fällen ausgepöfht. Ausführlicher Bildbericht über den 1. Mai auf Seite 4 und 5.

Lohnabschluß im Kohlebergbau

Kumpel erhalten 7,15 Prozent mehr

IGBE-Chef Schmidt ignorierte Kampfbereitschaft

ESSEN. — Kurz vor Ablauf der Friedenspflicht einigten sich die Tarifparteien des Ruhrkohlebergbaus auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 7,15 Prozent für die rund 142 000 Beschäftigten. Darüber hinaus erhalten die 77 000 unter Tage arbeitenden Kumpel einen Sonderzuschlag von 5 Mark pro Schicht, der vom Staat aufgebracht wird.

Der 7,15-Prozent-Abschluß unterschreitet erheblich die vom IGBE-Chef am Anfang der Lohnrunde großmäulig aufgestellte Zielvorgabe, den Bergmann wieder an die Spitze der Lohnskala zu bringen. War es bislang in den Lohnrunden für den Kohlebergbau an der Tagesordnung, daß der jährliche Lohnabschluß sich eher unter den durchschnittlichen Abschlüssen der anderen Branchen bewegte, so liegt er in diesem Jahr um wenige Zehntelprozent darüber.

Doch haben die Ruhrkumpel alles andere als Grund zur Freude. Obwohl sie in der Schlußphase der Tarifverhandlungen eindeutig ihre Kampfbereitschaft demonstriert

haben, sah IGBE-Chef Schmidt es nicht für nötig an, die Unternehmenseite unter Druck zu setzen. In einem Spitzengespräch unter vier Augen am Vorabend des 1. Mai handelte er mit Karlheinz Bund den Abschluß aus, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, gewerkschaftliche Kampfkraft in die Waagschale zu werfen. Die Frage ist: Wie hätte der Abschluß ausgesehen, wenn die Kumpel von der IGBE-Spitze für die volle Durchsetzung der 9,5 Prozent in den Streik gerufen worden wären?

Es gilt als sicher, daß der Abschluß an der Ruhr auch für die übrigen Reviere (Saar, Aachen, Ibbenbüren) übernommen wird.

Europäische NOKs für Olympiade

ROM. — Die westeuropäischen Nationalen Olympischen Komitees (NOKs) haben am vergangenen Wochenende in Rom einen Vorstoß zur Rettung der Olympischen Spiele in Moskau unternommen.

In einer gemeinsamen Erklärung zum Abschluß ihrer dritten und letzten vorolympischen Sitzung riefen sie alle NOKs der Welt auf, an den Olympischen Spielen in Moskau teilzunehmen.

Weiter legten die westeuropäischen NOKs einen sogenannten 8-Punkte-Katalog vor, zur „Entnationalisierung“ der Spiele, wie es bei den Nachrichtenagenturen heißt.

Nach Meinung des Präsidenten des NOKs der Bundesrepublik, Willi Daume, sind durch die Beratungen in Rom die Chancen einer westdeutschen Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen gestiegen. Die endgültige Entscheidung des westdeutschen NOKs wird am 15. Mai fallen.

Zionistischer Terror im Westjordanland

HEBRON. — Mit der Behauptung, palästinensische bewaffnete Kräfte hätten am 2. Mai fünf „Bibelschüler“ in Hebron erschossen, begründet die israelische Regierung eine neue zionistische Terrorwelle im be-

setzten Westjordanland. Mit eiserner Faust, so Agrarminister Sharon, werde man jetzt die arabische Unabhängigkeitsbewegung im besetzten Land unterdrücken.

die Besiedlung brutal durchgesetzt werden. Die PLO hat die

Araber zum verstärkten Kampf aufgerufen.



Ausnahmezustand im Westjordanland

rischen Kräfte in der Region zu verdoppeln und ihre Bewaffnung zu verdreifachen. „Gush-Eumunim“-Terroristen hatten in den Tagen zuvor mehrere Araber erschossen, die Armee Israels am 1. Mai einen arabischen Demonstranten ermordet. So waren denn auch die sogenannten „Bibelschüler“, so friedfertig diese Bezeichnung auch klingen mag, nichts anderes als eine bewaffnete Einheit von „Gush-Eumunim“, die ein Haus in Hebron besetzt hatte.

Die zionistischen Behörden haben jetzt den Belagerungszustand verhängt, eine Reihe Bürgermeister verhaftet, zwei nach Libanon ausgewiesen — so soll

Kommentar

Je gefährlicher Carters aggressiver Kurs im Mittleren Osten wird, je weiter er die Welt an den Rand eines neuen Krieges treibt, desto lauter und nachdrücklicher bekunden hierzulande die Spitzen der bürgerlichen Parteien die „Solidarität mit den amerikanischen Freunden“. Und damit nicht genug. Man will auch uns, die Werktätigen, vor den Karren einer solchen fragwürdigen Solidarität spannen.

Offenbar jedoch ist der gewünschte Erfolg dabei ausgeblieben. Denn vor einigen Wochen beklagte zum Beispiel Minister Hauff eine anti-amerikanische Stimmung bei 70 Prozent der Bevölkerung, eine Stimmung, die er selbst als explosives Gemisch kennzeichnete. So ist es wohl auch kein Zufall, daß in der massiven pro-amerikanischen Propaganda, der wir nun schon seit Monaten ausgesetzt sind, verstärkt Töne einer ganz besonderen Art angeschlagen werden: Man appelliert an unsere Dankbarkeit.

Carters Kriegspolitik und die „deutsch-amerikanische Freundschaft“

Die Amerikaner — so kann man jetzt allenthalben hören — hätten schließlich jenen Sieg über Hitler ermöglicht, dessen 35. Geburtstag wir in dieser Woche feiern. Die Amerikaner — so heißt es weiter — wären es doch gewesen, die uns mit Care-Paketen und Marshall-Plan das Überleben nach dem Krieg ermöglicht und damit die Grundlagen für das „Wirtschaftswunder“ gelegt hätten. Wie kann man also, so werden wir gefragt, dies alles vergessen und denen, die uns damals so selbstlos geholfen haben, heute die Unterstützung versagen?

Um es vorweg zu sagen: Unser Volk hat wirklich eine Dankesschuld abzutragen. Aber die besteht nicht gegenüber dem amerikanischen Imperialisten, sondern gegenüber dem amerikanischen Volk, das sich mit hohen Blutopfern an der Niederwerfung der faschistischen Bestie beteiligt hat. Was aber den amerikanischen Imperialismus betrifft, wofür sollten wir ihm dankbar sein?

Etwa dafür, daß US-Monopole schon vor 1933 Hitler mitfinanzierten, weil sie in ihm einen Garanten für ihre Investitionen in Deutschland sahen? Und diese Monopole mitsamt ihren jeweiligen Regierungen haben sich später auch nicht deshalb an der Anti-Hitler-Koalition beteiligt, um die Welt vom Faschismus zu befreien, sondern mit dem Ziel, einen lästigen imperialistischen Konkurrenten loszuwerden und ihrerseits Fuß in Europa zu fassen. Sie waren es auch, die in voller Absicht den Krieg verlängert haben, indem sie die Eröffnung einer Zweiten Front (die Invasion im besetzten Frankreich) hinausgezögert haben — in der Hoffnung, Hitlers Wehrmacht würde die damals allein kämpfende Rote Armee aufreiben.

Und nach dem Sieg über den Faschismus? Was hat uns die amerikanische Besatzungsmacht gebracht? Die Rückkehr der alten Monopolherren und Kriegsgewinnler vom Schlage eines Flick oder Krupp; die Spaltung Deutschlands und die Verwandlung seines westlichen Teils in ein Aufmarschgebiet gegen das damalige sozialistische Lager. Und der jetzt immer wieder beschworene Marshall-Plan schließlich diente dazu, den Würgegriff der amerikanischen Monopole auf die Wirtschaft des westlichen Teils zu erleichtern.

Wofür also Dankbarkeit? Der amerikanische Imperialismus war und ist ein Todfeind unseres genauso wie des amerikanischen Volkes. Und diesem Volk gegenüber die Dankesschuld zu begleichen, das kann für uns nur eines heißen: vereint gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen und vereint den von ihm bedrohten Frieden zu schützen.

Widerstand gegen Bonner USA-Hörigkeit

„Wir müssen ja mit den Amerikanern nicht in den Tod gehen“

BONN. — Trotz des gescheiterten Überfalls der USA auf den Iran, trotz Carters offen zur Schau gestellter Bereitschaft zu neuen Aggressionen verharren die Bonner Parteien weiter in der uneingeschränkten Unterstützung Washingtons.

Bezeichnend dafür ist ein Telegramm, das Schmidt nach dem amerikanischen Piratenakt an den US-Präsidenten sandte, und das so beginnt: „Lieber Jimmy, in dieser schweren Stunde möchte ich Sie meines tiefen Mitgefühls versichern. Die Nachricht, daß die widerrechtliche Geiselnahme acht Menschenleben gefordert hat, erfüllt mich mit Trauer.“ Kann man deutlicher den menschenfeindlichen Charakter der Bonner Politik zum Ausdruck bringen?

Als im Iran Tausende von Menschen auf Geheiß des amerikanischen Imperialismus vom Schah niedergemetzelt wurden, hielt es diese Figur im Kanzleramt nicht für nötig, ihr Mitgefühl für diese Opfer des faschistischen Terrors zu bekunden. Aber Schmidt hatte ja auch keins! Und er schickte stattdessen Waffen nach Teheran, um dem Schah sein blutiges Handwerk zu erleichtern. Ein Schmidt kennt nur Mitgefühl mit dem Aggressor, wenn der sich einmal zu dumm angestellt hat. Und wenn sich dabei die Aggressionstruppen gegenseitig umbringen, wird auch das noch frech den Botschaftsbesetzern von Teheran angelastet.

Der Bonner Kanzler — das ist in der vergangenen Woche erneut deutlich geworden — hält seinem Jimmy auch weiterhin die bedingungslose Treue, komme was da wolle. „Carter befiehlt, wir folgen!“ Viele mögen diese Kennzeichnung der gegenwärtigen Bonner Politik für eine überspitzte Formulierung der Kommunisten gehalten haben. Aber wie soll man es denn sonst verstehen, wenn ein Egon Bahr — der ja in seiner Partei als „entspannungswillig“ gilt — jetzt zur amerikanischen Politik erklärt: „Zum Schluß, selbst wenn es Fehler gäbe, werden wir die Fehler mitmachen müssen.“ Wobei mit dem, was hier abgewiegt als Fehler umschrieben ist, neue militärische Abenteuer der amerikanischen Supermacht gemeint sind.

Aber warum müssen wir? Und überhaupt: Wer ist denn dieses „wir“? Auf die Bevölkerung unseres Landes jedenfalls können sich weder die Bundesregierung noch die Allparteienkoalition im Bundestag bei ihrem Mitschwimmen im Kielwasser der amerikanischen



Anti-Kriegs-Parolen auf der Mai-Kundgebung in Bochum.

Kriegstreiber berufen. Der „Spiegel“ veröffentlichte in der vergangenen Woche die Ergebnisse einer vertraulichen Meinungsumfrage, die das Kanzleramt in Auftrag gegeben hatte. Danach wird beispielsweise die „bedingungslose Anlehnung der Bundesrepublik an die Außenpolitik der USA“ von 52 Prozent der Befragten abgelehnt (nur 26 Prozent sprachen sich dafür aus). Gegen die „Stationierung von mehr und neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik“ sprachen sich 60 Prozent aus (24 Prozent dafür).

Am bedeutendsten sind in diesem Zusammenhang die folgenden Zahlen: 45 Prozent halten die „militärische Neutralität der Bundesrepublik und der DDR“ für eine geeignete Möglichkeit zur Friedenssicherung; nur 34 Prozent waren gegen die Neutralität. Bedeutend ist dieses Ergebnis vor allem deshalb, weil der Gedanke der militärischen Neutralität unmittelbar zu der Erkenntnis führen muß, daß sich eine solche Neutralität nur dann verwirklichen läßt, wenn beide deutsche Staaten aus den Militärbloken der Supermächte ausscheiden. Unsere Partei hat gerade diese Perspektive

immer schon als ein Mittel der Friedenssicherung propagiert.

Der pro-amerikanische Bonner Kurs stößt jedoch nicht nur — wie diese Umfrage beweist — auf breite Ablehnung bei den Werktätigen. Auch in der größten Regierungspartei, der SPD, macht sich zunehmend Widerstand breit. So solidarisierte sich etwa der Landesverband Schleswig-Holstein auf einem Parteitag ausdrücklich mit dem offenen Brief der Schriftsteller Brasch, Grass, Kirsch und Schneider an Schmidt, in dem es unter anderem heißt: „Lassen Sie sich von der amerikanischen Regierung, die spätestens seit Vietnam jedes Recht auf moralische Appelle verloren hat, nicht in eine Politik hineinziehen, die die Zerstörung allen Lebens auf diesem Planeten zur Folge haben könnte.“

Auch andere Parteiorganisationen der SPD haben zum Teil sehr scharf gegen die Bonner Kriegspolitik protestiert. Der Bundestagsabgeordnete Conradi sagte über diesen Widerstand in der SPD: „Die Partei erwacht allmählich aus ihrer Schreckensstarre nach Afghanistan und sagt, wir müssen ja mit den Amerikanern nicht in den Tod gehen.“

Strauß erzwingt Geldstrafe

HAMBURG. — Zu einer Geldstrafe von 800 Mark wurde die Genossin Ina Reese, die für Flugblätter der KPD/ML in Hamburg verantwortlich zeichnet, verurteilt.

Der Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß hatte sich wieder einmal beleidigt gefühlt, und zwar durch die Tatsache, daß sein Name auf einem Flugblatt mit Runenzeichen geschrieben worden war.

Auf einen weiteren Genossen, der dieses Flugblatt verteilt haben soll, kommt jetzt ebenfalls ein Prozeß zu.

2 000 contra NPD

MARBURG. — Rund 2 000 vorwiegend gewerkschaftlich organisierte Antifaschisten protestierten vergangenen Samstag gegen den in Marburg stattfindenden Landeskongreß der Jugendorganisation der NPD.

Die DGB-Kreisvorsitzende Käte Dinnebiert erklärte auf einer Kundgebung, gerade die Gewerkschaften seien heute in besonderem Maße gefordert, jeglichen neofaschistischen Anfängen zu wehren und „diesem Spuk ein Ende zu bereiten“.

Später zogen die Demonstranten dann noch zum Hauptbahnhof, wo eine Handvoll Jungfaschisten unter dem Schutz starker Polizeiverbände eine Kundgebung abhalten wollten. Wenige Tage vorher hatte das Verwaltungsgericht in Kassel ein durch den Oberbürgermeister verhängtes Kundgebungsverbot außer Kraft gesetzt.

Bauplatz für Tiefbohrungen besetzt

GORLEBEN. — Am vergangenen Wochenende besetzten etwa 5 000 Demonstranten das Gelände, auf dem demnächst die ersten Tiefbohrungen zur Erforschung der Salzstöcke niedergebracht werden sollten.

Nach wie vor ist die niedersächsische Landesregierung entschlossen, im Kreis Löhndannenberg ein Endlager für Atomfall zu errichten.

Gegenwärtig ist auf dem besetzten Gelände ein Dorf im Entstehen begriffen. Nicht nur Zelte werden aufgeschlagen, auch feste Holzbauten entstehen mit Unterstützung der einheimischen Bevölkerung. Wie aus der „Frankfurter Rundschau“ zu erfahren war, soll ein Bauer sogar zu Ehren der Bauplatzbesetzer ein Schwein geschlachtet haben.

Polizist schoß auf 13jährigen

BORNUM. — Wie locker westdeutschen Polizisten derzeit die Pistole im Halfter sitzt, beweist ein neuer Polizeischießskandal aus Bornum, bei dem es glücklicherweise keine Toten gab.

Ein 26-jähriger Polizeimeister beobachtete am 26. April vormittags einen jugendlichen Mopedfahrer, der eine Einbahnstraße in verbotener Fahrtrichtung befuhr. Laut Polizeibericht stellte sich bei einer Überprüfung heraus, daß das Moped gestohlen war. Der 13-jährige wollte sich durch die Flucht der Festnahme entziehen. Da schoß der Polizist. Die Kugel traf den 13-jährigen ins Bein.

Aus dem Inhalt

1. Mai 1980 — Mehr als 200 000 Teilnehmer bei den DGB-Aktionen.....	4/5	Erdal Eren.....	10
Strauß und die Gewerkschaften. Teil 3.....	6	In Schweden stehen alle Räder still.....	10
Demonstrationen gegen Graue Wölfe.....	7	Der 1. Mai in aller Welt....	11
Bombenterror zu Führers Geburtstag.....	7	Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen. Teil 8 ...	12
Professor Sigrist erneut vor Gericht.....	7	Jugendvertreterwahlen 1980	13
8. Mai 1945 — Befreiung von Krieg und Faschismus ..	9	IV. Internationales Jugendlager	13
Rettet das Leben von		Anna Seghers — Friedensgeschichten	14
		Ruhrfestspiele 1980	15
		„Der Kandidat“ — mangelhaft und sehenswert. 15	

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertriebs, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Hinterhältiger Angriff auf Kampfkraft der Gewerkschaften

CSU will Streikkassen besteuern

Es geht um 50 Millionen Mark

BONN. — Es fing alles ganz harmlos an. Im Bundestag fand die erste Lesung des „Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes“ statt. Während man noch darüber palaverte — ohne Ergebnis versteht sich —, wie man die horrenden Gewinne der Multitöchter besteuern könnte, führte die CSU Böses im Schilde. Sie hat die Absicht, die Streikkassen der Gewerkschaften zu besteuern.

Ihre Argumentation besteht aus folgenden Spitzfindigkeiten: Der DGB gewährte der gewerkschaftseigenen „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG“, die die Anteile von coop, Bank für Gemeinwirtschaft und Neue Heimat hält, ein Darlehen von einer knappen Milliarde aus Mitgliedsbeiträgen. Für dieses Darlehen erhält der DGB 12 Prozent Zinsen.

Ist es zwar auf der einen Seite ein äußerst zweifelhaftes Unterfangen auf seiten der DGB-

Führung, aus den Mitgliederbeiträgen Firmenkapital zu machen, so stehen immerhin die Zinsen des bei der Bank für Gemeinwirtschaft hinterlegten Kredits als „Streikreservekasse“ zur Verfügung.

Hier nun will die CSU ansetzen. Sie will die Zinsen als erwirtschaftetes Vermögen verstanden wissen und entsprechend besteuern. Auf diese Weise will man die Gewerkschaften um mindestens 50 Mil-

lionen Mark erleichtern.

So erweist sich die CSU ein weiteres Mal als Speerspitze der Reaktion im antigewerkschaftlichen Kampf. Den Gewerkschaftsfeinden um Strauß sind Aussperrungsterror und Spaltungsversuche längst nicht genug, die Gewerkschaften zu schwächen und schließlich gänzlich zu zerschlagen. Das finanzielle Aushungern auf kaltem Wege soll ein weiteres Mittel sein, der Arbeiterklasse ihre Kampforganisation zu nehmen.

12. Bundesjugendkonferenz der IG Metall

Für Frieden und Abrüstung — gegen Reaktion und Faschismus

Abfuhr für Loderer und Schwab — „Unterwanderungsgerede gewerkschaftsschädigend“

TRAVEMÜNDE. — Die 12. Bundesjugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall hat insgesamt einen Beitrag zur Durchsetzung einer klassenkämpferischen

222 ordentliche Delegierte, dazu weit über 100 Gastdelegierte und jugendliche Gäste, führten drei Tage lang eine intensive und sachliche Diskussion über den richtigen Weg des Kampfes, den die von ihnen vertretenen 400 000 Jungmetaller und überhaupt die Gewerkschaftsbewegung gehen müssen, um im Kampf gegen Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr und gegen die faschistische Gefahr zu bestehen.

Wir betrachten diese Konferenz als einen Erfolg der klassenkämpferischen und revolutionären Kräfte in der DGB-Jugend und überhaupt in der Gewerkschaftsbewegung. Denn in vielen wichtigen Fragen hat die Konferenz konsequent antikapitalistische und antiimperialistische Positionen bezogen, hat sie brennende Forderungen der Arbeiterjugend und der gesamten Arbeiterbewegung verteidigt oder neu aufgenommen, zum Teil auch gegen den Widerstand des anwesenden IG-Metall-Vorsitzenden Loderer.

Loderer setzte sich für den Boykott der Olympiade in Moskau ein. Die Konferenz jedoch verurteilte entgegen der pro-amerikanischen, chauvinistischen und den Kurs der kalten Krieger stützenden Haltung des IGM-Vorsitzenden den Boykott scharf und forderte die Olympiateilnahme der bundesdeutschen Mannschaft in Moskau.

In einem zweiten Punkt erlitt Loderer ebenfalls eine schwere Abfuhr: Atomenergie. Es war das einzige Mal, daß Loderer selbst direkt in die Diskussion eingriff: Er beschwor die Delegierten, den ihnen vorliegenden Antrag gegen Kernkraftwerke, der von der Antragskommission zur Annahme empfohlen war, abzulehnen. Ohne Kernenergie seien das Wirtschaftswachstum und die Arbeitsplätze in Gefahr und es würden eines Tages die Lichter ausgehen.

Die Delegierten gaben dieser reaktionären Demagogie, mit der Loderer sich für die verbrecherische Sache der schlimmsten Profithäule ins Zeug legte, die verdiente Antwort: Einstimmig wurde der Antrag gegen die

Kernenergie angenommen!

Auch Karl Schwab, Bundesvorstandsmitglied, zuständig für die DGB-Jugendarbeit, bekam sein Fett weg. Als Schwab sein Grußwort an die Konferenz gesprochen hatte, rührte sich die Hand keines einzigen Delegierten. Nicht einmal ein Höflichkeitsbeifall durchbrach die lastende Stille. Einzig ein dünnes Klatschen einiger IGM-Vorstandsmitglieder ließ sich vernehmen.

Gewerkschaftspolitik im DGB geleistet. Das gilt nicht nur für Fragen, die speziell die Metall- und DGB-Jugend betreffen.

So positiv viele Aspekte dieser Konferenz zu bewerten sind, so darf dennoch nicht übersehen werden, daß sie eine wesentliche Schwäche aufwies: Es wurde keine offensive Auseinandersetzung mit der reaktionären Linie der Sozialpartnerschaft, der Sabotage am konsequenten gewerkschaftlichen Kampf geführt. Die hauptsächlich Verfechter dieser Linie im DGB, zu denen auch Loderer gehört, wurden nicht offen

Wir kämpfen für unsere Zukunft in antifaschistischer Tradition gegen reaktionäre Entwicklungen
Jugend der IG Metall



Das war die Quittung dafür, daß Schwab der von Strauß und Stoiber inszenierten gewerkschaftsfeindlichen Hetze von der sogenannten „kommunistischen Unterwanderung“ des DGB eine innergewerkschaftliche Plattform verschafft hat. Mit Recht bezeichnete Horst Richter, der Jugendsekretär der IG Metall, ein solches Verhalten (wie es auch durch das Oberurseler Papier gefördert wurde) als gewerkschaftsschädigend. Allerdings darf man gleichzeitig nicht verschweigen, daß es ebenso gewerkschaftsschädigend ist, wenn Vetter dem Kanzlerkandidaten Strauß seine Aufwartung macht und wenn die DGB-Führung den gewerkschaftlichen Kampf gegen Strauß abzuwürgen versucht.

angegriffen. Es wurde nicht über die scharfen innergewerkschaftlichen Widersprüche gesprochen, die in den letzten Monaten verschärft ausgebrochen sind, geschweige denn, daß die Frage nach der Lösung dieser Konflikte und der Festigung der Gewerkschaftseinheit aufgeworfen worden wäre. Stattdessen hat Georg Benz in bezug auf die IG Metall dem Kongreß unwidersprochen die Illusion einer heilen Gewerkschaftswelt vorgespiegelt.

Georg Benz, verantwortlich im IGM-Vorstand für Jugendpolitik, wies zwar einerseits die Hetze von der „kommunistischen Unterwanderung“ zurück. Aber es stimmt einfach nicht, wenn Georg Benz den Eindruck zu erwecken suchte,

in der IG Metall existiere kein antikomunistisches Klima, gebe es keine Diskriminierung von Mitgliedern wegen ihrer revolutionären Gesinnung oder ihrer klassenkämpferischen Einstellung.

Man muß nur an die schmutzige Kampagne des IGM-Vorstands gegen den gestandenen Gewerkschafter und Mannesmann-Betriebsratsvorsitzenden Herbert Knapp denken. Tatsache ist, daß die IG Metall zu jenen DGB-Gewerkschaften gehört, in denen zwar DKP- und SDAJ-Mitglieder „gnädig“ geduldet werden, nicht aber Kollegen, die in revolutionären Organisationen bzw. in der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten organisiert sind. Auch die KPD/ML unterliegt bekanntlich den Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Und der Ausschußterror in der IG Metall kostete in den letzten Jahren Hunderten von kämpferischen Gewerkschaftern das Mitgliedsbuch.

Wir Kommunisten vertreten den Standpunkt, daß über diese Dinge auf gewerkschaftlichen Konferenzen offen diskutiert werden muß. Wer solche Diskussionen unter dem Vorwand abzuwürgen versucht, damit liefere man den Gegnern doch nur Material für antigewerkschaftliche Stimmungsmache, oder wer behauptet, solche Diskussionen würden chaotische Verhältnisse schaffen, der fürchtet sich nur vor der ehrlichen Auseinandersetzung.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, aus dem zu rechtfertigen wäre, daß auf der Jugendkonferenz darauf verzichtet wurde, den Finger auf die Wunden der Einheitsgewerkschaft zu legen. Wir müssen die Einheitsgewerkschaft verteidigen und stark machen. Das erfordert, daß die wirklichen Gewerkschaftsfeinde, nämlich diejenigen, die bewußt und planmäßig die Ziele der Arbeiterbewegung sabotieren, die mit der Reaktion, mit dem Kapital paktieren, offen bekämpft werden und daß mit der Diskriminierung fortschrittlicher und revolutionärer Kollegen endlich Schluß gemacht wird.

Anträge und Entschlüsse

Kampf gegen Kriegsgefahr stand im Vordergrund

Wir haben leider nicht den Platz, um die wichtigsten Anträge und Entschlüsse zu dokumentieren, die von der 12. Jugendkonferenz der IG Metall verabschiedet wurden. Wir beschränken uns deshalb auf einen groben Überblick über die wichtigsten Forderungen und Stellungnahmen, die von den Delegierten beschlossen worden sind.

Die Konferenz stand natürlich unter dem Vorzeichen der ungeheuer angewachsenen Spannung zwischen den imperialistischen Machtblöcken, speziell der Militärdiktatur Carters gegen den Iran. Deshalb nahm der Kampf gegen die Kriegstreiber und Rüstungsgewinnler, für die Erhaltung des Friedens einen hervorragenden Stellenwert auf der Konferenz ein.

Die sowjetische Aggression gegen Afghanistan wurde entschieden verurteilt. Gleichzeitig wurden aber auch der amerikanische Konfrontationskurs und die aggressive Politik der NATO verurteilt. Der Olympia-Boykott wurde abgelehnt, die Bedeutung der Teilnahme der Bundesdeutschen Mannschaft in Moskau für den Kampf gegen die Kriegshetze betont. Es wurde gegen die Neutronenbombe, gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Europa, gegen jegliche weitere Aufrüstung und für konkrete Schritte zur Abrüstung Stellung bezogen. Ferner forderte die Konferenz eine große Friedenskundgebung des DGB.

Auf sozialpolitischem Gebiet wurden wichtige Forderungen wie das Streikrecht für Lehrlinge, ein konsequenter Jugendarbeitsschutz, eine gerechtere Entlohnung der Auszubildenden und die Wiederaufnahme des Kampfes für die 35-Stunden-Woche durch die IG Metall gefordert.

Gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus forderte die Konferenz die Abschaffung der Berufsverbote und der Bespitzelung in den Betrieben. Sie protestierte gegen den Abbau demokratischer Rechte. Die Konferenz forderte ferner das Verbot der „Grauen Wölfe“ und auch sämtlicher deutschen faschistischen Organisationen.

Zur innerorganisatorischen Auseinandersetzung bezog die Konferenz insofern Stellung, als sie gegen die Beurlaubung des Bundesjugendsekretärs Hawrelluk sowie gegen die Entlassung der „ran“-Redakteure Protest anmeldete und ferner die Forderung unterstützte, daß das geplante Treffen von H.O. Vetter mit Strauß abgesagt werden soll.

Landesbezirkstag der IG Druck verurteilt Walter Sickert Sickerts Haltung unvereinbar mit DGB-Standpunkt!

WESTBERLIN. — Die Äußerungen, mit denen der Westberliner DGB-Vorsitzende Walter Sickert sich gegen ein Verbot der Aussperrung gewandt hatte (siehe auch „Roter Morgen“ Nr. 16, Seite 5), sind unvereinbar mit den Positionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese Feststellung traf der Außerordentliche Landesbezirkstag der IG Druck und Papier in Westberlin in einem Antrag.

Der Antrag enthielt noch einen zweiten Teil, der Walter Sickert zum Rücktritt aufforderte, da das Vertrauen der Gewerkschaftsbasis zu ihm erschüttert sei. Gegen diesen Teil des Antrages wandte sich jedoch der IG-Druck-Landesbe-

zirksvorsitzende Ballentin. Nach einer heftigen Diskussion wurde dann die Rücktrittsforderung gegen Sickert aus dem Antrag gestrichen.

Das SPD-Mitglied Sickert hatte sich in der CDU-Zeitung „Berliner Rundschau“ vom 6. 3. 1980 gegen die Forderung des DGB nach einem Verbot der Aussperrung geäußert. Seine reaktionäre und gewerkschaftsfeindliche Haltung brachte Sickert unter anderem mit dem folgenden Ausspruch zum Ausdruck: „Das absolute Recht zur Aussperrung ist genau so falsch wie dauernde Streiken.“

Von Seiten des DGB-Bundesvorstands wurde bis heute kein Wort der Kritik an Sickerts Äußerungen laut.

Arbeitsgerichtsprozeß von Ute Nanay gegen den IG-Bau-Hauptvorstand

Ein gewerkschaftspolitischer Skandal wird aufgerollt

Strauß-Gegnerschaft störte den „Betriebsfrieden“ der IG-Bau-Bonzen

FRANKFURT. — Am 24. April begann vor dem Frankfurter Arbeitsgericht die Verhandlung über die Kündigungsschutzklage der Locherin Ute Nanay gegen den Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bau Steine Erden. Ute Nanay, seit acht Jahren beim Hauptvorstand der IG BSE in Frankfurt beschäftigt, war fristlos ge-

Der Vorfall als solcher ist ein gewerkschaftspolitischer Skandal sondergleichen! Während sich die Fälle häufen, wo Arbeiter und Gewerkschafter wegen ihres Engagements gegen den Gewerkschaftsfeind Nr. 1 durch Unternehmer gemäßregelt werden, während gewerkschaftliche Solidarität gegen diese politische Unterdrückung in den Betrieben dringend nützt, befließen sich die Bonzen im Hauptvorstand der IG Bau genau der gleichen Unterdrückungsmethoden gegen eine Strauß-Gegnerin!

Die IG Metall gewährt beispielsweise dem Arbeiter Erhard Sieland aus Hemer (Sauerland) Rechtshilfe. Das ist nur recht und billig! Denn Sieland

wurde in den Sundwiger Messingwerken fristlos entlassen, weil er einen Strauß-Aufkleber mit der Parole „Strauß — Nein danke“ getragen hatte. Der Aufkleber, den Ute Nanay an ihrem Kartenlocher angebracht hatte, trug genau dieselbe Parole.

Abgesehen davon, daß diese Entlassung einer Gewerkschaftsangehörigen jedem, auch dem einfachsten gewerkschaftlichen Grundsatz ins Gesicht schlägt, ermuntert sie zugleich die Unternehmer dazu, jetzt erst recht gegen Gegner von Strauß vorzugehen. Ist dies der IG-Bau-Führern, den Sperner und Konsorten, nur schlichtweg egal? Oder sind sie sogar insgeheim froh, wenn die Meinungs-

freiheit in den Betrieben noch brutaler mit Füßen getreten und mit brutalen Mitteln gegen die Strauß-Gegner vorgegangen wird?

Zunächst versuchte die IG-Bau-Führung zu verschleiern, daß sie Ute Nanay aus politischen Gründen gemäßregelt hatte. Bei der Arbeitsgerichtsverhandlung wurden anfangs die lächerlichsten Entlassungsgründe angeführt: Ute habe sich bei Konflikten mit dem Abteilungsleiter immer an den Betriebsrat gewandt (!), sie habe während der Arbeitszeit häufig zum Fenster hinausgesehen, sie habe, wenn sie zur Toilette ging, die Kolleginnen bei der Arbeit gestört...

Auch hier muß angemerkt

kündigt worden, weil sie der Aufforderung des Abteilungsleiters, einen Anti-Strauß-Aufkleber an ihrer Maschine zu entfernen, nicht sofort nachgekommen war.

werden: Wenn eine Gewerkschaftsführung vor dem Arbeitsgericht solche „Verstöße“ als Entlassungsgründe gewertet haben will, so ist dies ein Dolchstoß gegen den gewerkschaftlichen Kampf für einen verbesserten Kündigungsschutz! Es ist ein übles gewerkschaftsfeindliches Verhalten!

Im Verlauf der Verhandlung brachte der Rechtsanwalt der IGBSE-Bonzen die Sache dann allerdings doch noch auf den eigentlichen Punkt. Nachdem sich nämlich abgezeichnet hatte, daß selbst ein bürgerliches Arbeitsgericht die bis dahin vorgeschobenen „Entlassungsgründe“ nicht akzeptieren würde, warf der Bonzen-Anwalt

Ute Nanay „parteiliche Betätigung“ vor.

Ute Nanays Rechtsanwalt hielt dem entgegen, daß von „Parteilichkeit“ gar nicht die Rede sein kann, denn eine Bewegung gegen Strauß gibt es sogar in CDU-Kreisen.

Auf der anderen Seite stellte sich heraus, daß die Entlassungsstrategien in der IGBSE-Zentrale es für ihr selbstverständliches Recht in Anspruch nehmen, SPD-Plakate aufzuhängen!

Solcherart in Widersprüche verwickelt, legte der Rechtsvertreter der IGBSE-Führung gegen Schluß der Verhandlung dann die Karten offen auf den Tisch. Er berief sich auf das

reaktionäre Urteil des Arbeitsgerichtes Iserlohn, das die Entlassung des oben erwähnten Arbeiters Erhard Sieland für rechtmäßig erklärt hatte. Wie gesagt: Die IG Metall gewährt Sieland Rechtshilfe! Somit ist das Vorgehen der IG-Bau-Bonzen gleichzeitig ein skandalöser Bruch der gewerkschaftlichen Solidarität gegenüber der IG Metall. Kann eine arbeiterfeindliche Gewerkschaftsführung eigentlich noch mehr an Selbstentlarvung leisten?

Die Verhandlung konnte am 24. April noch nicht zu Ende geführt werden. Das Urteil steht noch aus. Wir werden in der nächsten Ausgabe des RM darüber berichten.



Klassenkämpferische Losungen prägten das Bild Mehr als 200 000 Teilnehmer bei den DGB-Aktionen

Eindrucksvoll zeugt der 1. Mai 1980 von der wachsenden Kraft, von dem gestiegenen Bewußtsein und der Politisierung der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und in Westberlin. Seit langem gingen am 1. Mai nicht mehr so viele Menschen auf die Straßen wie in diesem Jahr, um an der Seite der Proletarier und unterdrückten Völker aller Länder für die soziale und politische Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten, für Frieden, Freiheit und Wohlstand zu demonstrieren. Insgesamt lag die Zahl der Teilnehmer an den diesjährigen Maidkundgebungen und Demonstrationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes bei mehr als 200 000.

Aus einer Vielzahl von Städten wird eine außergewöhnlich hohe Beteiligung an den DGB-Aktionen zum 1. Mai gemeldet. In Westberlin demonstrierten 35 000 Menschen beim Maidumzug des DGB, in Dortmund beteiligten sich ca. 15 000 an der Demonstration, an der anschließenden Kundgebung im Dortmunder Westfalenpark nahmen sogar 20 000 Menschen teil; in Stuttgart beteiligten sich 12 000 an der DGB-Kundgebung, in Hannover waren es ca. 15 000, in Hamburg waren es rund 40 000, in München versammelten sich 16 000 auf dem Königsplatz, in Düsseldorf demonstrierten an die 7 000, in Frankfurt kamen rund 20 000 zur DGB-Kundgebung auf den Römerberg.

Auffällig war der hohe Anteil der ausländischen, insbesondere der türkischen Kollegen. Die scharfe Zuspitzung der Klassenkämpfe in der Türkei dürfte einer der Gründe hierfür sein.

Nicht nur die breite Beteiligung an den Demonstrationen und Kundgebungen, auch die Losungen und Forderungen und der kämpferische Charakter brachten die Fortschritte zum Ausdruck, die in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu verzeichnen sind. Während die Reden der DGB-Boizen und der bürgerlichen Partei- und Regierungsvertreter bei der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen keinen positiven Widerhall fanden — oft kam es zu massiven Pfeifkonzerten, wenn die Redner von Sozialpartnerschaft oder von Solidarität mit Carters Kriegskurs sprachen — wurden auf

zahllosen Spruchbändern, in Sprechchören und mit Plakaten die Forderungen der Arbeiterklasse erhoben.

Auch in diesem Jahr standen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, das Verbot der Aussperrung und der Kampf gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung im Vordergrund. Dazu kamen in diesem Jahr der Kampf gegen den Gewerkschaftsfeind Nr. 1, F.J. Strauß, und der Kampf gegen die Kriegsgefahr, für Abrüstung, für eine Politik der Friedenssicherung und der Völkerverständigung.

Zweifelloso drückte das Gespenst eines neuen Weltkrieges, das durch die Ereignisse der letzten Wochen und Monate beschworen wurde, dem 1. Mai 1980 seinen Stempel auf. So beherrschten auf politischem Gebiet neben den Losungen gegen Strauß, gegen Reaktion und Faschismus, die Parolen gegen die Kriegsgefahr, gegen das gefährliche Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte, das Feld, speziell gegen Carters wahnwitzigen Konfrontationskurs und seine Aggression gegen den Iran.

Eine große Rolle spielte auch die Entschlossenheit der Kollegen, die Einheitsgewerkschaft zu verteidigen. Nicht nur die Pläne von Strauß und Co. zur Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft wurden in diesem Zusammenhang entlarvt. Auch die Paktierpolitik, wie sie von reaktionären Kreisen in den DGB-Führungen und namentlich vom DGB-Bundesvorstand gegenüber F.J. Strauß betrieben wird, ihre Versuche, den DGB zum Stillhalten zu zwin-

gen gegenüber der Gefahr, die von Strauß ausgeht, wurde auf vielen Spruchbändern angegriffen.

Unsere Partei, die KPD/ML, hat nach Kräften die Bemühungen der Revolutionären Gewerkschafts-Opinion unterstützt, dem Kampfcharakter des 1. Mai zum Durchbruch zu verhelfen und zu verhindern, daß der 1. Mai von reaktionären DGB-Führern und Vertretern der bürgerlichen Parteien als Propagandabühne für Sozialpartnerschaftsillusionen und für die chauvinistische und proamerikanische Außenpolitik der Bonner Regierung mißbraucht wird.

Gleichzeitig propagierte die Partei unter den Teilnehmern der Maidemonstrationen und -kundgebungen ihre marxistische-leninistische Linie, unseren Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Ein vierseitiger Sonderdruck des „Roten Morgen“ wurde in einer Auflage von 35 000 Stück gedruckt und am 1. Mai unter den Kolleginnen und Kollegen verteilt.

Auch in diesem Jahr ist es den klassenkämpferischen Gewerkschaften leider noch nicht gelungen durchzusetzen, daß auf den DGB-Kundgebungen statt der arbeiterfeindlichen Bonzen und Minister klassenkämpferische Kollegen, Gewerkschafter aus den Betrieben sprechen können. Aber der Kampf für diese Forderung wird weitergeführt. Laßt uns gemeinsam mit allen kämpferischen Kollegen den Kampf für einen roten 1. Mai 1981 so früh wie möglich aufnehmen.

Bochum



Duisburg



Fast überall Rekordbeteiligung

Aus vielen Städten erreichten uns Berichte über den 1. Mai. Aus Platzgründen können wir leider nur einen Teil davon veröffentlichen. Wir danken aber allen Genossen, die uns mit Berichten und Fotos versorgt haben. Was sticht am diesjährigen 1. Mai insgesamt am meisten hervor? Die Berichte zeigen: es ist die ungewöhnlich hohe Teilnehmerzahl. In fast allen Städten gingen in diesem Jahr weit mehr Menschen als im Vorjahr auf die Straße, um am 1. Mai für die Forderungen der Arbeiterklasse zu demonstrieren.

Bielefeld:

Großer Beifall für Mahleins Rede

In Bielefeld beteiligten sich rund 5000 Menschen an der Kundgebung des DGB auf dem Rathausplatz. In der Bielefelder Presse wird hervorgehoben, daß diese Kundgebung „in für vergangene Jahre seltener Einmütigkeit“ verlaufen sei. Ein Grund dafür besteht sicherlich darin, daß Leonhard Mahlein, der Vorsitzende der IG Druck und Papier, als Redner auftrat. Mahlein verurteilte die Aufrüstung und wandte sich gegen die Scharfmacher und Kriegstreiber in Ost und West. Er ließ es sich von der DGB-Führung auch nicht verbieten, mit dem Kanzlerkandidaten Strauß und seinem politischen Programm scharf ins Gericht zu gehen. „Die Einheitsgewerkschaft“ — so Mahlein am Schluß seiner Rede — „bedeutet parteipolitische Unabhängigkeit, nicht jedoch politische Neutralität oder gar politisches Eunuchentum. Allen denjenigen, die heute schon wieder versuchen, die Gewerkschaften zu spalten, aber nichts dabei finden, sich mit faschistischen Gewalttätern in Chile und Südafrika zu verbrüdern, sei ins Stammbuch geschrieben: Einheitsgewerkschaft — das ist nicht nur die Heimat für Mitglieder verschiedener parteipolitischer Herkunft. Einheitsgewerkschaft — das ist zugleich Einheit gegen rechts,“ — leit gegen die politische Reaktion. „Wohl kaum ein führender DGB-Vertreter erhielt an diesem 1. Mai soviel Beifall wie der Vorsitzende der IG Druck und Papier. Minutenlang klatschten die 5000 Kundgebungsteilnehmer, nachdem Mahlein beendet hatte.“

Dortmund: kämpferische Demonstration

Auf der Kundgebung im Westfalenpark, wo Willy Brandt als Hauptredner auftrat, konnte keine rechte Kampf Stimmung aufkommen. 20000 hatten sich versammelt. Sie trugen zahllose Transparente und Spruchtafeln. Die vorhergehende Demonstration war allerdings sehr kämpferisch. Die Stahlarbeiter von Hoesch forderten vor allem das Verbot der Aussperrung und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn. Auch die ÖTV-Kollegen stachen durch kämpferisches Auftreten hervor. In Sprechchören wandten sie sich gegen Rationalisierung und gegen Privatisierungsbestrebungen bei der Müllabfuhr, aber auch gegen Versuche, die gewerkschaftliche Betätigung zu unterdrücken. Gegen den Gewerkschaftsfeind Nr. 1, F.J. Strauß, waren ebenfalls viele Parolen zu sehen: Das Extrablatt des „Roten Morgen“ stieß auf bemerkenswertes Interesse. Mehrere tausend Exemplare konnten verteilt werden.

Duisburg:

erfolgreiche Veranstaltung der RGO

Auch in Duisburg war die Beteiligung mit zusammen rund 8000 Teilnehmer ungewöhnlich stark (Je 4000 im Duisburger Norden und in Duisburg Hochfeld; wegen der großen Entfernung finden in Duisburg immer zwei getrennte Mai-Kundgebungen statt). Verbot der Aussperrung und 35-Stunden-Woche standen im Vordergrund. Am Nachmittag führte die RGO eine gutbesuchte und kämpferische Veranstaltung durch. Mindestens 200 Kollegen, darunter viele türkische Kollegen, nahmen daran teil.

Düsseldorf:

„Laßt Kollegen sprechen, nicht die Polizei!“

So lautete eine Parole auf einem Transparent bei der Kundgebung in Düsseldorf. Daß als Hauptredner der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft auftrat, wurde von vielen Kollegen mißbilligt. Rund 6000 Menschen waren dem Aufruf des DGB gefolgt. Bei der Demonstration fiel unter anderem ein großes Transparent der VOLKSFRONT auf, mit der Losung „Stoppt Strauß!“. Die VOLKSFRONT war auf der Kundgebung auch mit einem Informationsstand vertreten.

Hamburg:

Ernst Aust prangerte US-Angriffe auf Iran an

Weit mehr als 20000 demonstrierten in Hamburg. Auf der Kundgebung waren sogar 40000 Menschen. Auffällig waren die vielen antifaschistischen Parolen und die Losungen gegen die Kriegsgefahr sowie gegen die Politik der USA. Auch die Parole „Stoppt Strauß!“ bestimmte wesentlich den Hamburger 1. Mai in diesem Jahr. Der Vertrauensleutkörper der Gabelstapelfabrik Still marschierte mit einem großen Transparent mit der Aufschrift: „Trotz Verbot — Gewerkschafter gegen Strauß!“. Wie Oberbürgermeister Klose als Redner angekündigt wurde, reagierte ein Teil der Massen mit Pfiffen. Unmut gab es auch über das provozierende Auftreten eines großen Polizeiaufgebotes.

Am 28. April führte die KPD/ML eine Mai-Veranstaltung durch, die von ca. 150 Menschen besucht wurde. Es sprach Genosse Ernst Aust, Vorsitzender unserer Partei. In seiner kämpferischen Rede, die mit viel Beifall bedacht wurde, ging Genosse Ernst unter anderem auch auf die Lage im Iran und auf die verbrecherische Aggressionspolitik der USA-Imperialisten gegen das iranische Volk ein. Ernst Aust zeigte auf, daß infolge der imperialistischen Raubpolitik der beiden Supermächte die Gefahr eines neuen Weltkrieges gewachsen ist. Beide Supermächte, die Sowjetunion und die USA, terrorisieren die Völker, die um Freiheit und Unabhängigkeit ringen. Ein hervorragendes Beispiel sei der großartige Kampf der iranischen Völker, die den Schah gestürzt und die USA-Imperialisten aus dem Land vertrieben haben. Genosse Ernst entlarvte, daß die amerikanische Botschaft in Teheran

ein Verschwörerszentrum war, das eine Rolle bei den Versuchen der USA gespielt hat, durch einen Putsch die Revolution zu zerschlagen. Ernst Aust prangerte den Piratenakt Carters an, mit dem die sogenannten Geiseln angeblich befreit werden sollten, und erklärte zu dem Flasko, das die USA dabei erlitt: „Wir freuen uns über diese neuerliche Niederlage des Imperialismus!“ „Kommunisten“ — sagte der Genosse Ernst — „sind in dieser Situation, wie sie heute im Iran herrscht, verpflichtet, für die Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus einzutreten.“ „Wer in solch einer Situation Khomeini zum Hauptfeind erklärt, ist kein Kommunist und muß es sich gefallen lassen, daß man ihn für einen Agenten des USA-Imperialismus hält.“ Zu den Forderungen der Botschaftsbesetzer in Teheran, daß es keine Verschwörung der USA gegen den Iran mehr geben darf, und daß der Schah, dieser Massenmörder, ausgeliefert werden muß, erklärte Genosse Ernst Aust: „Wir stehen voll hinter diesen Forderungen der Botschaftsbesetzer!“

Hannover:

lebensgroße Karikatur von Strauß

Nach einem Sternmarsch der Einzelgewerkschaften versammelten sich 15000 Menschen auf dem Klagesmarkt. Unter anderem fiel ein Transparent der VOLKSFRONT auf, mit einer lebensgroßen Strauß-Karikatur und der Parole: „Strauß — Gewerkschaftsfeind Nr. 1“. Das schon traditionelle „Internationale Maifest“ am Lister Turm wurde in diesem Jahr von der DGB-Führung boykottiert, die zu einem eigenen Fest am Klagesmarkt aufgerufen hatte. Aber die Mehrheit der Kollegen zog auch in diesem Jahr zum Lister Turm. Die Veranstaltung wurde zu einem sehr kämpferischen Ereignis mit vielen internationalen Beiträgen der ausländischen Kollegen: sie boten Folklore, Theater usw.

Kiel:

Maidemonstration trotz Verbot der DGB-Bonzen

Seit zehn Jahren weigert sich der DGB-Kreisvorstand regelmäßig, am 1. Mai zu einer Demonstration aufzurufen. Eine geplante Mai-Demonstration der DGB-Jugend wurde vom Kreisvorstand untersagt. Trotzdem fand eine, wenn auch kleine, gewerkschaftliche Maidemonstration in Kiel statt. Ein Komitee von Kieler Gewerkschaften aus elf Einzelgewerkschaften hatte aufgerufen. Ungefähr 200 Kollegen beteiligten sich an der Demonstration. Auch unsere Partei sowie die RGO unterstützten den Aufruf. Leider gab es zwei Demonstrationen in Kiel. Der Grund: Verschiedene Bürgerinitiativen und Gruppen waren nicht bereit, unter Führung des Mai-Komitees Kieler Gewerkschafter zu demonstrieren. Auf der Demonstration der Kieler Gewerkschafter spielte besonders der Kampf der Werftarbeiter von der Howaldt-Werft (HDW) eine große Rolle. Ein RGO-Betriebsrat von HDW sprach auf der Schlußkundgebung.

München:

DGB-Führung verbot Transparente

15000 versammelten sich auf dem Königsplatz. Die DGB-Bonzen hatten ihren skandalösen Beschluß durchgesetzt, daß keine Transparente auf dem Kundgebungsplatz selbst getragen werden durften. Im Anschluß an die Kundgebung demonstrierten ca. 2000 Kollegen, davon über die Hälfte türkische Arbeiter, zum Marienplatz. Im Mittelpunkt die Parole „Stoppt Strauß“. Der türkische Kollege, der die Demonstration angemeldet hatte, wurde vorübergehend von der Polizei festgenommen. Auch eine Hausdurchsuchung wurde bei ihm durchgeführt.

Stuttgart: Helmut Schmidt ausgepiffen

12000 Menschen beteiligten sich an der Mai-Kundgebung in Stuttgart. Die Tatsache, daß Kanzler Schmidt als Hauptredner angekündigt war, quittierte die RGO mit einem Transparent mit der Aufschrift: „Keine Regierungsreden am 1. Mai — Kollegen aus den Betrieben müssen sprechen!“ Schmidt, der schon am Anfang seiner Rede die „Solidarität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ beschwor, wurde von mehr als der Hälfte der Kundgebungsteilnehmer ausgepiffen. Die Partei führte bereits am 28. April eine Mai-Veranstaltung durch, an der ca. 100 Besucher teilnahmen, darunter viele türkische Genossen und Kollegen.

Westberlin:

heftiger Protest gegen Sickert

Zum ersten Mal seit Jahren demonstrierten wieder alle Einzelgewerkschaften einheitlich in einem Zug. Rund 35000 Menschen marschierten mit. Als die Kundgebung begann, waren die letzten Teilnehmer noch gar nicht abmarschiert. Das war anderthalb Stunden nach dem Abmarsch der Demonstration. Mit unübersehbar viele Transparenten bot der Zug ein beeindruckendes Bild von der Stärke der organisierten Arbeiterbewegung. Auf dem Kundgebungsort schlug die gute Stimmung schnell um. Die Reden wurden immer wieder von Pfeifkonzerten durchbrochen. Besonders beim Westberliner DGB-Vorsitzenden Walter Sickert hörte das Pfeifkonzert kaum auf und schwoll noch an, als er Helmut Schmidts USA-hörige Außenpolitik verteidigte. Heiterkeit erregte ein großes Transparent, welches, getragen von vielen Luftballons, über dem Kundgebungsplatz schwebte. Aufschrift: „Was sind 5 Jahre Aussperrung gegen 30 Jahre Sickert?“ Gegen Abend fand ein Mai-Fest der RGO statt, an dem ca. 250 deutsche und türkische Kollegen teilnahmen. Die Partei hatte bereits am Montag eine Veranstaltung organisiert, an der knapp 150 Menschen teilnahmen.

Bremen



Kiel



Dortmund



Strauß und die Gewerkschaften (3)

Endlösung der Gewerkschaftsfrage

In ihrem internen Papier „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“ erörterte die CSU im vergangenen Jahr die verschiedenen Möglichkeiten einer Schwächung und Spaltung der DGB-Gewerkschaften. Am sinnvollsten erschien den Gewerkschaftsfeinden unter dem Kommando von Strauß dabei die massive Unterstützung des „Christlichen Gewerkschaftsbundes“, einer straußhörigen und eng mit faschistischen Banden verbundenen Gruppierung, die zu einer reaktionären Alternative zum DGB aufgebaut werden sollte.

Mit den „Rohmaterialien“ und dem CGB haben sich die ersten beiden Folgen unserer Serie über die gewerkschaftsfeindliche Politik der Strauß-Partei beschäftigt. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß die Spaltungspläne der Leute um Strauß nur als mittelfristige Lösung bei ihrem Versuch der „Endlösung der Gewerkschaftsfrage“, das heißt bei der Liquidierung der gewerkschaftlichen Bewegung angesehen werden können. Denn die Strauß-Partei hat deutlich zu verstehen gegeben, wie letztlich Gewerkschaften nach ihrem Geschmack aussehen. Mit Millionenbeträgen aus Steuergeldern finanziert sie den Aufbau faschistischer Gewerkschaften vom Schlage der Hitlerschen Arbeitsfront in Chile. Und die wurden ausdrücklich als Modell auch für unser Land angepriesen.

All das ist mittlerweile bekannt. Es wurde teilweise auch in der gewerkschaftlichen Presse — vor allem der „metall“ — dargelegt; niemand kann behaupten, er wüßte nicht, was die von der Strauß-Partei angestrebte „Endlösung der Gewerkschaftsfrage“ letzten Endes bedeutet. Am wenigsten können das die DGB-Führer, die angesichts des stinkenden Windes aus der CSU-Zentrale ihr Heil im Katzbuckeln vor Strauß, dem Gewerkschaftsfeind Nummer ein, suchen. Von ihnen wird hier noch die Rede sein.

Die in den Rohmaterialien niedergelegten geheimen Spaltungspläne kamen schon im vergangenen Sommer ans Licht der Öffentlichkeit. Ebenso wurde bekannt, daß die Strauß-Partei für Anfang 1980 einen Gewerkschaftskongreß plante, der den in den „Rohmaterialien“ festgelegten Kurs weiter ausbauen sollte. Wie reagierten die CSU und ihr Boß nun auf diese Enthüllungen? So, wie man es von diesen Leuten erwartet und gewohnt ist — mit Lügen und Dementis nämlich. Strauß selbst versäumte keine Gelegenheit, sich als „überzeugten Anhänger des gewerkschaftlichen Gedankens“ zu präsentieren (die erwähnten Enthüllungen fielen genau mit dem Zeitpunkt der Bekanntgabe seiner Kanzlerkandidatur zusammen). Der frischgebackene Kandidat tat einfach so, als gebe es die „Rohmaterialien“ nicht. Wie gesagt, dergleichen kennt man von ihm. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß sich Strauß mit keinem einzigen Wort von den Inhalten der „Rohmaterialien“ distanzierte, daß er auch nicht ansatzweise die darin enthaltenen Spaltungspläne zurückwies. Und das heißt ja nichts anderes, als daß er nach wie vor daran festhält.

Der BDI und die Einheitsgewerkschaft

Interessanter als die halbseidenen Dementis eines Strauß waren da schon die Reaktionen

aus dem Unternehmerlager auf die Enthüllungen der CSU-Spalterpolitik. Es regnete geradezu Bekenntnisse zur Einheitsgewerkschaft. Als Beispiel dafür soll hier nur Rolf Rodenstock, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), angeführt werden. In einem „Spiegel“-Interview vom Februar erklärte er: „Obwohl wir nicht erfreut sind, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Schlagseite zur SPD hat, kann uns nicht im geringsten daran gelegen sein, von dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft abzugehen und zersplitterte Richtungsgewerkschaften zu bekommen. Das haben wir rechtzeitig mitgeteilt, und es ist deshalb auch nicht berechtigt, wenn hier und dort hinterher Enttäuschung darüber angedeutet wurde, daß die Wirtschaft in dieser Frage nicht mitgezogen habe.“

Bemerkenswert ist vor allem der letzte Satz, der sich deutlich an die Strauß-Partei selbst wendet. Hier spricht der Befehlshaber, und er erinnert die Befehlsempfänger daran, daß er ja „rechtzeitig mitgeteilt“ habe, er gedenke nicht, vom „Prinzip der Einheitsgewerkschaft abzugehen“. (In diesem Zusammenhang gab es auch eine kurzfristige öffentliche Polemik zwischen Stoiber und Rodenstock.) Aber wie erklären sich diese Differenzen? Hatte die Strauß-Partei die Absichten des BDI, des zentralen Ausschusses der Monopolbourgeoisie, nicht richtig erkannt? Gab es Mißverständnisse oder gar wirkliche Widersprüche in der Gewerkschaftsfrage zwischen den Strauß-Leuten und ihren Auftraggebern?

Man darf sich nicht täuschen lassen: Wenn Rodenstock und seinesgleichen ein scheinheiliges Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft ablegen, dann meinen sie damit keinesfalls die einheitliche Kampforganisation aller Werktätigen. Sie meinen die gegenwärtige Struktur des DGB, die durch eine reaktionäre, der Sozialpartnerschaft verpflichteten Führung gekennzeichnet ist. Und natürlich ist ihre Haltung gegenüber den Gewerkschaften von der gleichen Linie bestimmt, die in den „Rohmaterialien“ der CSU so formuliert wird: „Es muß mit allen verfügbaren Mitteln verhindert werden, daß der Klassenkampf in die Tarifaussinandersetzungen und in die Betriebe hineingetragen werden kann.“

Um dieses Ziel durchzusetzen, um die Kampfkraft der Gewerkschaften im Betrieb und an der Tariffont zu lähmen und zu bändigen, konnte sich die Bourgeoisie bislang weitgehend auf die reaktionäre Gewerkschaftsführung stützen (daher ihr „Bekenntnis“ zur Einheitsgewerkschaft). Es steht für sie jedoch die Frage, wie den veränderten Bedingungen in den achtziger Jahren zu begegnen ist. Die Vertiefung der Krise des Kapitalismus wird unweigerlich eine Verschärfung

der Klassenkämpfe mit sich bringen und damit auch — wie bürgerliche Ideologen in der letzten Zeit immer häufiger sagen — eine weitere Radikalisierung der Gewerkschaften. Die Überlegungen, die mit den „Rohmaterialien“ innerhalb der Strauß-Partei angestellt wurden, sind eben Überlegungen des Monopolkapitals, wie man sich auf eine solche Zeit einzustellen habe, in der die reaktionären, sozialpartnerschaftlichen Positionen in den Gewerkschaften zunehmend isoliert werden. Und die Antwort darauf ist — wie wir in den ersten beiden Folgen unserer Serie festgestellt haben —: Spaltung, Aufbau reaktionärer, profaschistischer Richtungsgewerkschaften und schließlich Zerstörung jeder unabhängigen gewerkschaftlichen Bewegung.

Die „Unterwanderungs“-Kampagne

Die Tatsache, daß sich die Strauß-Partei im Auftrag ihrer monopolistischen Hintermänner auf diese Form der „Endlösung der Gewerkschaftsfrage“ vorbereitet, bedeutet jedoch nicht, daß man den DGB heute sozusagen links liegen lassen würde. Im Gegenteil. Zu den mittelfristigen massiven Spaltungsplänen gehört unmittelbar ein immer stärkerer reaktionärer Druck auf den DGB, mit dem Ziel, damit die Gewerkschaften von außen sturmreif zu schießen und ihren Widerstand gegen Spaltung und Zerstörung zu lähmen.

Hören wir dazu noch einmal die „Rohmaterialien“. Da heißt es: „Häufig ist die Auffassung zu hören, daß gerade die Idee der Einheitsgewerkschaft des DGB dazu beigetragen hat, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland keine „englischen Verhältnisse“ haben.“ Mit solchen Verhältnissen ist das gemeint, was diese Leute sonst gerne als „sozialen Unfrieden“ bezeichnen, also eine scharfe Auseinandersetzung mit dem Kapital im gewerkschaftlichen Kampf. Und hier stellen die CSU-Leute fest: „Es ist keineswegs die Idee der Einheitsgewerkschaft gewesen, daß wir in der Bundesrepublik keine englischen Verhältnisse haben, sondern nichts anderes als das KPD-Verbot... Unter dem Gesichtspunkt der Gewerkschaftsfrage sind daher die erneuten Bemühungen des Parteivorstands um ein Verbot der kommunistischen Parteien in der Bundesrepublik zu begrüßen. Der entschlossene Widerstand gegen den Kommunismus ist die entscheidende Garantie, um eine Radikalisierung der Tarifaussinandersetzungen zu verhindern.“

Die Strauß-Partei bekennt sich hier also offen zum massiven Eingreifen in die gewerkschaftliche Bewegung. Sie will deren entschlossensten und kämpferischsten Teil, eben die Kommunisten, mit dem Mittel



Strauß und Vetter bei ihrem Treffen im letzten Jahr

staatlicher Gewaltmaßnahmen vernichten. Und in diesem Sinne hat sie ihre Kampagne gegen die „kommunistische Unterwanderung“ in Gang gesetzt, mit der sie seit Monaten den DGB unter Beschuß hält. Der „Rote Morgen“ hat darüber ausführlich berichtet, so daß wir uns hier Einzelheiten sparen können. Es soll nur noch einmal darauf hingewiesen werden, daß diese Kampagne nicht nur auf starken Widerstand bei der gewerkschaftlichen Basis trifft, sondern daß auch zahlreiche Gewerkschaftsführer — etwa Detlef Hensche von der IG DruPa oder Hans Preiß von der IGM — ihr energisch entgegengetreten sind. Dabei wird gerade von diesen Gewerkschaftsführern die Stoßrichtung der „Unterwanderungs“-Kampagne so interpretiert: Sie richte sich gegen „aktive gewerkschaftliche Gegenwehr“ (Hensche) überhaupt. Das ist natürlich richtig.

Nur sollte man dabei nicht übersehen, was beispielsweise die „Rohmaterialien“ über den Zusammenhang zwischen der brutalen Unterdrückung der KPD durch das Adenauer-Regime und die Vermeidung von „englischen Verhältnissen“ in der Bundesrepublik gesagt haben. Gerade die Vertreter der äußersten Reaktion haben sehr gut begriffen, daß nur durch die massive Unterdrückung der kommunistischen und revolutionären Positionen der Weg freigemacht werden kann sowohl für eine partnerschaftliche Ausschöpfung der Gewerkschaften, wie auch für weitergehende (und in den „Rohmaterialien“ beschriebene) Angriffe auf die Gewerkschaften.

Und in diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, daß sich an dem schändlichen Werk der Säuberung des DGB von Kommunisten in der Nachkriegszeit vor allem auch DGB-Führer vom Schlage eines Leber beteiligt haben. Und noch heute bestehen ja die reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die es den Genossen unserer Partei, aber auch den Kollegen von der RGO verbieten, Mitglieder der Gewerkschaften zu sein. Es liegt auf der Hand, daß diese Dinge dem reaktionären Zugriff auf die Gewerkschaften erheblichen Vorschub leisten.

Die von der Strauß-Partei gesteuerte „Unterwanderungs“-Kampagne zielt — wie gesagt — nicht nur gegen die Kommunisten. Auf der in den „Rohmaterialien“ gewünschten Verbotsliste stehen ja „kommunistische Parteien“, es ist also auch die revisionistische DKP gemeint. Darüber hinaus richtet sich die Kampagne tatsächlich gegen jede klassenkämpferische Position in den Gewerkschaften. Alles, was der reaktionären Linie der Sozialpartnerschaft zuwiderläuft, soll unter dem Mantel dieser Kampagne unterdrückt und zerschlagen werden.

Der zunehmende Widerstand gegen diese Angriffe ist eine erfreuliche und für die Verteidigung der Gewerkschaften lebensnotwendige Erscheinung. Es gibt aber auch die gegenteilige Reaktion — bei der Mehrheit der Gewerkschaftsführung nämlich und namentlich in der Spitze des DGB.

Kniefall vor Strauß

Diese Führer, die sich als Handlanger des Kapitals vollständig der Politik der Klassenversöhnung verschrieben haben, kuscheln nicht nur vor den maßlosen Angriffen der Strauß- und Co. auf die Gewerkschaften. Sie benutzen die von der äußersten Reaktion im Rahmen der „Unterwanderungs“-Kampagne gelieferten Stichworte, um ihrerseits den Geist der Gesinnungsschnüffelei in den Gewerkschaften zu verbreiten. Sie betreiben ihrerseits eine aggressive Säuberungskampagne, die auch vor hauptamtlichen Funktionären wie dem DGB-Jugendsekretär Hawreluk oder Vorstandsmitgliedern wie Paul Plumeyer (IG Chemie) nicht mehr haltmachen.

Das sichtbare Zeichen dieser Kumpanei zwischen den Gewerkschaftszerstörern um Strauß und den reaktionären DGB-Bonzen war das Treffen zwischen Vetter und Strauß im vergangenen Oktober — also wenige Monate nach dem Bekanntwerden der „Rohmaterialien“. Dieses Treffen war nicht nur eine mit gewerkschaftlichen Positionen völlig unvereinbare Aufwertung des Kanzlerkandidaten und Gewerkschaftsfeindes Nummer eins. Es diente darüber hinaus auch konkreten reaktionären Absprachen, die dann in der Folgezeit sehr bald sichtbar wurden — etwa bei der Absetzung der „ran“-Redaktion oder beim Versuch, gewerkschaftliche Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag zu verbieten.

Vetter und seine Kumpane haben sich dabei vollständig auf die Straußsche Interpretation des Begriffs der Einheitsgewerkschaft eingelassen, wonach diese einen „innergewerkschaftlichen Pluralismus“, ein „Gleichgewicht“ der Positionen von Strauß-Partei und SPD sein soll. Von dort ist es dann natürlich nur noch ein kleiner Schritt bis zum völligen Stillhalten gegenüber dem Arbeiter- und Gewerkschaftsfeind Nummer eins, bis zur Abwürgung jeder Kritik an Strauß in den Gewerkschaften. Die Vetter und Co. sind auch diesen Schritt schon eingegangen. In Hamburg zum Beispiel hatte der DGB-Bezirksvorstand jüngst die Stirn, gewerkschaftliche Aktivitäten gegen Strauß als gewerkschaftsfeindlich zu diffamieren.

Eine solche Politik steht selbstverständlich dem wirkli-

chen gewerkschaftlichen Verständnis von der Einheitsgewerkschaft als einer alle Werktätigen — ungeachtet ihrer politischen oder weltanschaulichen Positionen — umfassenden Kampforganisation unversöhnlich gegenüber. Eine solche Politik ist nicht nur darauf ausgerichtet, die Gewerkschaften dem Diktat der Sozialpartnerschaft zu unterwerfen und kommunistische und andere klassenkämpferische Positionen noch schärfer zu unterdrücken. Sie öffnet zugleich der Strauß-Partei und ihren Hintermännern Tür und Tor für deren weitreichende Pläne zur Zerstörung der Gewerkschaften.

Denn — um es noch einmal zu sagen — Strauß und seine Leute haben ja nach dem Kniefall von Vetter nicht auf ihre in den „Rohmaterialien“ niedergelegten Pläne verzichtet. Sie betreiben eben beides: auf längere Sicht die Spaltung und Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft und gleichzeitig im Namen des „innergewerkschaftlichen Pluralismus“ den systematischen Druck auf den DGB. Wer aber diesem Druck nachgibt, wie es Vetter und seinesgleichen tun, wer die Zusammenarbeit mit Strauß sucht, der leistet damit auch den Spaltungs- und Zerstörungsplänen Vorschub, der stellt sich selbst ins Lager der Feinde der Einheitsgewerkschaft.

Die heutige Politik der DGB-Führung ähnelt in gefährlicher Weise dem Kurs der ADGB-Spitze vor und unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers. Auch damals gedachte man mit Kniefällen und Kompromissen einen erklärten Todfeind der Gewerkschaften zu beschwichtigen und die eigenen Positionen zu retten. Das Ergebnis ist bekannt: Trotz der Ergebniserklärungen an die Adresse Hitlers wurden 1933 die Gewerkschaftshäuser gestürmt, und es begann die lange dunkle Nacht des faschistischen Terrors.

So weit darf es nie wieder kommen. Auch für die Gewerkschaftsbewegung gilt: Wehret den Anfängen! Und das bedeutet eben, Strauß und seinen Hintermännern keinen Fußbreit nachzugeben. Wie schon erwähnt, gibt es heute in den Gewerkschaften eine breite Bewegung gegen die reaktionären Angriffe der Strauß-Partei, für die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft; eine Bewegung, die sich notwendig auch gegen die Verräter und Verräter in den eigenen Reihen richtet. Wir Kommunisten unterstützen diese Bewegung mit aller Kraft, vor allem dadurch, daß wir den Aufbau der RGO fördern, die dieser Bewegung die notwendige Organisiertheit und die klare Orientierung geben kann. Und nur so kann der Kampf für die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft gegen ihre äußeren und inneren Feinde erfolgreich geführt werden.



Immer wieder wurde in der letzten Zeit das Verbot der Grauen Wölfe gefordert.

Türkische Faschisten in München

Demonstration gegen Graue Wölfe

Polizei überfällt Antifaschisten

MÜNCHEN.— Etwa 1500 Demokraten und Antifaschisten hatten sich am vergangenen Samstag auf dem Geschwister-Scholl-Platz eingefunden, um gemeinsam gegen eine Veranstaltung der faschistischen Bande „Graue Wölfe“ im nahegelegenen Schwabingerbräu zu protestieren. Etwa zwei Drittel der Demonstrationsteilnehmer waren Antifaschisten aus der Türkei.

Gegen die provokative Veranstaltung der Grauen Wölfe — die auch in München unter der Tarnbezeichnung „Türkischer Idealistenverein“ auftraten — hatte es eine breite Protestbewegung gegeben. Unter anderem hatten der DGB und verschiedene politische Organisationen bis hin zur Münchner SPD das Verbot des Faschistenaufmarsches gefordert. Die bayrische CSU-Mafia — vom Innenminister Tandler bis zur Polizeiführung in der Landeshauptstadt — kümmerte sich jedoch einen Dreck um alle Proteste. Sie war von vornher-

ein fest entschlossen, den Faschisten ihre Hetzveranstaltung zu ermöglichen.

Der Kreisverwaltungsreferent Klaus Hahnzog erklärte zu den Protesten, die Veranstaltung der Grauen Wölfe könnte nur verboten werden, „wenn es konkrete Anhaltspunkte für strafbare Äußerungen auf der Versammlung“ gebe. An solchen Anhaltspunkten aber ist wahrlich kein Mangel. Die türkischen Faschisten haben noch jede ihrer Veranstaltungen dazu benutzt, um offen und ungeschminkt zum Mord an Kommunisten und anderen

Demokraten zu hetzen. Und der Tod des Westberliner IGM-Mitglieds Celaetin Kesim hat vor einigen Monaten erneut bewiesen, daß es diese faschistischen Mörder nicht bei Hetze und Drohungen belassen. Welche „konkreten Anhaltspunkte“ brauchen denn die Herren von der CSU noch? Daß sie die Veranstaltung im Schwabingerbräu erlaubten, ist nichts anderes als ein erneuter Beweis ihrer Komplizenschaft mit den türkischen Mordbänden.

Die Münchner Demokraten und Antifaschisten jedenfalls gaben sich mit den windigen

Rechtfertigungsversuchen der Behörden nicht zufrieden. Sie traten zu der erwähnten Demonstration an, zu der unter anderem der DGB, verschiedene Einzelgewerkschaften, die VVN und die Volksfront aufgerufen hatten. Und bei der Kundgebung wurde denn auch die Kumpanei der Strauß-Partei mit den türkischen Faschisten angeprangert. Ein Redner wies darauf hin, daß sich Strauß selbst mit dem Boß der Grauen Wölfe, dem Obersten Türkes, zu einer geheimen Aussprache getroffen hat.

Nach dem Abschluß der Kundgebung zogen einige hundert Antifaschisten weiter vor den Schwabingerbräu, der von starken Polizeitruppen hermetisch abgeriegelt war. Während die Mörder des Kollegen Kesim noch frei umherlaufen, wurden hier ihre Gesinnungsfreunde von der bewaffneten Staatsmacht geschützt. Mehr noch — die Polizei ging sogar mit brutaler Gewalt gegen die Antifaschisten vor. Ein Gerangel, das sich einwickelte, als Demonstranten einen Faschisten am Fotografieren hindern wollten, benutzte die Polizei als Anlaß für einen Knüppelinsatz gegen die Antifaschisten. Dabei wurde auch das Kampfgift „chemical mace“ eingesetzt. Ein Angehöriger der Knüppelgardes des CSU-Oberbürgermeisters Kiesel spritzte einem jungen Mädchen das Gift aus kürzester Entfernung direkt ins Gesicht. Das Mädchen mußte mit einem Krankenwagen in die Klinik gebracht werden.

Als eine weitere Hundertschaft behelmter Polizei anrückte, löste sich die Demonstration vor dem Schwabingerbräu auf. Obwohl das Ziel der Aktionen, nämlich die Verhinderung der Faschistenkundgebung, nicht erreicht werden konnte, war doch die Stimmung bei den Antifaschisten gut und kämpferisch. Auf der Grundlage der erreichten Mobilisierung wird man in Zukunft noch erfolgreicher gegen faschistische Provokationen vorgehen können.

Und das Parteivolk in Bremen hat sich nahezu einmütig gegen die Demonstration des militaristischen Geistes aufgelehnt. Verschiedene SPD-Unterbezirke verlangten die Absetzung der Veranstaltung, der größte mit einem Abstimmungsergebnis von 194 zu 55. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen sowie die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen protestierten. Die Abgeordneten der Grünen und die Humanistische Union nahmen gegen die öffentliche Vereidigung Stellung. Unter Federführung der Jusos formierten sich fast alle Bremer Jugendverbände und sämtliche ASten zu einer Ablehnungsfront wider den militaristischen Ungeist.

Die Beschlüsse der SPD-Gliederungen kamen gegen den Widerstand Bonns zustande. Der Verteidigungsminister persönlich warnte seine Genossen vor Protesten, und auch die Bremer Senatsspitze mit Bürgermeister Koschnick und Senator Thape versuchten vergeblich, das Parteivolk auf Kriegstreiberkurs zu trimmen.

Schließlich machte sich auch die IG-Metall-Bundesjugendkonferenz für die Absage der Militärveranstaltung stark.

Für den Fall, daß die öffentliche Vereidigung trotz breiter Proteste trotzdem stattfinden sollte, haben die Bremer Jugendverbände Protestaktionen angekündigt. Darüber werden wir gegebenenfalls in unserer nächsten Ausgabe berichten.

Neonazis provozierten am 20. April

Bombenterror zu „Führers Geburtstag“

NPD-Landesparteitag in Hildesheim verhindert

CELLE.— Am 20. April, kurz nach Mitternacht, ereignete sich in Celle eine schwere Explosion. Die Druckwelle zerstörte die Giebelwand eines Wohnhauses. Obwohl die Feuerwehr schnell zur Stelle war, betrug der Sachschaden 200 000 Mark. Es war reiner Zufall, daß es keine Toten zu beklagen gab. Die Bewohner des Hauses — Mitglieder eines antifaschistischen Arbeitskreises — befanden sich zur Zeit der Explosion bei Freunden.

Kurz zuvor wurde auf eine Wohngemeinschaft in Celle ein Brandanschlag verübt. Auch hier liegen die Indizien eindeutig. Einige Tage vorher hatten Neonazis die Wohnungstür mit Hakenkreuzen vollgeschmiert und einen Drohbrief geschickt: „Man sollte euch vergasen wie alle Linken, Kommunisten, Juden, Verräter...“

In Stade feierten Gesinnungsbrüder der rechtsradikalen Bombenleger in aller Öffentlichkeit „Führers Geburtstag“. An der Spitze dieser unerträglichen Provokation stand der in einschlägigen Faschistenkreisen angesehene Edgar Geiß, der seinerzeit am Grab des ehemaligen SS-Führers Kappler den Hitlergruß entboten hatte — vor den Augen der internationalen Presse.

Das „Stader Tageblatt“ schreibt vom 20. April: „Geiß und die Geburtstagsgäste, von einem schwarzledernen gekleideten Schlägertrupp begleitet, kreuzten durch die Stadt.“

Die Polizei weigerte sich, trotz mehrfacher und dringlicher Aufforderung durch zahlreiche empörte Bürger, gegen die braunen Horden einzuschreiten. Und als sich Geiß und seine Gesinnungsfreunde

auch noch einen NS-Film über Hitler ansahen, meinte ein Beamter der politischen Polizei: „Das ist alles in Ordnung!“

Und genau jene Haltung der Behörden ist es, die den Neonazis jegliche Scheu nimmt, vor aller Augen in die Fußstapfen ihres Idols Adolf Hitler zu treten. Würden sie nicht, daß sie fest auf die Unterstützung der Polizei rechnen könnten, würden sie sich derlei Provokation dreimal überlegen.

Allerdings gibt es ein Mittel, die zuständigen Stellen zu zwingen, den Neonazis Schutz und Unterstützung zu verweigern. Die NPD sah sich gezwungen, einen Landesparteitag in Hildesheim abzusagen, weil die Stadt nicht bereit war, einen Versammlungsraum zur Verfügung zu stellen. Das kam allerdings nicht von ungefähr. Antifaschisten, Demokraten und Gewerkschafter hatten klar zu verstehen gegeben, daß sie den NPD-Parteitag als gezielte Provokation auffassen würden, die nicht ohne Antwort bliebe.

Nur der antifaschistischen Bewegung in unserem Land ist es zu verdanken, daß Individuen vom Schlage eines Geiß nicht schon wieder zu den ehrenwerten Mitgliedern unserer Gesellschaft zählen.

Berufungsverhandlung in Münster

Professor Sigrist erneut vor Gericht

MÜNSTER.— Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts in Münster begann in der letzten Woche die Berufungsverhandlung gegen Professor Christian Sigrist. Im August 1978 war er in erster Instanz wegen „Beleidigung“ und „Verunglimpfung der Bundesrepublik“ zu einer Strafe von 5 400 Mark, ersatzweise 45 Tage Haft, verurteilt worden.



Christian Sigrist

Gegen dieses Urteil hatte Christian Sigrist Berufung eingelegt, die jetzt in Münster verhandelt wird. Bei dem Prozeß geht es um eine Podiumsdiskussion über die politische Unterdrückung in Westdeutschland, die im Mai 1978 vom Goethe-Institut und der Universität Stockholm in der schwedischen Hauptstadt durchgeführt wurde. Teilnehmer dieser Diskussionsrunde, die teilweise vom WDR aufgezeichnet wurde,

waren unter anderem Professor Sigrist und der ehemalige Justizminister von NRW, Diether Posser.

Das Gericht begründete sein Urteil mit Äußerungen, die Sigrist im Verlauf dieser Diskussion gemacht haben soll. Zum einen hätte er gesagt, der Staatsapparat der Bundesrepublik habe 1945 „mit dem gleichen Personal“ weitergearbeitet wie in den Jahren zuvor. Zum anderen soll Christian Sigrist gesagt haben, der Frührentner Günter Routhier, Genosse unserer Partei, sei von der Duisburger Polizei ermordet worden.

Die Justizkampagne gegen Christian Sigrist hatte schon vor zwei Jahren eine breite Protestwelle ausgelöst. Vor allem die Tatsache, daß hier ein entschiedener Demokrat auch noch im Ausland bespitzelt wurde und seine dort vorgetragene Kritik am Bonner Staat bestraft werden sollte, hatte Empörung hervorgerufen.

Die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht ist auf den 8. Mai vertagt worden. In der nächsten Ausgabe werden wir ausführlich über den Prozeß berichten.

Freispruch für Christian Sigrist!

Widerstand gegen militaristisches Spektakel im Weser-Stadion

SPD-Spitze auf der Seite der Kriegshetzer

Altnazi Carstens hatte „Feldparade“ gefordert

BREMEN.— Bundesregierung und SPD-Spitze sind entschlossen, das Bremer Weser-Stadion seinem sportlichen Zweck zu entfremden. Am Dienstag, den 6. Mai soll dort gegen den Widerstand einer großen Mehrheit von SPD-Mitgliedern eine öffentliche Vereidigung auf Fahne und Vaterland anlässlich des 25. Jahrestages des Eintritts der Bundesrepublik in die NATO durchgeführt werden.

Doch entbehrt diese an preußischen Militarismus erinnernde Aktion keineswegs aktueller Bezüge. Der Verteidigungsexperte der CDU/CSU, Wörner, erklärte in gewohnter Offenheit, was der eigentliche Zweck der Vereidigung unter Einbeziehung der Bevölkerung und 400 Ehrengästen ist. Für ihn geht es um eine „Demonstration der Verteidigungsbereitschaft“.

„Die beste Armee nützt nichts, wenn sie nicht vom Verteidigungswillen des ganzen Volkes getragen wird.“ Carstens hatte sogar an frühere und für ihn angenehmere Zeiten gedacht und eine „große Feldparade“ gefordert.

In diesen Stellungnahmen kommt der kriegshetzerische und gegen das Wohl der Völker gerichtete Charakter der schwarz-braunen Reaktion in unserem Lande deutlich zum Ausdruck. Kaum sind die beiden Supermächte dazu übergegangen, ihre immer größer werdenden Schwierigkeiten mit Waffengewalt lösen zu wollen, schwimmen sie, die Strauß, Dregger und Wörner, mit auf der Woge der wachsenden



Rekrutenvereidigung — Propaganda für den Militarismus

Kriegshysterie mit dem unerschütterlichen Vorsatz, die Öffentlichkeit in jenen Sog des Völkerhasses zu zerren, der Bestandteil jeglicher Kriegsvorbereitung ist.

Ein Skandal besonderen Ausmaßes aber ist es, wenn Politiker und Parteispitzen, denen

es bisher mit mehr oder weniger Erfolg gelungen ist, sich in die Pose der Friedensbewahrer zu werfen, unverhohlen das militaristische Spektakel zu verteidigen beginnen, bzw. zu Druck und Erpressung übergehen, wenn das Parteivolk nicht mitziehen will.

Zensur an der Technischen Fachhochschule Berlin

Rektor verbietet Iran-Ausstellung

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Anfang Mai sollte in der Technischen Fachhochschule in Westberlin eine Iran-Ausstellung stattfinden. So jedenfalls hatte es das Studentenparlament beschlossen. Zu Recht waren die Studentenparlamentarier der Überzeugung, der hysterischen Hetze der meisten Medien gegen den Iran eine objektive Darstellungsweise gegenüberstellen zu müssen. Das jedoch mißfiel Herrn Rektor Prof. Dr. Tippe. Er verbot die „extrem anti-amerikanische Propaganda-schau“.

Nun ist es zwangsläufig so, daß eine objektive, der Wahrheit verpflichtete Dokumentation der Ereignisse in und um den Iran nicht sonderlich amerikanisch-freundlich sein kann. Man muß schon einen arg perversen Charakter besitzen, um den Greueltaten von Schah und SAVAK, die erwiesenermaßen mit Unterstützung und Billigung der USA, besser gesagt des CIA, verübt wurden, einen freundlichen Aspekt abzugewinnen, höchstens den, daß einige der Hauptverantwortlichen von der Volksrevolution die einzig richtige Antwort erhalten haben, die Kugel.

So zeigten die Bilder der Ausstellung recht eindrucksvoll den bewaffneten Kampf des iranischen Volkes gegen das Schah-Regime und den USA-Imperialismus.

Nun, die Wahrheit war dem Rektorat an der Technischen



Iranische Patrioten verbrennen die US-Flagge.

Fachhochschule noch nie besonders angenehm, und es hat selten eine Gelegenheit ausgelassen, dieselbe zu unterdrücken.

Prof. Dr. Tippe ließ durch seine Sekretärin einen offenen Brief an den für die Anmeldung der Ausstellung verantwortlichen Kommilitonen tippen. Kernsatz: „Die von Ihnen verantwortete Bilderschau stellt

sich dem Betrachter als eine extrem anti-amerikanische Propagandaschau zugunsten des gegenwärtig im Iran herrschenden Regimes dar. Aus diesem Grund habe ich die Exponate [damit meint Tippe sicherlich die Bilder der Ausstellung, Red.] sichergestellt und verbiete die Ausstellung in Räumen der Technischen Fachhochschule.“

Des weiteren droht Profes-

sor Dr. Tippe mit rechtlichen Schritten.

Das Studentenparlament reagierte auf diesen unverschämten Brief mit einem Flugblatt. Daraus geht hervor, daß Tippe gleichzeitig mit dem Verfassen seines offenen Briefes die Ausstellung mit über 80 Bildern hat entwerfen lassen.

Die Studenten halten Tippe vor, unter Objektivität „nur ein Loblied auf die amerikanische Kriegshetze zu verstehen“.

Das Flugblatt beschreibt auch treffend die Hetze der Medien: „In den letzten Wochen findet man in den Zeitungen und im Fernsehen nur einseitige Berichte über Persien. Es wird versucht, jedem einzureden, daß ein Krieg gegen Persien fast schon eine heilige Handlung wäre.“

Nun wollen die Studenten beraten, wie die Zensur des Rektors durchbrochen werden kann. Es ist nur zu wünschen, daß sie dabei Erfolg haben werden, denn der Kampf um eine objektive, wahrheitsgemäße Berichterstattung über den Iran ist angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage ein Beitrag zum Kampf zur Erhaltung des Friedens, ein Beitrag zum Kampf für Völkereundschaft.

nehmen und im Kampf mit der Arbeitswirtschaftsabteilung dafür zu sorgen, daß nicht mit Vorgabezeiten und Programm-erfüllung zu Lasten der Kollegen manipuliert wird. Es gibt zur Zeit noch viel zuwenig Fachvertreter auf der Werft.

Als dieser Rationalisierungsangriff der Werftkapitalisten bekannt wurde, erhob sich ein Sturm der Entrüstung unter den Kollegen. Alle sind sich einig. Dieser Plan darf niemals Wirklichkeit werden. Viele sind bereit, gegen den 7-Punkte-Plan oder einzelne Punkte zu streiken. Auf der Betriebsversammlung am 25.4. wurde der Plan des Vorstandes von einem Dutzend Kollegen in der Luft zerrissen. Auch die RGO-Betriebsräte griffen in die Diskussion ein. Und als Höhepunkt wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, die die Pläne der Werftbosse verurteilt.

Der Betriebsrat sagt: „Über dieses Papier wird nicht verhandelt.“

Die Kollegen sind entschlossen, mit allen Mitteln diesen unglaublichen Rationalisierungsangriff zu stoppen. Die einmütige Forderung lautet: Der 7-Punkte-Plan des Vorstandes muß vom Tisch!

CGB-Spalter stießen auf Widerstand

Volkskorrespondenz aus Bensheim (Bergstraße)



In Bensheim an der Bergstraße gab es in diesem Jahr zwei Kundgebungen zum 1. Mai. Die Befürworter einer starken und kämpferischen Einheitsgewerkschaft sammelten sich unter den Fahnen des DGB. Die berufsmäßigen Spalter hatten sich bei der vom Gewerkschaftsfeind Nr. 1 favorisierten Spalterorganisation „Christliche Gewerkschaftsbund“ zusammengerotet. Die VOLKSFRONT, die zur Teilnahme an der DGB-Kundgebung aufgerufen hatte,

mobilisierte etwa 50 Gewerkschafter und Antifaschisten zum CGB, bei dem Rechtsaußen Löwenthal angesagt war. Gerade als dieser Strauß-Intimus dabei war, seine arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Sprüche loszulassen, entfalten die anwesenden Gewerkschafter ein Transparent mit der Aufschrift: „Strauß, Löwenthal und CGB wollen spalten. Wir Gewerkschafter wollen zusammenhalten. Stärkt die Einheitsgewerkschaft!“



Die CGB-Ordner gingen gegen das Transparent vor wie der Stier gegen das rote Tuch. Dabei verletzten sie zahlreiche Antifaschisten, aber das Transparent bekamen sie nicht. Als dann noch die Polizei eingriff — die Provokation der Ordner hatte sich mittlerweile zu einer fünfzehnminütigen Saal-

schlacht entwickelt — brüllten die „christlichen“ Gewerkschafter die Ordnungshüter an: „Zieht doch endlich die Pistolen!“ Dabei — so schrieb ein Reporter der Lokalzeitung „Bergstraßer Anzeiger“ — sei es ihm kalt über den Rücken gelaufen.

Löwenthal-Originalton für 15 Mark

Ein Originalmitschnitt der CGB-Veranstaltung samt Löwenthal-Rede kann zum Preis von 15 Mark bei folgender Adresse erworben werden:

Norbert Taufertshöfer
Direktkandidat der VOLKSFRONT für die Bundestagswahlen (Wahlkreis Bergstraße), Essigkamm 2, 6148 Heppenheim.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD/ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML ☐ Ich möchte Mitglied der KPD/ML werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4800 Dortmund 30

Betriebsversammlung HDW/Kiel

7-Punkte-Plan des Vorstandes einstimmig verurteilt!

Volkskorrespondenz aus Kiel

Das hat es seit Jahr und Tag auf einer Betriebsratsversammlung bei HDW/Kiel nicht mehr gegeben! Betriebsratsvorsitzender Otto Böhm mußte auf Druck der Kollegen eine Resolution abstimmen lassen, in dem das neue 7-Punkte-Rationalisierungsprogramm des HDW-Vorstandes verurteilt wurde. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Worum geht es? Vor 11/2 Jahren wurde der berühmte Henke-Plan (so benannt nach dem HDW-Vorstandsvorsitzenden) gebilligt, der vorsieht, daß in Hamburg und Kiel je ein Werk geschlossen wird, 2000 Mann auf die Straße fliegen und der Restbetrieb mit Hilfe von Investitionen in Höhe von 90 Mio. DM modernisiert und damit total durchrationalisiert wird. Ein wichtiges Ziel des Henke-Plans ist es, die Produktionskosten rigoros zu senken. Nachdem die HDW-Vorstandsmitglieder in der Vergangenheit schon reichlich jammerten, daß die Kollegen zu wenig arbeiten, ließen sie jetzt ihren Worten Taten folgen.

Der HDW-Vorstand legte dem Betriebsrat einen 7-Punkte-Plan zur Kostensenkung vor. Dieses Programm ist geeignet, wichtige Errungenschaften der letzten 20 Jahre, die sich die Belegschaft mühsam erkämpft hatte, zu nichtezumachen.

Schon der erste Punkt ist ein Hammer. Hier werden Überprüfung und Korrektur der Programmzeiten angekündigt. Mehrere tausend Kollegen bei HDW/Kiel arbeiten im Programmlohnssystem, dessen Vorgabezeiten auf dem MTM-System beruhen. Weitere Kürzung der Programmzeiten würde für die Kollegen verstärkte Arbeitshetze und Lohnabbau bedeuten, denn voller Lohn wird nur bei 100 Prozent Programm-erfüllung gezahlt, und das wird bei Kürzung der Programmzeiten nicht mehr möglich sein.

Punkt 2 soll den Kollegen, die noch im Akkord arbeiten, ihre Verdienstmöglichkeiten beschneiden, indem die sogenannten Bankstunden abgeschafft werden sollen.

Der dritte Punkt beinhaltet die Verlängerung des Arbeitstages. Bisher gab es bei HDW

eine bezahlte Frühstückspause von 15 Minuten und 30 Minuten unbezahlte Mittagspause. In Zukunft soll es 15 Minuten unbezahlte Frühstückspause, Verlängerung der Mittagspause um weitere 15 Minuten und dafür 30 Minuten längere Arbeitszeit geben. Und das zu einer Zeit, wo wir für die 35-Stunden-Woche kämpfen.

Punkt 4 sieht eine rigorose Verkürzung der Öffnungszeiten für Kantinen und Waschräume vor.

In Punkt 5 wird die alte Klamotte ausgegraben, daß die Stempeluhren am Arbeitsplatz aufgestellt werden sollen. Schon vor über zehn Jahren haben die Kollegen erreicht, daß die Stempeluhren in die Waschräume verlegt werden. Auch das bedeutet Verlänge-

rung des Arbeitstages. Zu Feierabend sollen wir erst stempeln und dann unter die Dusche.

Punkt 6 beabsichtigt eine Überprüfung der Arbeitszeit für nicht freigestellte Betriebsräte. Das ist ein schwerer Angriff auf die Interessenvertretung der Kollegen. Der Vorstand will bestimmen, wie oft und wie lange sich die Betriebsräte für ihre Kollegen einsetzen dürfen.

In Punkt 7 schließlich soll die Tätigkeit der Fachvertreter eingeschränkt werden. Fachvertreter sind speziell ausgebildete Kollegen (meistens Betriebsräte), die in der Lage sind, Vorgabezeiten, Programme, strittige Akkorde etc. zu überprüfen, bei Verdienstschnäbelungen Berechnungen vorzu-

Landesparteitag der NPD

Nazi-Provokation am 1. Mai

Volkskorrespondenz aus Wuppertal

Ausgerechnet den 1. Mai, den Kampftag der Arbeiterklasse, benutzte die NPD von Nordrhein-Westfalen, um ihren Landesparteitag in Wuppertal abzuhalten — eine gezielte Provokation dieser Nazibande.

Rund 400 Antifaschisten aus Wuppertal und Umgebung machten ihrer Empörung vor dem noblen Veranstaltungsort „Zoo-Restaurant“ durch Parolen Luft wie „Eins, zwei, drei — Wuppertal bleibt nazi-frei“, „Nazis raus aus Wuppertal“ oder „Verbot aller faschistischen Organisationen“. Unter ihnen waren Kollegen der Naturfreundejugend, der Volksfront, der Jusos und der VVN. Die Neonazis wurden von einem Riesenaufgebot kampfmäßig ausgestatteter Polizisten geschützt und wagten es dennoch nicht, sich vor dem Vereinslokal sehenzulassen.

Besonders empört waren viele Kollegen über die Tatsache, daß der seit Februar feststehende Termin für den Parteitag der Neonazis nicht nur seitens der städtischen Behörden und der Presse der Öffentlichkeit bewußt verheimlicht wurde, sondern daß auch die örtliche Gewerkschaftsführung Stillschweigen darüber bewahrte. Nur ein Zufall brachte dies zwei Tage vor dem 1. Mai ans Tageslicht. Für eine organisierte Mobilisierung und Verhinderung des Nazitreffens blieb daher keine Möglichkeit mehr.

Die örtliche Gewerkschaftsführung ging sogar so weit, auf der Maikundgebung das gleichzeitig stattfindende Treffen mit keinem Wort anzuprangern und versuchte, auf dem Wege der Flüsterpropaganda die Gewerkschafter von der Teilnahme an

der Protestkundgebung abzuhalten. Viele Kollegen brachten ihre Enttäuschung und Wut darüber offen zum Ausdruck. Zu Recht vertraten sie die Ansicht, das sei eine Schweinerei von der Gewerkschaftsführung, dieses Verhalten schlage allen öffentlichen Beteuerungen ins Gesicht, daß es eine Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung sei, wirksam den Kampf gegen Reaktion und Faschismus zu organisieren.

Die gewerkschaftliche Maidemonstration und Kundgebung in Wuppertal waren dennoch geprägt vom kämpferischen Bewußtsein der rund tausend Teilnehmer. Das kam gerade auch in zahlreichen antifaschistischen Losungen zum Ausdruck. Viele Kollegen marschierten danach zum Versammlungsort der Neonazis.

Am 16. April 1945 trat die Rote Armee zum Sturm auf das faschistische Hauptquartier Berlin an, schloß Berlin am 25. April ein und bahnte sich in erbitterten Straßenkämpfen den Weg ins Stadtinnere. Am 30. April wurde die rote Fahne über dem Reichstag gehißt. — In seinem Führerbunker entzog sich Hitler der Verantwortung, indem er Selbstmord beging.



8. Mai 1945 – Befreiung von Krieg und Faschismus



Generalfeldmarschall Keitel (Mitte) während der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands am 8. Mai 1945. In ungebrochener Arroganz reckt dieser Schreibtischmörder und Planer der Kriege Hals und Nase aus dem Kragen. — Um den ausrasierten Hals allerdings wurde ihm später die diesem Generalsgezücht einzig gemäße Halsbekleidung — die Hanfkravatte — gelegt, die ihm dann auch die Luft abdrückte: Keitel war im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß am 1. Oktober 1946 zum Tode durch den Strang verurteilt worden.



Der von den deutschen Imperialisten, den Krupp, Thyssen, Röchling und ihren faschistischen Helfern angezettelte Weltkrieg verwandelte halb Europa in ein Trümmer- und Leichenfeld. Die größten Opfer an Menschen und Sachwerten mußte die Sowjetunion bringen; sie trug die Hauptlast des antifaschistischen Krieges. Das Bild zeigt Flüchtlinge in den Ruinen von Murmansk im Jahr 1942.

„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.“

Stalin, 1949

Am 8. Mai 1945 wurden die ungeheuren Anstrengungen der Völker der Anti-Hitler-Koalition zur Niederrichtung der Nazi-Barbaren von einem vollständigen Sieg gekrönt. In Berlin-Karlshorst unterzeichneten der Chef des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, und die Generale Stumpff und von Friedeburg die bedingungslose Kapitulation. Der Hitler-Faschismus erklärte seinen vollständigen Bankrott. Der Krieg in Europa war beendet.

Am 8. Mai erlitt der deutsche Imperialismus seine bisher größte Niederlage; es war die Niederlage der Konzernherren, der Monopolisten, Großbankiers, die die Hintermänner Hitlers gewesen waren und in deren Interessen der Krieg von den faschistischen Armeen und Mordkommandos über die halbe Welt getragen worden war. Der Krieg hatte gezeigt, zu welchem Ergebnis die Herrschaft der Konzerne in der Konsequenz führt: zu Terror, Verwüstung, Mord, Vernichtung, zu Raubkriegen, gegen die die Hunnen- und Mongolenzüge Kindereien waren. Der Krieg hatte auch gezeigt, welche ungeheuren Opfer nötig sind, um diese zahlenmäßig winzige Klasse der Monopolisten unschädlich zu machen. Die Hauptlast der Kämpfe aber hatte die sozialistische Sowjetunion Stalins getragen.

Und dies ist die furchtbare Bilanz des Krieges: Die Kampfhandlungen erfaßten ein Gebiet von 22 Millionen Quadratkilometern. Im Kriegszustand befanden sich 72 Staaten, deren Kriegsausgaben nach Schätzungen 935 Milliarden Dollar betrugen. Insgesamt wurden 110 Millionen Menschen zum Kriegsdienst einberufen. Der Krieg forderte 50 Millionen Tote und hinterließ 35 Millionen Kriegsverletzte. Der Hitler-Krieg und der barbarische Terror der Faschisten kostete allein das Sowjetvolk 20 Millionen Tote. Polen verlor über 6 Millionen Menschen, Jugoslawien 1,7 Millionen, Frankreich über 600 000, die USA 405 000, Großbritannien über 375 000. Am schlimmsten wüteten die faschistischen Aggressoren in der Sowjetunion und in Polen. Allein in der UdSSR wurden 1 700 Städte, mehr als 70 000 Dörfer, etwa 32 000 Industriebetriebe und 127 000 kulturelle und Bildungseinrichtungen zerstört. Das deutsche Volk verlor etwa 6 Millionen Menschen, darunter waren über 4 Millionen Gefallene und mehr als 600 000 Luftkriegsopfer. 200 000 Deutsche fielen dem faschistischen Terror zum Opfer. In Zuchthäusern, Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordeten die Faschisten über 8 Millionen Menschen verschiedener Nationalität. Viele Städte waren durch den Luftkrieg verwüstet, Millionen Menschen obdachlos.

Der 8. Mai bedeutete für das deutsche Volk den tiefsten Punkt seiner bisherigen Geschichte, gleichzeitig aber auch den Tag des Neubeginns, den Tag der Hoffnungen auf einen vollständig neuen Anfang. Der Sieg der Antihitlerkoalition, in der die friedliebende und sozialistische Sowjetunion entscheidendes Gewicht hatte, eröffnete dem deutschen Volk die Perspektive zur Schaffung eines friedlichen und demokratischen Deutschlands, eines Deutschlands, in dem mit der Zerschlagung des Monopolkapitals auch die Grundlage von Faschismus und Militarismus ausgemerzt sein würde.

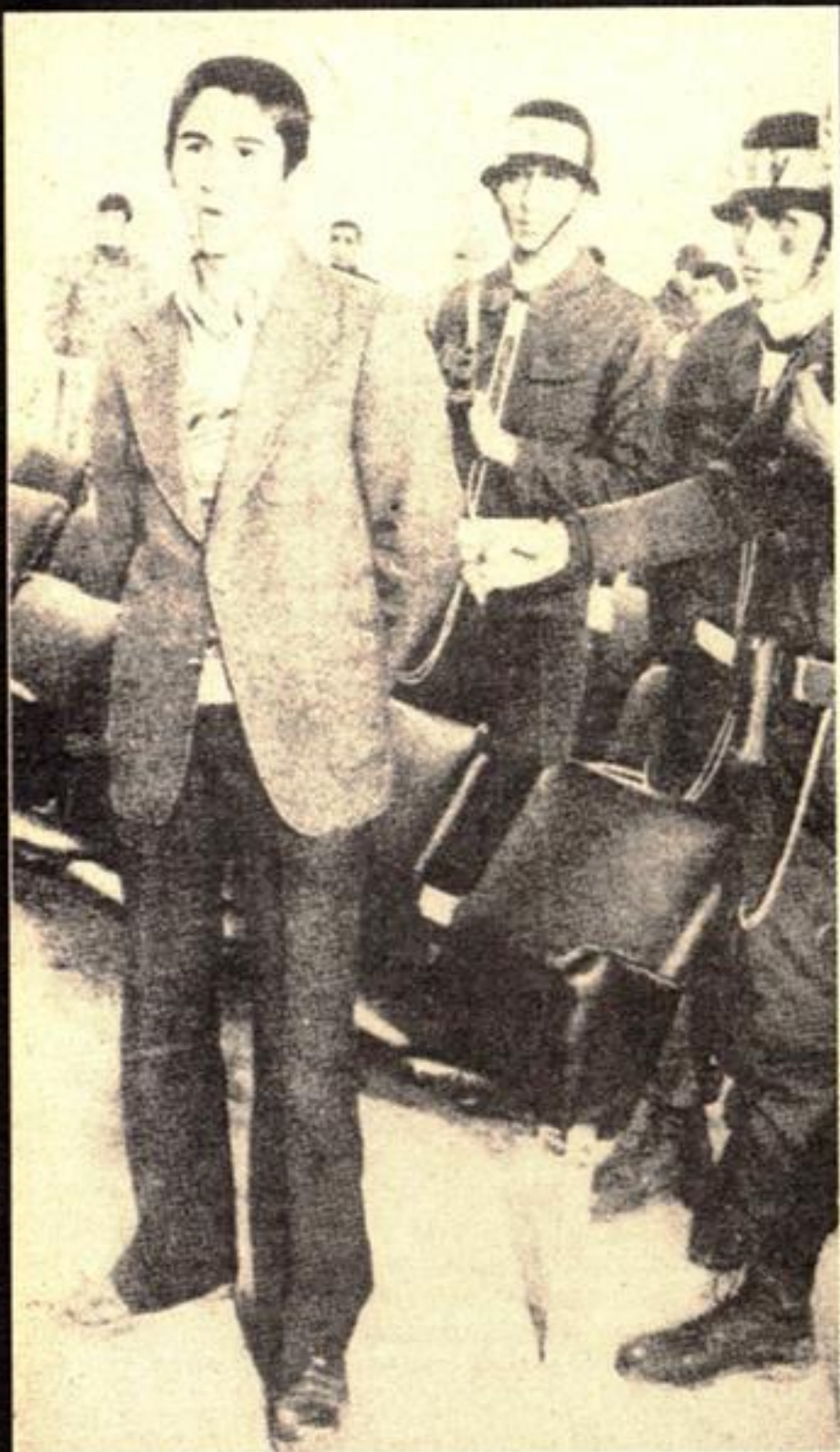
Heute, nach 35 Jahren, muß man jedoch feststellen, daß eine grundlegende Wende in der Geschichte Deutschlands nicht erzielt worden ist. Im Westen Deutschlands wurde die Macht der Monopolisten und Hitler-Finanziers nicht gebrochen, sondern im Gegenteil blühen und gedeihen diese alten Verderber Deutschlands weiter. Es war Adenauer, diese üble Figur der Nachkriegsgeschichte, der das Programm Himmlers aus dem Jahr 1945 — im Bündnis mit den Westmächten gegen die sozialistische Sowjetunion — in die Tat umsetzte, Deutschland spaltete und Westdeutschland zu einer Bastion des kalten Krieges unter der Oberhoheit der amerikanischen Imperialisten umfunktionierte. Adenauer und die mitgehenden Politiker zeichnen verantwortlich für die gefährliche, explosive Situation, in der sich das gesplittene Deutschland heute befindet. — Heute, nach 35 Jahren, muß man leider auch feststellen, daß der Osten Deutschlands im Gefolge der Sowjetunion den Stalinschen Kurs des Friedens und des Sozialismus verlassen hat, daß er — wie die Bundesrepublik in die Kriegs- und Kriegsbrandstifterpolitik eines Carter — in die Kriegs- und Interventionspolitik eines Breschnew verstrickt ist.

Heute, nach 35 Jahren, wächst wieder die Kriegsgefahr. Ähnlich wie in der Zeit vor dem ersten und zweiten Weltkrieg verschärfen sich die Widersprüche der imperialistischen Blöcke untereinander. Beide deutsche Regierungen aber, sowohl die Honecker- wie die Schmidt/Genscher-Regierung, scheuen sich nicht, sich im eigenen Interesse zu Sklaven, zu willfährigen Handlangern ihrer Herren und Bündnispartner im Kreml und im Weißen Haus zu machen. Dagegen gilt es anzugehen. Nieder mit den Kriegsbrandstiftern! Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!



Viele der alten Faschisten fanden auch im neuen Bonner Staat ihre Verwendung: vom Bundespräsidenten bis hinab zum Bundeswehroffizier. Das Foto dokumentiert die Kontinuität: Vertreter der Bundeswehr und ehemaligen SS-Leute der HIAG demonstrieren gemeinsam vor dem Hamburger Kriegerdenkmal am Stefansplatz aus Anlaß des „Volkstrauertages“.

16jähriger Antifaschist zum Tode verurteilt



Der zum Tode verurteilte Erdal Eren vor dem Militärgericht in Ankara.

Rettet das Leben von Erdal Eren!

Die Redaktion des „Roten Morgen“ ruft alle Leser auf: Unterstützt nach Kräften den Kampf zu Verhinderung der Vollstreckung des Todesurteils an dem 16jährigen antifaschistischen Schüler Erdal Eren in der Türkei. Rettet das Leben von Erdal Eren!

Der junge Antifaschist wurde am 19. März von einem türkischen Militärgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne Verteidiger nach einem Schnellverfahren zum Tode verurteilt. Erdal Eren ist erklärter Antifaschist und Mitglied des größten antifaschistischen Jugendverbandes der Türkei (YDGF).

Am 3. Januar fand in Ankara eine etwa tausendköpfige Protestdemonstration unter den Bedingungen des Kriegsrechts statt. Anlaß der Demonstration war der Tod des jungen Siman Sümer, der beim Malen von Parolen von Leibwächern des faschistischen Abgeordneten Cengiz Gökcek erschossen worden war.

Als das Militär anfang, in die Menge zu schießen, kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, bei der ein Soldat getötet wurde. Die Regierung antwortete mit Terror.

Als das Todesurteil bekannt wurde, hat sich das Solidaritätskomitee „Rettet das Leben von Erdal Eren“ konstituiert. Erstunterzeichner eines Aufrufs zur Rettung von Erdal Eren sind viele demokratische und antifaschistische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, u.a. Karl-Heinz Hansen und Klaus Thüsing (beide MdB), Ingeborg Drewitz, Helmut Gollwitzer, Günter Wallraff, Jürgen Roth etc. Die Kontaktadresse des Komitees lautet: Cafer Cebe, Ellerstraße 20, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/121532 (ab 18 Uhr.)

Im Zuge einer Hausdurchsuchung wird Erdal Eren verhaftet. In seiner Wohnung hatte man eine Pistole gefunden. „Wir werden Rache nehmen, das Blut des Soldaten wird nicht umsonst vergossen sein“, tönt Regierungschef Demirel und sein Stabschef Evren. Beide hatten einige Wochen vorher noch dankbar die Hand von Finanzminister Matthöfer gedrückt, die die reaktionäre Regierung in Ankara mit Milliardenbeträgen unterstützen will.

Die Regierung will Blut sehen. Erdal Eren wird verurteilt — zum Tode durch den Strang.

In den letzten Monaten wurden in der Türkei über 39000 Menschen festgenommen, 14000 wurden inhaftiert, Tausende gefoltert und 866 ermordet.

Nun soll auch der junge Antifaschist Erdal Eren sterben. Das muß mit aller Kraft verhindert werden.

100000 im Streik / 800000 ausgesperrt

In Schweden stehen alle Räder still

Größter Arbeitskampf in der Geschichte des Landes

Der größte Arbeitskampf in der Geschichte Schwedens hat das ganze Land praktisch lahmgelegt. Der öffentliche Verkehr ist fast völlig zum Erliegen gekommen. In den Rundfunk- und Fernsehkanälen wurde das Programm bis auf die täglichen Nachrichtensendungen zusammengestrichen. Die meisten Schulen und Kindergärten mußten schließen, da Lehrer und Kindergärtnerinnen nicht zur Arbeit erschienen. Ab Mittwoch leert die Post keine Briefkästen mehr. Einen

Seit dem letzten Herbst finden in Schweden Tarifverhandlungen zwischen Vertretern der Gewerkschaften und des Unternehmensverbandes statt, denn zum 31. Oktober war der bis dahin gültige Tarifvertrag abgelaufen. Seit zwei Jahren hatte es keine Lohnerhöhung in Schweden gegeben. Nach regierungsamtlichen Angaben waren jedoch die Preise 1978 um 13 Prozent gestiegen, 1979 um 8 Prozent. Mithin hatten sich die Lohngelder in den letzten zwei Jahren um 21 Prozent verringert.

Bereits jetzt ist klar, daß die Inflationsrate in diesem Jahr wieder zweistellig ausfallen dürfte, denn die Geldentwertung liegt schon in den ersten Monaten dieses Jahres höher als im gesamten Vorjahr.

Vor diesem Hintergrund fiel die Lohnforderung der Gewerkschaftsführung in Höhe von 11,3 Prozent mehr als dürftig aus, doch für die Unternehmer war sie längst nicht dürftig genug.

Die schwedischen Kapitalisten waren fest entschlossen, die Lasten der Krise ohne Abstriche auf die Werktätigen abzuwälzen. Ihr Angebot fiel in diesem Sinne durchaus folgerichtig aus: Lohnstopp!

Noch hatte sich die Empörung in den Gewerkschaften über diese Provokation nicht gelegt, da eilte die Stockholmer Regierung dem Unternehmerverband zu Hilfe. Eiligst beschloß man einen allgemeinen Preisstopp, befristet bis zum 9. Mai, und startete einen üblen Erpressungsversuch. Man sei bereit, den Preisstoppbeschuß bis zum Jahresende zu verlängern, wenn die Gewerkschaften sich mit einem Nullwachstum der Löhne abfinden würden.

Die Gewerkschaftsspitze fand sich nicht ab, sondern rief ihre 2,2 Millionen Gemeinwesenstreik auf. Die

Unternehmer beschlossen eine brutale Machtdemonstration. Falls der Überstundenboykott durchgeführt werden sollte, werden ab 10. April über 750000 Arbeiter ausgesperrt. Dieser Beschluß zerstörte schlagartig alle bis dahin noch vorhandenen Illusionen über den partnerschaftlichen Geist der Unternehmenseite, denn immerhin hatte seit 1909 keine Aussperrung mehr stattgefunden. Dieser Beschluß zeigte aber auch, daß die Kapitalisten bereit waren, sämtliche Machtmittel einzusetzen, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu zerstören.

Gunnar Nilsson, der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes, kündigte für den Fall einer Aussperrung den Generalstreik an.

In den Abendstunden des 9. April, kurz bevor die Aussperrung in Kraft treten sollte, lenkten die Unternehmer noch einmal ein und erklärten sich unter dem Vorsitz einer staatlichen Schlichtungskommission verhandlungsbereit. Wieder zeigte sich, daß die Regierung und die Unternehmenseite unter einer Decke stecken.

Die Schlichtungskommission präsentiert den Tarifparteien folgenden Vorschlag: Lohn- und Gehaltserhöhungen in Höhe von 2,3 Prozent ab sofort.

Die Unternehmenseite akzeptierte diesen Vorschlag „trotz schwerster Bedenken“.

Die Gewerkschaft weigerte sich, über dieses skandalöse Lohnraubangebot überhaupt zu verhandeln. Erstens ist die Höhe völlig indiskutabel, zweitens besteht die Gewerkschaft auf einem Abschluß, der rückwirkend zum 1. November 1979 in Kraft tritt.

Für den 2. Mai werden Schwerpunkstreiks angekündigt. Der Unternehmerverband erneuert die Drohung mit dem Aussperrungsknüppel.

Tag früher wird der Fährverkehr völlig eingestellt. Die schwedische Arbeiterklasse setzt sich mit mächtigen Kampfaktionen gegen den massiven Angriff von Kapital und Staat auf Lohn und sozialen Besitzstand zur Wehr. Schweden, von bürgerlichen Ideologen lange Zeit als Musterland der Sozialpartnerschaft und Insel des sozialen Friedens gepriesen, ist Schauplatz großer Klassenausschreitungen.

Am Freitag, den 25. April platzt den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst der Kragen. 14000 treten in den Streik für die volle Durchsetzung der 11,3 Prozent. Der Unternehmensverband sperrt im Gegenzug 12000 Kolleginnen und Kollegen aus, für die Durchsetzung des Lohnstopps.

Die Kapitalisten mögen mit einer Einschüchterung der Arbeiterklasse gerechnet haben. Sie mögen damit gerechnet haben, die Arbeiterklasse hätte in den letzten Jahrzehnten der relativen Ruhe das Kampfen verlernt, aber weit gefehlt.

Nach den Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai kehrten 100000 Beschäftigte der privaten Wirtschaft nicht mehr an ihre Arbeitsplätze zurück. Der Unternehmensverband konterte mit Flächenaussperrung: 800000 Kollegen wurden auf die Straße gesetzt. Längst hat der Streik politische Dimensionen angenommen. Der Zorn der Arbeiterklasse richtet sich mehr und mehr gegen die Regierung in Stockholm, die sich von Anfang an auf die Seite der Unternehmer geschlagen hat.

Sämtliche Großbetriebe liegen still. Stahlwerke, Automobilwerke und Bergwerke sind geschlossen. In Schweden herrscht praktisch der Generalstreik.

Der starke Arm der Arbeiterklasse hat die Wirtschaft des Landes zum Erliegen gebracht, die Profitquelle der Kapitalisten ist vorläufig versiegt. Das wird, wenn die Gewerkschaften solidarisch zusammenstehen, den Kapitalisten die Luft abschneiden, denn der Profit ist ihr einziges Lebenselixier.

Gegenwärtig stehen die schwedischen Arbeiterinnen und Arbeiter an der Spitze der europäischen Arbeiterbewegung im Kampf gegen den verschärften Raubzug der Monopole.

Hintergründe zum Arbeitskampf in Schweden

Laut Verfassung ist Schweden (450000 Quadratkilometer; über 8 Millionen Einwohner) ein Königreich. Doch der wirkliche Regent Schwedens ist die Bankierfamilie von Wallenberg. Sie übt die Kontrolle über 200 große Firmen des Landes aus und kommandiert ein Heer von mehr als 500000 Beschäftigten.

Entgegen anderslautenden Meinungen befinden sich in Schweden ausgesprochen wenig Unternehmen in Staatsbesitz. Lediglich am Bergbau ist der Staat mit 50 Prozent beteiligt. Die restliche Industrie ist zu 97 Prozent privat.

Im privatwirtschaftlichen Sektor spielen zahlreiche Multis die Hauptrolle. Sie tragen auch die Hauptverantwortung für die zuspitzende wirtschaftliche Lage. Im Jahre 1978 setzten die Multis 6,8 Milliarden Kronen um. Doch weniger als 10 Prozent dieses Jahresumsatzes erzielten sie in Schweden. Überhaupt geht der Trend bei den Multis dahin, immer mehr Kapital in den sogenannten Billiglohnländern zu investieren, wobei sie gleichzeitig Tausende von Arbeitsplätzen in Schweden vernichten.

Die Ericsson-Gruppe beispielsweise, deren Hauptproduktion in telefonischer Ausrüstung besteht, verkauft nur wenig mehr als ein Prozent ihrer Jahresproduktion zu Hause. Nur ein Drittel der Gesamtbelegschaft arbeitet in Schweden. 1976 entließ sie 2500 Arbeiter, obwohl sie mit Milliardenaufträgen eingedeckt war.

Außerdem betrügen die Multis den schwedischen Staat jährlich um mehr als 11 Milliarden Kronen durch Steuerbetrug und Bilanzmanipulationen. Das ist etwa ein Zehntel des gesamten Staatshaushalts.

1977 setzte die schwedische Finanzoligarchie durch, daß die schwedische Krone gleich dreimal insgesamt um 19 Prozent abgewertet wurde, um den Export nicht zu gefährden. Die dadurch drastisch verteuerten Importe heizten kräftig die Inflation an, die wiederum die Löhne auffraß. Und eben jene Inflation, jener Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung rief die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften auf den Plan.

War das skandinavische Königreich bisher des öfteren im Zusammenhang mit der angeblich funktionierenden Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit genannt worden, hörte man bisher im Zusammenhang mit Schweden des öfteren Berichte, wie Unternehmer und Gewerkschafter angeblich gemeinsam daran gingen, die Arbeitswelt humaner zu gestalten (vor einiger Zeit ging die Abschlachtung der Fließbänder und die Wahl der Vorarbeiter bei Volvo durch die Schlagzeilen), so zeigt der gegenwärtig tobende Arbeitskampf, daß das Leben in Schweden wie in jedem anderen kapitalistischen Land durch den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit bestimmt wird.

Wie in jedem anderen Land wird die Arbeiterklasse nur dann ihren Besitzstand verteidigen können, wenn sie sich zum Kampf gegen das Kapital erhebt. Auch die schwedische Arbeiterklasse wird erst dann endgültig zu Freiheit und Wohlstand gelangt sein, wenn sie die bestehende Ausbeutergesellschaft in der sozialistischen Revolution gestürzt hat.

Das Modell Schweden, das uns jahrelang vor allem von sozialdemokratischer Seite als dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus angepriesen wurde, hat Bankrott erlitten wie jeder andere Versuch, die arbeitenden Menschen vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten.



Bis Redaktionsschluß (Montag) war ein Ende des schwedischen Arbeitskampfes noch nicht abzusehen. Das Bild zeigt streikende Arbeiter bei Volvo.

Am Kampftag 1. Mai

Ungezählte Millionen demonstrierten für ihre Forderungen

Der 90. internationale Kampftag der Werktätigen aller Länder, der 1. Mai 1980, ist vorüber. In einer ganzen Reihe von Ländern wurden dabei die größten Demonstrationen und Kundgebungen seit langer Zeit oder gar die größten überhaupt organisiert. In solchen Ländern wie Nicaragua und Zimbabwe hatten die Werktätigen zum ersten Mal seit langer Zeit wieder das Recht, Maikundgebungen legal durchzuführen. Die faschistischen Diktatoren solcher Staaten wie Argentinien, Brasilien und Chile, der Türkei und Südafrika versuchten mit blankem Terror, die Durchführung von Maikundgebungen der Werktätigen zu verhindern.

Die Ereignisse am und vor dem 1. Mai im Iran und in der Türkei waren dabei von besonderer Bedeutung.

In Teheran und anderen Städten des Irans demonstrierten riesige Menschenmengen am 1. Mai ihren Willen zum Kampf gegen die Aggression des USA-Imperialismus. Angesichts der gewaltigen Kundgebungen der iranischen Werktätigen mußte selbst das Deutsche Fernsehen — ansonsten stets damit beschäftigt zu behaupten, für die arbeitenden Menschen des Landes habe sich seit dem Sturz des Schahs nichts gebessert — zugeben, daß zum Beispiel die Löhne in den Industriezentren um 300 bis 400 Prozent erhöht wurden.

Von der Ausbeutung durch die großen Ölmonopole befreit und mit den erkämpften Rechten aus der siegreichen Revolution gegen die blutige Schah-Diktatur in den Händen, bekundeten die iranischen Arbeiter ihre Absicht, diese Errungenschaften gegen die US-imperialistischen Oberherren der Reaktion zu verteidigen und weitere Forderungen durchzu-

setzen. Im Zentrum der Kundgebungen stand dabei die Forderung nach der Aufhebung und Bestrafung jener Kräfte, die mit dem USA-Imperialismus zusammenarbeiten.

In der Türkei wurden vom reaktionären Regime alle Maikundgebungen völlig untersagt. Ein gewaltiger Aufmarsch von Polizei und Armee sollte dieses Verbot mit aller Brutalität durchsetzen. Bisher wurden bereits fünf Fälle bekannt, in denen Flugblattverteiler oder Plakatkleber in den Tagen vor dem 1. Mai von Polizei und Armee ermordet wurden. 1 200 Festnahmen und 87 Verurteilungen zu Hausarrest ergeben ein deutliches Bild vom schrankenlosen faschistischen Terror der türkischen Machthaber gegen die Arbeiterbewegung.

Die Gewerkschaftszentrale der DISK erklärte sich bereit, unter diesen Verhältnissen auf Maikundgebungen zu verzichten, während Oppositionsführer Ecevit die Arbeiter aufrief, zu Hause zu bleiben, um keine Provokationen zu ermöglichen. Trotz dieser Versuche, dem Kampf gegen die Diktatur den

Wind aus den Segeln zu nehmen, kam es in zahlreichen Gegenden des Landes zu einer neuen Streikwelle, legten mehrere 10 000 Arbeiter die Arbeit nieder, um ihr Recht auf den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse zu verteidigen. Bei verschiedenen illegal durchgeführten Demonstrationen unternahm die Armee blutige Überfälle. In Istanbul wurden 500 Menschen verhaftet.

Riesige Demonstrationen wurden aus einer Reihe von Städten der ganzen Welt gemeldet. In Rom, Madrid und Lissabon demonstrierten jeweils mehrere hunderttausend Menschen gegen Inflation und Arbeitslosigkeit, für einen besseren Lebensstandard und mehr politische Rechte.

Ebensolche Großkundgebungen der arbeitenden Menschen fanden auch in Tokio, Neu Delhi und Tel Aviv statt. Die Demonstration der 200 000 israelischen Werktätigen richtete sich dabei direkt gegen die militaristische Inflationspolitik der Regierung Begin, die ihren Kriegskurs immer offener auf Kosten der arbeitenden Menschen durchführt. Im besetzten Westjordanland ermordeten israelische Polizisten einen Jugendlichen bei einem Überfall auf eine gewerkschaftliche Kundgebung.

Die chilenischen Faschisten versuchten mit dem für ihre bewaffneten Kräfte ausgerufenen Alarmzustand geheime Maifeiern zu verhindern. Im brasilianischen Sao Paulo nahmen über 40 000 Metallarbeiter an einer verbotenen Maikundgebung der Gewerkschaften teil. Nur einen Tag vorher hatten ihre Delegierten in der Kathedrale von Sao Bernardo do Campo, dem Hauptindustrialbezirk von Sao Paulo, vom Militär belagert, beschossen, den Streik weiter fortzusetzen, der schon seit Wochen trotz wachsendem Terror geführt wird. So wurde jetzt bekannt, daß die berüchtigten „Todeschwadronen“, von der Regierung heimlich unterstützte Terrorbanden, in den ersten drei Monaten dieses Jahres 215 Menschen ermordet haben — darunter mehr als dreißig Metallarbeiter. Neben ihren Forderungen nach Lohn und Gewerkschaftsfreiheit verlangten die Metallarbeiter Sao Paulos auch die Freilassung des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers Lula, der vor kurzem wegen dieses Streiks verhaftet worden war.

In Salisbury und Managua fanden zum ersten Mal legale Maikundgebungen statt, auf denen Hunderttausende von Werktätigen zur Verteidigung der Errungenschaften ihrer Revolution und für soziale und politische Forderungen demonstrierten.

Aber nicht nur in den jeweiligen Hauptstädten wurde demonstriert. In Portugal fanden 700, in Spanien 600, in Italien 700 Maikundgebungen statt. Auch in Frankreich und Britannien demonstrierten in Hunderten von Städten jeweils mehr als eine Million Menschen. Tausendfach wurde da-



Die Hauptlosung der Metallarbeiter von Sao Paulo, die in Sao Bernardo do Campo demonstrierten, lautete: Gewerkschaftsfreiheit, gewerkschaftliche Unabhängigkeit, gewerkschaftliche Einheit! Unter dieser Losung hatten sich trotz Verbots mehr als 40 000 Arbeiter versammelt, die den Beschluß der Gewerkschaftsdelegierten, den Metallarbeiterstreik fortzusetzen, lebhaft begrüßten.



Demonstrierende Arbeiter am 1. Mai in der libanesischen Hauptstadt Beirut. Die Beiruter Demonstration, an der ebenfalls Zehntausende von Werktätigen teilnahmen, stand im Zeichen des Kampfes gegen den USA-Imperialismus und die zionistischen Aggressionen gegen das Land.



Massendemonstration in Lissabon. Hunderttausende versammelten sich in der portugiesischen Hauptstadt an diesem 1. Mai, die Tausende von Betriebsdelegationen forderten die Verteidigung der Errungenschaften des 25. April 1974, insbesondere der Verstaatlichungen.

bei auf den britischen Inseln der Sturz der Thatcher-Regierung gefordert. Auch in anderen EG-Ländern demonstrierten Hunderttausende gegen die Sparprogramme der jeweiligen Regierungen.

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Angriffe der kapitalistischen Regierungen auf die arbeitenden Menschen aller Länder wuchs weltweit die Einheitlichkeit der Forderungen am 1. Mai.

Ebenso war dieser 1. Mai mehr als je ein Tag des Kampfes für den Frieden. In allen Ländern wurden die imperialistischen Supermächte, vor allem die USA, wegen ihrer Aggression gegen Iran von den Werktätigen an den Pranger gestellt.

Meldungen

Frankreich: Kundgebung gegen tunesische Urteile

PARIS.— Mehrere tausend Menschen nahmen an einer Kundgebung gegen die 13 Todesurteile im tunesischen Gafsa-Prozess teil.

Die Teilnehmer der Kundgebung protestierten gegen den Vollzug der Todesurteile durch die Truppen der Bourgiba-Diktatur und gegen die Unterstützung der französischen Imperialisten für Bourgiba.

Honduras: Armee besetzt Hauptstadt

TEGUCIGALPA.— Am Dienstag, den 29. April wurde in der hondurischen Hauptstadt Tegucigalpa die Polizei aller ihrer Funktionen entzogen. Die Armee besetzte die Stadt und übernahm die „öffentliche Sicherheit“.

Die Begründung der Regierung: Zunehmend hätten Polizisten in den letzten Wochen Befehle verweigert, insbesondere, wenn es sich um Festnahmen von politischen Oppositionellen gehandelt habe. Angesichts der, wie es in der amtlichen Erklärung hieß, zunehmend schädlichen Aktivitäten des Komitees zur Verteidigung des Friedens und des Sozialismus sei eine schlagkräftige Sicherung der inneren Lage des Landes aber unbedingt erforderlich.

Sudan/Ägypten: Eine halbe Milliarde Mark aus Bonn

BONN.— Eine wesentliche Erhöhung der verschiedenen Formen sogenannter Hilfe an Sudan und Ägypten wurde in den letzten Tagen in Bonn bekanntgegeben.

Ägypten erhält in diesem Jahr rund 300 Millionen Mark für verschiedene Projekte der Regierung Sadat, 13 Millionen davon sind sogenannte technische Hilfe, in der Praxis meist Militärhilfe. Die Hermesgarantien für Investitionen in Ägypten wurden auf 360 Millionen Mark erhöht.

Der Sudan erhält für dieses Jahr 160 Millionen Mark unter anderem zur Energiegewinnung und zum Ausbau eines Großhafens.

Heute, wo sich die Regierungen dieser beiden Staaten als treue Knechte der US-amerikanischen Kriegspolitik gezeigt haben, wird die wirtschaftliche Ankurbelung strategischer Projekte von allen westlichen imperialistischen Staaten massiv vorangetrieben.

Cyrus Vances Rücktritt bestätigt Carter will den Iran zurückerobern

Der als Sensation aufgebauchte Rücktritt des US-Außenministers Cyrus Vance, seine Ersetzung durch Ed Muskie, die vielfältigen Spekulationen, die in diesem Zusammenhang vorgenommen wurden, alles dies kann und soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich am Ziel der Aggression der USA-Imperialisten gegen den Iran nichts geändert hat.

Vances Rücktritt ist im Gegenteil ein Zeichen dafür, daß die aggressive Politik der Washingtoner Regierung noch verstärkt werden soll. Und dieses Ziel ist und bleibt der Sturz der gegenwärtigen iranischen Führung und die Errichtung eines Regimes, das es den Finanzmagnaten der Wall Street wieder erlaubt, das iranische Öl in die Finger zu bekommen.

Das haben die Ereignisse der letzten Tage mehr als deutlich bewiesen.

Der gescheiterte militärische Überfall auf Iran war, darüber kann es überhaupt keinen Zweifel geben, in Zusammenarbeit mit reaktionären Kräften im Inneren des Landes vorbereitet worden. Die terroristischen Bombenanschläge in den Tagen darauf zeigen, daß die proamerikanischen Agenten im Inneren des Landes gut organisiert sind, und daß es um wesentlich mehr geht, als um die Befreiung des Botschaftspersonals.

Das Attentat auf den Außenminister Ghotbzadeh bei seinem Besuch in Kuwait, die anfänglich verbreiteten, dann schnell zurückgezogenen Meldungen darüber, daß das US-Killerkommando auch den Ayatollah Khomeiny liquidieren sollte, die blutigen Drohungen der Tel Aviver Handlanger Washingtons und des Schahzöglings Bakhtiar aus Paris: Alle diese Tatsachen sind ein Beweis dafür, daß versucht wird, die iranische Führung zu beseitigen, um durch den Mord

an den Führern der nationalrevolutionären Bewegung dieser die Kraft zu rauben.

Und auch alle offiziellen Maßnahmen der Carter-Regierung seit Vances Rücktritt zeigen die Fortsetzung und Verstärkung des Kriegskurses an. Die Flotte im Indischen Ozean wurde auf jetzt bereits 37 Schiffe mit 34 000 Mann Besatzung erhöht, darunter die drei größten US-Flugzeugträger. Anfang dieser Woche übten, nach Berichten der französischen Presse, 1 600 Marines am Persischen Golf Landeunternehmen.

Der Angriff von US-Jagdflugzeugen auf einen iranischen Aufklärer über dem Persischen Golf zeigt in aller Eindringlichkeit, daß hier ein militärischer Großaufmarsch stattfindet.

Diese ständig gesteigerte aggressive Vorgehensweise wollte Vance nicht so mitmachen. Natürlich verfolgte der Mann aus der großen Wall-Street-Anwaltskanzlei Simpson & Partners keine anderen Ziele als Jimmy Carter, war er in keiner Weise weniger für den Krieg. Aber er vertrat diejenigen Kräfte, die mehr Zeit gewinnen wollten, um die gesamte Lage am Persischen Golf besser in den Griff zu bekommen.

Sein Nachfolger Muskie, dessen Vater noch Maskiewicz hieß, ist nicht nur von der Abstammung her mit Brzezinski vergleichbar. Er gehörte in den letzten Wochen und Monaten zu den lautesten Kriegshetzern des Landes — jetzt wird er dafür belohnt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
06.00-06.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW



Mit der labilen und krisenhaften Lage Jugoslawiens beschäftigte sich die letzte Folge unserer Serie über die Kriegsgefahr. Welches Erbe wird Tito hinterlassen? Ein Land, das nicht nur von tiefen Klassengegensätzen zerrissen ist, sondern an dessen Spitze sich auch die verschiedenen nationalistischen Cliquen um die Macht streiten. Dieser Machtkampf droht die staatliche Einheit Jugoslawiens zu sprengen, und er bietet den Supermächten die Möglichkeit, sich massiv in Jugoslawien einzumischen.

Bonn im Kräfte-messen der Supermächte

Wie verhält sich Bonn, wie verhalten sich Bundesregierung und Opposition im imperialistischen Kräftemessen zwischen Moskau und Washington? Diese Frage läßt sich nicht trennen von der: Wer, welche Kreise des Finanzkapitals stehen hinter der CDU/CSU und SPD/FDP? Beginnen wir mit der Opposition.

Ihre Haltung ist klar: bedingungslose Gefolgschaft zu den USA. Ob Olympiaboykott, Boykott des Iran, Befürwortung der verbrecherischen Abenteuer des USA-Imperialismus, Kanzlerkandidat Strauß spricht davon, daß sich die Politik der Unionsparteien nahtlos mit der der Vereinigten Staaten decke. „Ich habe“, stellte er nach seinem Besuch bei Jimmy Carter fest, „die Übereinstimmung unserer Interessen festgestellt. Wir haben uns von der ersten Minute unserer Begegnung an verstanden. Unsere Bewertung der jüngsten weltpolitischen Ereignisse und der daraus sowohl für die USA als auch für ihre europäischen Alliierten zu ziehenden Konsequenzen war so gut wie deckungsgleich.“

Carter revanchierte sich prompt und sagte: „Ich wünschte, das amerikanische Volk hätte die letzten 20 Minuten dem bayrischen Ministerpräsidenten zuhören können.“ — Wen wundert's, sind ihre Interessen doch „deckungsgleich“ die der reaktionärsten, aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals ihrer Länder. Wer ist es, der hinter Franz Josef Strauß, diesem besessenen Machtpolitiker und Erzreaktionär steht? Wer hofft, ihn an die Macht zu bringen?

„Als ich vor geraumer Zeit nach gründlicher politischer Analyse und unter Einbeziehung geschichtlicher Lehren und Erfahrungen zu der Einsicht gelangte, daß die achtziger Jahre unseres Jahrhunderts zu einer Periode krisenhafter Zuspitzung weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Art führen würden, stand ich mit dieser Warnung und Mahnung weitgehend allein.“ So schrieb F.J. Strauß in der Neujahrsnummer 1980 des „Bayernkurier“ über die „Herausforderung des neuen Jahrzehnts“. Und er schrieb von der Bundesrepublik als „wichtigem Teil“ der „freien Welt“, die vor einer „gigantischen Herausforderung“ stehe, von „Verteilungskämpfen und Verteilungskriegen“, von „ausreichender Versorgung“ mit „bezahlbarer Energie und lebenswichtigen Rohstoffen“.

Stand er wirklich so allein, der Strauß? — „An der Schwelle zu einem neuen Jahrzehnt sind Politik und Wirtschaft gefordert, Wachstums- und Beschäftigungsprobleme zu lösen, sich anbahnende Engpässe im Energie- und Rohstoffbereich erfolgreich zu überwinden und die Länder der Dritten Welt politisch und wirtschaftlich zu integrieren. Dies stellt hohe Ansprüche an die Konzeptionen

für die achtziger Jahre und an die Qualität der nationalen und internationalen Entscheidungsprozesse.“

Das hat nicht etwa F.J. Strauß gesagt, so stand es wörtlich im Vorwort des Jahresberichtes 1978/79 des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der 20 Tage nach der richtungsweisenden Ernennung von Carstens zum Bundespräsidenten und 20 Tage vor der Kür von Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten von CDU und CSU auf der Jahrestagung des BDI vorgelegt wurde. Der Tagung des BDI am 12. Juni 1979, auf der dessen Präsident Rolf Rodenstock einer „weiteren Übersteigerung der Sozialgesetzgebung“ Einhalt zu gebieten verlangte. Ein Verlangen, das zu erfüllen F.J. Strauß geradezu prädestiniert war. Hatte er doch bereits am 24. Juni 1975 auf dem Mannheimer Par-

sichern haben? Wo steht Strauß im „Verteilungskampf“ um Erdöl und Rohstoffe?

Integrieren, zu deutsch einfügen, einverleiben, ist kaum vorstellbar ohne den Einsatz militärischer Machtmittel, ohne Krieg. Auch wenn sich Strauß zu diesem Thema bisher nicht persönlich zu Wort meldete, sondern sich auf düstere Beschwörungen wie „Noch ist Deutschland nicht verloren“ oder dunkle Prophezeiungen wie „Wenn Energie- und Rohstoffversorgung nicht gesichert werden könnten, drohten ein bis zwei Millionen weitere Arbeitslose“, beschränkte, die Haltung der CDU/CSU in dieser Frage ist klar.

So vertrat der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer im „Bayernkurier“ die Ansicht: Die Errichtung einer militärischen Einsatzgruppe für die Dritte Welt sei ein „Schritt in

vor einem Jahrzehnt schwerer Krisen und deshalb müsse „der beste Mann dran“. Das sei Strauß. Drei Tage vor Straußens Bestellung zum Kanzlerkandidaten trieb der „Münchener Merkur“ den Westen zum Überfall auf die Ölländer an: „Bevor es in Europa zu Bürgerkriegen um die Energie kommt, sollte man den Öl-Erpressern das Handwerk legen. Mögliche Reaktion Moskaus nicht außer Acht lassend, müßte es Ziel des Westens sein, die Ölfelder zu besetzen.“ Hans Tross, damals stellvertretender Chefredakteur und Autor dieser Kriegserklärung, hat inzwischen seinen Arbeitgeber gewechselt. Heute ist er Pressesprecher des bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß.

Ob nun deutsche Soldaten in Afrika, dem „südlichen Ergänzungskontinent“ (Strauß), selbst die Kastanien aus dem Feuer holen oder nur anderen indirekt den Weg bereiten sollen — darüber gibt es zur Zeit noch keine definitive Antwort bei der CDU/CSU. Um so mehr fordert CDU-Kohl den „Schulterschuß“, die bedingungslose Gefolgschaftstreue zu den USA und Dregger und Wörner, „Verteidigungs“-sprecher der CDU, erklärten die geographische Begrenzung des NATO-Bündnisses für „überholt“ und forderten die Ausweitung des NATO-Einsatzbereichs und eine NATO-Eingreifreserve für die Region des Persischen Golfs.

Je klarer die CDU/CSU-Opposition bereit ist, dem Kriegskurs des USA-Imperialismus zu folgen, desto schärfer greift sie — sehr zu Unrecht — die SPD/FDP-Regierung wegen mangelnder Bündnistreue zu den USA und mangelnder Kriegsbereitschaft an. Während anlässlich der Afghanistan-Debatte im Bundestag Ende Februar 1980 die Opposition noch die Erhöhung des Rüstungs-etats um drei Prozent begrüßte und gemeinsam mit der Regierung in der Absicht übereinstimmte, die „Zusammenarbeit“ mit den blockfreien Staaten der Dritten Welt zu verstärken, warf bereits 14 Tage später CSU-Landesgruppen-Chef Zimmermann Helmut Schmidt vor, die Bundesrepublik bewußt oder unbewußt auf Neutralisierungskurs zu steuern und immer stärker in den Sog der Sowjetunion zu geraten. Anstatt auf Breschnews Lächeln zu warten, solle er lieber „an Gegenmaßnahmen denken“.

Opferbereitschaft wozu?

Helmut Kohl beklagt das „jämmerliche Bild“, das die Bundesregierung und das westliche Europa insgesamt in diesen Wochen bieten und nennt Brandt, Bahr und Wehner die Moskauer Fraktion der deutschen Sozialdemokratie, „die eine Politik unternimmt, die gar nichts mehr mit unseren Interessen zu tun hat“. Er spricht von der „Gefährdung des Friedens in der Welt“, bei der der Platz der Deutschen eindeutig an der Seite der Vereinigten Staaten sei. Wie Strauß sagt er: „Wir müs-

sen uns darauf einrichten, daß eine schwierige Zeit auf uns zukommt.“ Und er fordert das Volk wie weiland Hitler in dieser „Stunde der Wahrheit“ zur Opferbereitschaft auf.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, was unter einer CDU/CSU-Regierung mit einem Strauß an der Spitze für die bundesdeutschen Werktätigen, die bundesdeutsche Jugend herauskäme: Blut, Schweiß, Tränen. Sterben für die USA, für die Interessen der amerikanischen und deutschen Rüstungsmonopole, für das amerikanische und deutsche Finanzkapital auf den Schlachtfeldern eines neuen Weltkrieges. Was aber tut die Bundesregierung, was tun SPD und FDP angesichts dieser Gefahr? Stimmt es, daß sie, wie man ihnen seitens der CDU/CSU vorwarf, einen Kurs der „Selbstneutralisierung“ steuern?

Schön wär's! Doch sie denken gar nicht daran. Sowohl Bundeskanzler Schmidt, als auch Außenminister Genscher stehen voll zur Carter-Regierung, zum USA-Imperialismus. Empört wiesen sie jeden Zweifel an ihrer Bündnistreue zurück. Bundeskanzler Schmidt bezeichnete es als Wunschenken ohne Aussicht auf Erfolg, die Bundesrepublik von ihren Partnern, insbesondere von den USA abspalten zu wollen. Entschieden wies er in einem ZDF-Interview die von Strauß geäußerte Befürchtung zurück, daß in der Entwicklung der USA und der Sowjetunion zueinander eine Neutralisierung ins Auge gefaßt werden könnte. Die Bundesrepublik stehe so fest wie eh und je zu den Vereinigten Staaten. Und Genscher schriftlich: „Unser Platz ist an der Seite der Vereinigten Staaten und nicht zwischen den beiden Supermächten.“

diese und künftige höhere Rüstungsausgaben habe der Steuerzahler aufzukommen.

• versprach Bundeskanzler Schmidt amerikanische Wirtschaftssanktionen gegen den Iran „als absolut zuverlässiger Verbündeter und Freund“ zu unterstützen, wobei Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff versprach, dies auch zu tun, wenn nicht alle EG-Verbündeten mitmachen: „Wir lassen uns den Grad unserer Solidarität mit den USA nicht von anderen vorschreiben.“

• folgte die Bundesregierung — entgegen dem Willen fast aller Sportler und des überwiegenden Teils der westdeutschen Bevölkerung — der Anweisung Carters, die Olympischen Spiele zu boykottieren. Wobei Kanzler Schmidt — entgegen anderen Bestrebungen aus seiner Partei — finanzielle Sanktionen gegen Verbände und Sportler androhte, wenn sie trotz gegenteiliger Empfehlung der Bundesregierung nach Moskau führen.

• beilegte sich Bundeskanzler Schmidt, dem amerikanischen Präsidenten sein tiefes Mitgefühl für dessen gescheiterten Überfall auf den Iran zu versichern: „Die Nachricht, daß die widerrechtliche Geiselnahme acht Menschenleben gefordert hat, erfüllt mich mit Bestürzung und Trauer.“

Wer hat was gefordert? Der grenzenlose Zynismus des USA-Imperialismus, Präsident Carters, dem das Leben der amerikanischen Botschaftsangehörigen in Teheran nicht einen roten Heller wert ist, wie das wahnsinnige Kommandounternehmen beweist, hat das Leben von acht amerikanischen Soldaten gefordert. Warum liefert man den Schah, diesen Massenmörder, nicht aus, warum gibt man dem iranischen Volk die Milliarden auf

Sterben für die USA? (8. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!



USA-Besucher Strauß: Einpeitscher für Carters Kriegskurs.

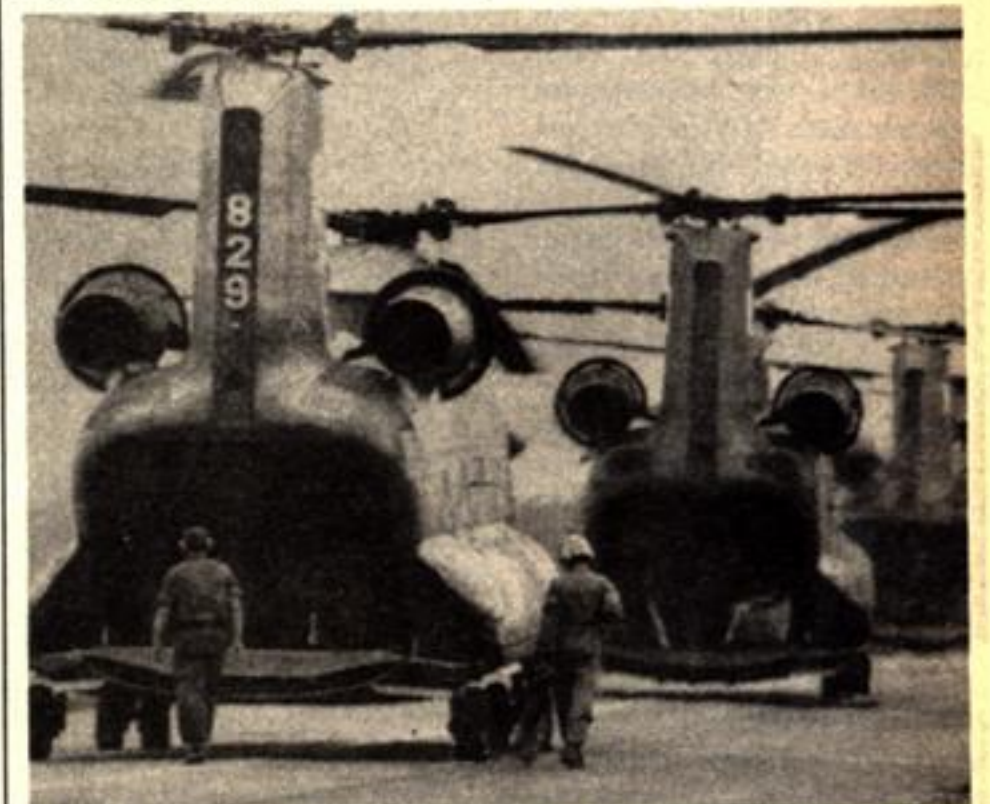
teitag der CDU getönt: „Ich sage nur, daß der Sozialstaat seine Grenzen erreicht, zum Teil bereits überschritten hat“, eine Behauptung, die er 1976, 1978 wiederholte und der er 1979 hinzufügte, daß man „mehr Schweiß werde... schon aufgeben müssen.“

Blut, Schweiß und Tränen

Blut, Schweiß und Tränen, die Losung kennen wir, und sie liegt ganz im Sinne des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, nämlich bei der zu erwartenden Vertiefung der Krise die Lasten auf die Werktätigen abzuschieben. Daß die Lohnkosten niedrig gehalten werden müssen und eine „Gewinnkompression“ — also eine Senkung der Profitrate — nicht stattfinden darf, darin stimmen Strauß und die Industrie überein. Wie aber steht er zu der vom BDI erhobenen Forderung, daß die Industrieländer, also auch die Bundesrepublik, die „Länder der Dritten Welt politisch und wirtschaftlich zu integrieren“, sich Energie und Rohstoffe zu

die richtige Richtung“. Und in der „Welt“ beklagte er den Wahlsieg Mugabes in Zimbabwe (Rhodesien) als eine weitere schwere Niederlage des Westens nach Afghanistan. Sicherheitspolitische Garantien des Westens, „die Ausdehnung des Schutzbereichs der NATO nach Süden“, seien unumgänglich, wenn verhindert werden soll, daß die Sowjetunion das Kap und die Rohstoffe Südafrikas unter ihre Kontrolle bekommt. Wenn, wie er offensichtlich meint, verhindert werden soll, daß die farbige Bevölkerung Südafrikas und Namibias sich in den Besitz der ihnen gehörenden Rohstoffe setzt. Deshalb plädiert er auch dafür, die gegen UNO-Beschluß in Namibia etablierte prowestliche Interimsregierung, die reaktionäre „Turnhallen-Allianz“, solle durch die Ausweitung ihrer exekutiven Befugnisse gestärkt werden.

Todenhöfer, entwicklungs-politischer Sprecher der CDU/CSU im Bundestag war es übrigens, der drei Tage nach der Jahrestagung des BDI verkündete, die Bundesrepublik stehe



Amerikanische Kampfeinheiten in der Bundesrepublik.

Um ja nicht in Verdacht zu geraten, es könnte ihnen mit diesen Äußerungen nicht ernst sein, folgten sie sklavisch allen Befehlen und Anweisungen aus Washington. So

• erhöhten sie nachträglich den Rüstungshaushalt um 1,02 Milliarden Mark, wobei Bundeskriegsminister Apel sich erfrechte zu behaupten, „daß die deutsche Bevölkerung besonders seit dem sowjetischen Einfall in Afghanistan das Erfordernis größerer Verteidigungsausgaben eingesehen habe“. Ausdrücklich wurde betont, für

amerikanischen Banken lagern den Dollar, die der Schah ihm geraubt hat, nicht zurück? Trotz ihrer Spionage- und Sabotagetätigkeit brauchte kein amerikanischer Botschaftsangehöriger auch nur eine Stunde länger im Iran bleiben.

Im nächsten RM:

Bonner Kanonenbootpolitik im Indischen Ozean. Welche Kräfte stehen hinter der SPD-Regierung? Die Ostpolitik im Zeichen der verschärften Rivalität der Supermächte.



Stimmung wird großgeschrieben. Eine Szene vom II. Internationalen Jugendlager 1978 in Portugal.

IV. Internationales Jugendlager im Hunsrück vom 19. 7. bis 3. 8. 80

Einige gute Gründe, am Ferienlager teilzunehmen

Dort, wo dereinst Kelten, Gallier, Germanen, römische Besatzer, Sarmaten und Teile eines skytischen Nomadenstammes ihre Zelte aufgeschlagen hatten, wird im Sommer dieses Jahres das IV. Internationale Jugendlager stattfinden. Demokratische, sozialistische und kommunistische Jugendverbände aus aller Welt werden erwartet. Der Jugendverband der

Wie vom Vorbereitungsausschuß (Leitung: Klaus Kühl, Duisburg) zu erfahren war, haben die Arbeiten zur Vorbereitung des Lagers bereits beachtliche Dimension angenommen.

Wichtig für alle Bierfreunde: Ein Riesenzelt für 1 000 Personen, auch Bierzelt genannt, ist bereits geordert. Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet jedoch, daß dort auch andere Getränke gereicht werden sollen (z. B. Altbier).

Und was Probleme und Bedürfnisse betrifft, die gewöhnlich nach dem Biergenuß aufzutreten pflegen, auch hierfür ist gesorgt. Neben den bereits auf dem Platz vorhandenen sanitären Anlagen werden noch weitere Toilettenwagen aufgestellt. Und da der Mensch be-

kanntlich weder von Brot noch von Bier allein lebt, bemühen sich die Initiatoren des Lagers auch um Genüsse kultureller Natur. Wie sie jüngst vermelden konnten, haben sie bereits zwei in Fachkreisen längst nicht mehr unbekannte Truppen unter Vertrag, die Gruppe „Elbe 1“ aus dem hohen Norden, die sich schon unter ihrem früheren Namen „Elbspeeler“ einen Namen gemacht hat, und die Gruppe „Auflauf“ aus Wien, bekannt durch ihren „Wahlschlager“ „Stoppt Strauß“.

Und wem wir bis jetzt mit dem laufend erwähnten deutschen Volksgetränk Bier auf die Nerven gegangen sein sollten, dem sei zum Troste gesagt, daß das berühmte Weinanbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer nur einen Katzensprung vom Zeltlager

KPD/ML, die Rote Garde, unterstützt das Lager. Die Zeitung der Roten Garde, der „Rote Rebell“, bringt seit Februar regelmäßig Aktuelles von der Lagervorbereitung in einer eigens dafür geschaffenen „Lagerzeitung“. Der vierten Ausgabe dieser Lagerzeitung haben wir die oben erwähnten historischen Weisheiten entnommen.

entfernt liegt. Wie der Lagerzeitung der Roten Garde zu entnehmen ist, wachsen hier die besten deutschen Weinsorten — Riesling, Müller-Thurgau und Elbling.

Nun mögen die erwähnten Attraktionen nicht der Hauptgrund sein, zum Lager zu kommen, aber es ist doch immer gut zu wissen, was einen so alles erwartet.

Jugendvertreterwahlen '80

Aktive Gewerkschaftsjugend — Voraussetzung für kämpferische Jugendvertreter

Nun stehen sie an, die Jugendvertreterwahlen '80. Laut Betriebsverfassungsgesetz sollen vom 1. Mai bis 30. Juni in allen Betrieben, in denen mehr als fünf Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt sind, Jugendvertreter gewählt werden.

Das Jugendmagazin der Roten Garde, „Roter Rebell“, hatte anlässlich der bevorstehenden Jugendvertreterwahlen in seiner Januarausgabe einen Aufruf gestartet, es mit Erfahrungsberichten und Fragen zum Thema einzudecken. Die Früchte dieser Aktion wurden dann in der Februar- und Märzangabe verarbeitet.

Neben rechtlichen Hinweisen in Sachen Betriebsverfassungsgesetz kam ein Jugendvertreter aus einem Druckbetrieb mit 800 Beschäftigten zu Wort, abgedruckt wurde außerdem ein Rechenschaftsbericht einer dreiköpfigen Jugendvertretung, der auf einer Jugendversammlung gehalten wurde. So erhielt der Leser wichtige Einblicke in die Kleinarbeit und Schwierigkeiten der Jugendvertretungsarbeit.

In der Märznummer meldete sich auch der Genosse Peter Manske, Sekretär des Zentralkomitees der Roten Garde, zu Wort. In einem Kommentar wies er auf den Zusammenhang zwischen Jugendvertretung und Gewerkschaftsjugend hin.

„Eine Jugendvertretung ist immer nur so stark, wie ihre Arbeit von den Jugendlichen getragen wird. Und der aktivste Träger dieser Arbeit muß die Gewerkschaftsjugend sein!“

Nun ist es unmöglich, von hier aus einen umfassenden Überblick über den Zustand der Gewerkschaftsjugend zu geben. Das wird ohnehin regional un-

terschiedlich sein. Was man allerdings sagen kann:

Der Versuch der reaktionären DGB-Funktionäre um Vetter, Schwab und Hauenschild, die Gewerkschaftsjugend durch Druck und Intrige politisch zu entmündigen und dem Diktat einer sozialpartnerschaftlichen Politik zu unterwerfen, ist auf den erbitterten Widerstand der jungen Gewerkschafter gestoßen. Davon haben die hinter uns liegenden Bundesjugendkonferenzen zahlreicher Einzelgewerkschaften Zeugnis abgelegt.

Die Jugendkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik tagte am 22. und 23. Februar in

Wir fordern das Recht auf Bildung und Arbeit!

Wir fordern das Recht auf ein Leben in Freiheit und Demokratie!

Für Frieden und Völkerfreundschaft!

Hoch die internationale Solidarität!

(Das sind die vier Hauptlosungen des IV. Internationalen Jugendlagers.)

IV. Internationales Jugendlager vom 19. 7. bis 3. 8. 1980 in Thiergarten im Hunsrück (25 km südöstlich von Trier).

Nur 180 Mark bei Anmeldung bis zum 1. Juli, danach 200 Mark. Im Preis ist die Verpflegung enthalten. Kinder (zwischen vier und zwölf Jahren) zahlen den halben Preis.

Einzahlen auf das Konto Klaus Kühl, Postscheckamt Essen, Nr. 208982 — 439.

Der Einlieferungsschein der Zahlkarte dient als Eintrittskarte, ist also möglichst aufzubewahren. Zelte müssen mitgebracht werden, gute Laune auch.

Sport — mit und ohne Maschinen

Car-Crash oder Salto mortale mit der Mofa wird es nicht geben, doch das ist für alle Fans von heißen Öfen kein Grund zur Traurigkeit. Der Vorbereitungsausschuß hat

Motorrad- und Autoralleys angekündigt, bei denen es weniger auf Pferdestärken ankommt als auf Geschicklichkeit und Köpfchen.

Olympia in Thiergarten?

Keine Angst! Die Veranstalter beabsichtigen keineswegs, eine Gegenolympiade im Hunsrück auf die Beine zu stellen, doch sollen jene Sportler, die die Qualifikation diesmal noch nicht ganz geschafft haben, auf dem Jugendlager zu ihrem Recht kommen.

Vorgesehen sind verschiedene Turniere (Tischtennis, Handball, Volleyball, Fußball). Aus der Lagerzeitung der Roten Garde geht hervor, daß es in den Disziplinen Fußball und Handball Damen- und Herrenmannschaften geben wird. Wir begrüßen natürlich diesen Beitrag zur Emanzipation, doch hoffen wir,

daß auch Jugendmannschaften für die Turniere zugelassen werden. Des weiteren werden Staffelläufe über 4 x 100 und 4 x 400 Meter durchgeführt. Leichtathletischer Höhepunkt wird ein Fünfkampf sein (Weitsprung, Sprint, Kugelstoßen, Mittelstreckenlauf, Freistilschwimmen). Außerdem sind Waldläufe und Radrennen vorgesehen.

Anmeldeschluß für alle Disziplinen ist der 1. Juli 1980. Anmeldungen bitte an den Vorbereitungsausschuß: Klaus Kühl, Kaiser-Friedrich-Str. 59, 4100 Duisburg-Marxloh.



Solidarität üben!

Für die westdeutsche Jugend ist die Teilnahmegebühr von 180 Mark vergleichsweise gering. Für einen portugiesischen Jugendlichen jedoch beläuft sich die Gebühr auf ca. 30 000 Escudos. Das ist das vier- bis fünffache eines portugiesischen Durchschnittslohns.

Deshalb wird in allen Ländern, in denen der Lebensstandard relativ hoch liegt, ein Unterstützungs-

fonds eingerichtet, um auch Freunden und Genossen aus Portugal und Ländern mit vergleichbarer Wirtschaftslage die Teilnahme ermöglichen zu können.

Die Kontonummer des westdeutschen Unterstützungsfonds: Postscheckamt Dortmund, Nr. 13456 — 464, Rote Garde, Postfach 30 05 26; Stichwort: „Unterstützung“.



Das Aktionsprogramm der Roten Garde zur Jugendarbeitslosigkeit und Berufsausbildung. „WEHRT EUCH!“

Was Bosse und Bonzen planen, die Monopole vorhaben — und was wir dagegen tun müssen, lest ihr auf 20 lockeren Seiten.

Preis 0,50 DM. Zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund, Postfach 300526. Und natürlich bei jedem von der Roten Garde zu haben (meistens jedenfalls)!

Friedensgeschichten

Vor 35 Jahren befreiten die Armeen der siegreichen Anti-Hitler-Koalition das deutsche Volk von der faschistischen Diktatur. Aber nur im Osten des Landes — unter dem Schutz der Stalinschen Sowjetunion — konnten die Werktätigen darangehen, auch die Wurzeln des Faschismus auszureißen, die monopolistischen Kriegsverbrecher zu enteignen und zu bestrafen, die riesigen Güter der Junker an die armen Bauern zu verteilen. In ihren „Friedensgeschichten“ — von denen wir auf dieser Seite eine Auswahl veröffentlichen — erzählt Anna Seghers von den Erfolgen und Schwierigkeiten beim Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. (Die Geschichten sind dem Band „Anna Seghers, Erzählungen 1945 - 1951“ entnommen.)



Anna Seghers

Anna Seghers

Der Kesselflicker

Franz Bandusch fährt in seinem Hundewagen von Dorf zu Dorf im Land herum. Sein winziges Häuschen auf Rädern, an dessen Außenwand eine Friedens-Taube geklebt ist, beherbergt ihn bei Nacht und Regen und alles, was er zum Löten braucht, und das Notwendige für sich selbst und für den Hund. Bandusch verlor im Krieg ein Bein. Darum sitzt er bei seinen Berufsfahrten im Rollwagen, der zwischen die Deichseln montiert ist, und Widu, der Hund, zieht ihn zugleich mit dem Karren, wobei ihm sein Herr mit den Handhebeln hilft.

Bandusch hat außer dem Bein auch seine Heimat verloren. Er besaß vor dem Krieg eine Klemptnerie in Schlesien. Jetzt hat er ein Winterquartier in der Stadt, in der er auf seiner Flucht gelandet ist, und Frühjahr, Sommer und Herbst fährt er rundum, läßt sich in einem Dorf nach dem anderen vom Rollstuhl herunterheben und zündet sich, seinen Widu und sein fahrbares Häuschen im Auge, an einer geschützten Stelle sein Lötfeld an. Er braucht nicht lange auf Kunden zu warten; es ist, als ob die beschädigten Töpfe und Pfannen von allen Herden und Wandbrettern zu ihm rollten, des Kesselflickers bedürftig wie Kranke des Arztes. Die Bauersfrauen drängen sich, auch wenn der Regen fesselt, unter das schmale Vordach, das kaum sein Lötfeld schützt, als könnte es sie von innen wärmen. Die eine klagt, weil die Kaffeekanne, die sie zum letzten Geburtstag geschenkt bekam, bereits durch den Leichtsinns der Schwiegertochter die Schnute verlor. Die andere klagt, daß die Bratpfanne, die sie von ihrer Großmutter erbt, gerade bei ihr unter dem Hochzeitbraten der Enkelin zum erstenmal durchgeglüht ist. Bandusch sagt nichts. Er kann den Leichtsinns der Schwiegertochter so wenig ändern wie den Ablauf der Zeit. Er kann helfen. Die Bratpfanne bekommt zum erstenmal in ihrem hundertjährigen Leben die Lötflamme zu schlecken, und die Kaffeekanne bekommt eine neue Schnute aus Zink. Er hört halb zu, was die Frauen schwatzen; es ist ein Wunder, was alles durch eine undichte Stelle sickert. Die Bratensauce, der Hochzeitsschmaus, die Gäste, die Mitgift, die Ernte, die Maschinenstation, die Einrichtungen der Republik, der Schrecken des letzten Krieges, die Angst vor einem neuen. Bandusch läßt sickern, was sickert, er versteht sich nicht gut aufs Reden. Von ihm wird nur Löten verlangt, die Leute sind an ihn gewöhnt, als sei sein Erscheinen sicher, weil er notwendig ist. Sie loben nur mal den Hund; sie finden nur mal, seine Taube sei

einer richtigen Taube ähnlich. Sie fragen nicht mal, warum er sie angeklebt hat, denn das erklärt sich durch seine ganze Erscheinung. Sie fragen höchstens, ob er denn glaubt, daß dadurch der Friede bleibt. Er gibt ihnen keine kluge Antwort, er sieht nur mal erstaunt von seinem Werkzeug auf. Und alle verstehen: solange er durch die Dörfer fährt, ist Friede im Land. Sie brauchen ihn, und er braucht den Frieden, und alles übrige ist Geschwätz.

Die Sonne steht tief, und ihre Strahlen fallen schräg in die bei Tag verborgensten Winkel. Obwohl er am Boden hockt neben dem kleinen Feuer, sieht er durch die Dorfstraße nach ein Dörfchen am Rande der Ebene. Dort will er noch heute hin, löten und übernachten. Er fährt wie die Marktentenderin nach dem großen Krieg, ohne Bleibe, ohne Habe. Doch nicht nach den Schlachten, nach den Ernten wird sein Dienst am meisten gebraucht. Wenn alles Gerät überholt wird, wenn Zeit ist, um Feste zu feiern und Schäden herauszufinden und zu flicken. Sein Herz ist ruhig. Es hat einen Augenblick gegeben, wo alles verloren schien, da war er fast am Verzweifeln. Jetzt ist er mit dem Leben zufrieden. Er verdient sein Brot auf die alte Art. Es kommt ihm unterhaltsamer vor als in seiner dumpfen Werk-

statt mit all den städtischen Nörglern, die ihn nie geduldig erwarteten, die ihm keinen Dank wußten, als sei eine Klemptnerie das Selbstverständlichste von der Welt.

Hier aber — er hat dafür gesorgt, daß die Großmutter mit Dank an ihn denkt, sooft sie die Bratpfanne aufsetzt, mit Selbstvorwürfen die Schwiegertochter. Er wird auf der Rückfahrt hören, was beides in beiden bewirkt hat. Er löscht sein Lötfeld. Sie helfen ihm in den Rollstuhl. Widu zieht los. Er wird unterwegs beredet, er zeigt dem Hund, was er sieht. Die Dorfstraße geht in die Landstraße über; da hinten wird noch ein Feld gemäht. „Sieh, Widu, dort scheinen die Pferde vor einem Traktor, sie rasen wie verrückt vor der Abendsonne bis zu dem Dorf Neuensee. Da kommen wir übermorgen hin. Und Helmer, der Landarbeiter ist bei dem Wendel, rast hinter den Pferden her. Jetzt packt er sie, jetzt dreht er sie um. Er wird uns übermorgen schon wieder seine Fettbüchse zum Löten bringen. Und Wendel, der Herr, das verbeulte Zeug, aus dem er nur sein Gesinde füttert, und höchstens noch einen, zwei Eimer. Denn, Widu, der Wendel hat für die eigene Familie teils altes Kupfer, teils Aluminium. Beides geht nicht leicht kaputt. Ein Jammer, Widu, daß er nicht selbst hinter

seinen Pferden herrennen muß. Und auch der Traktor, vor dem sie scheu wurden, ist sein eigener. Er hat darum keinen Kontrakt mit der MAS. Er höhnt darum, wo er kann, und er höhnt die Bauern, denen sie hilft.“

Der Hundekarren fährt in das nächste Dorf. Kaum hat sich der Bandusch im Winkel zwischen dem Wirtshaus und einem Heuschöber eingerichtet, da bringen die ersten Hausfrauen schon ihr krankes Geschirr herbei. Die Umsiedlerfrau bringt einen seltsamen rötlichen Topf mit einem wulstigen Rand. Der ist auf dem Boden kaum durchgeglüht. Sie sagt, die Volkssolidarität in der Stadt hat ihr diesen Topf gespendet. Sie ist ganz glücklich, die Umsiedlerfrau, daß Bandusch den Schaden so schnell beseitigt, daß sie keine Mahlzeit auslassen muß. Denn ohne eigenen Topf, mit den geizigen Wirtsleuten aus der gemeinsamen Schüssel, wenn einem jeder Löffel mißgönnt wird, das sei kein Leben. Dann kommt eine Frau mit einem winzigen Töpfchen, das gerade das richtige Maß für ihren Kinderbrei hat. Das Löfflein ist gleichfalls winzig. Dann kommt eine Frau mit einem mächtigen Löffel, als sei er ein Topf mit einem Stiel. Wie kann nur ein solcher Löffel durchbrennen? Bandusch braucht nicht auf Antwort zu warten, und er hat auch gar nicht gefragt. Denn schon umstehen ein paar sein Lötfeld, und ihnen berichtet die Löffelbesitzerin, wie ihre Schwägerin hinfiel und niederkam und wie sie selbst vor Schreck das Ding auf der Herdplatte liegenließ.

Sie gucken im Weggehen die

Taube an, und jemand fragt, ob es zu etwas nützt, daß er sie an den Wagen klebt. Er nickt, und seine Antwort erfüllt sie mit Zuversicht und Vertrauen.

Man lädt ihn ein, in der Scheune zu schlafen, man schiebt seinen Karren in den Hof, als bürge er für Abendfrieden; man füttert den Hund.

Am nächsten Morgen bricht Bandusch so früh auf, wie die Bauern zum Felde gehen. Ein Schloß mit ein paar großen Kastanien steht am Eingang des nächsten Dorfes. Das Ackerland hat früher zum Schloß gehört, dem Erholungsheim der Eisenbahngewerkschaft. Die alte Köchin hat lieber ihre gräfliche Herrschaft mit der Eisenbahngewerkschaft vertauscht, als sich von ihrem Herz zu trennen und von der Gegend, in der sie geboren ist. Und „endlich“ seufzt sie, wie sie vom Brunnen die Hundeschauze hinter dem Tor erblickt. Ihr Eimer rinnt schon unmerklich, sie kippt ihn um und trägt ihn hinaus. Dann läuft sie ins Schloß, und eh noch die ersten Bäuerinnen beim Lötfeld stehen, ist sie aus der Küche wieder zurück mit einem großen rötlichen Topf mit wulstigem Rand. Sie hat ihn dem Bandusch schon so oft gebracht, wie dieser am Schloß gehalten hat. Sein Boden ist auch mit Lötflammen übersät. Diesmal sagt Bandusch zum erstenmal was: „Ich bin hier, um Töpfe zu löten und keine Siebe.“ Die Köchin seufzt und erzählt den Frauen, es hätte in alten Zeiten auf ihrem Brett verschiedene Größen derselben Töpfe gegeben. Jetzt fehle gerade die richtige Nummer, darum sei dieser völlig verbraucht. Denn die nächste, die richtige

Nummer, die hätten Soldaten mitgehen heißen und hätten am Biwakfeuer darin gekocht. Gott weiß, was aus ihm geworden ist.

Ich weiß es auch, denkt der Kesselflicker, ich habe ihn gestern repariert.

Die Leute, die immer sein Wägelchen ansehen, fragen immer dasselbe: „Gibt's noch mal Krieg?“ Bandusch schüttelt den Kopf. Die Leute haben Vertrauen zu ihm, es kommt ihnen vor, als ob er die Wahrheit wüßte. Sein Kopfschütteln heißt: Solange ich nein sage, gibt es keinen.

Der Krieg hat ihm viel genommen; er kann seinem Hund nur mit den Handhebeln beim Ziehen helfen. Er atmet den Frieden ein. Es ist sein Friede, er liebt ihn. Er sagt zu dem Hund: „Widu, hast du verstanden? Da haben Soldaten den passenden Topf mitgehen heißen. Jetzt trauert die Köchin ihm nach, wie ich meinem Bein. Dann haben ihn die Soldaten vergessen, und Flüchtlinge haben ihn mitgenommen und haben ihn auf der Straße gelassen. Da hat ihn ein Junge aufgelesen und hat ihn zum Amt gebracht. Das Amt hat ihn dieser Frau geschenkt, der wir ihn gestern gelötet haben. Das weiß diese Köchin nicht, aber ich weiß alles.“

Er ist auch mächtig. Er weiß fast alles, was in zwanzig Dörfern geschieht. Im friedlichen Leben zieht sich nach und nach wieder alles in regelmäßigen Abständen zusammen, zum täglichen Mahl, zum Leichenschmaus und zur Hochzeit. Er kennt die schadhafte Stellen in ihren Leben, wie er die schadhafte Stellen in ihren Töpfen kennt.

Das Erntedankfest

Zerfetzt und verdreht, mit zerrissenen Schuhen und blutenden Füßen, im Innern von Angst, Verzweiflung und Lügen vergiftet, so daß es ihn juckte und brannte, als ob er die Krätze hätte, kam Anton Bandusch mit seiner zu Tode erschöpften Frau bei Kriegsende nach dem Dorf Hagewald in Brandenburg. Er erwiderte je-

des an ihn gerichtete Wort mit Haß und Hohn; er schlug jede Hand zurück, als sei sie zum Schlag erhoben worden. Hilfsangebote wies er ab, mißtrauisch gegen alle und alles.

Wie ihm als Neubauer siebenhundert Hektar bei der Landverteilung zufließen, da die Sowjetmacht den Großgrund-

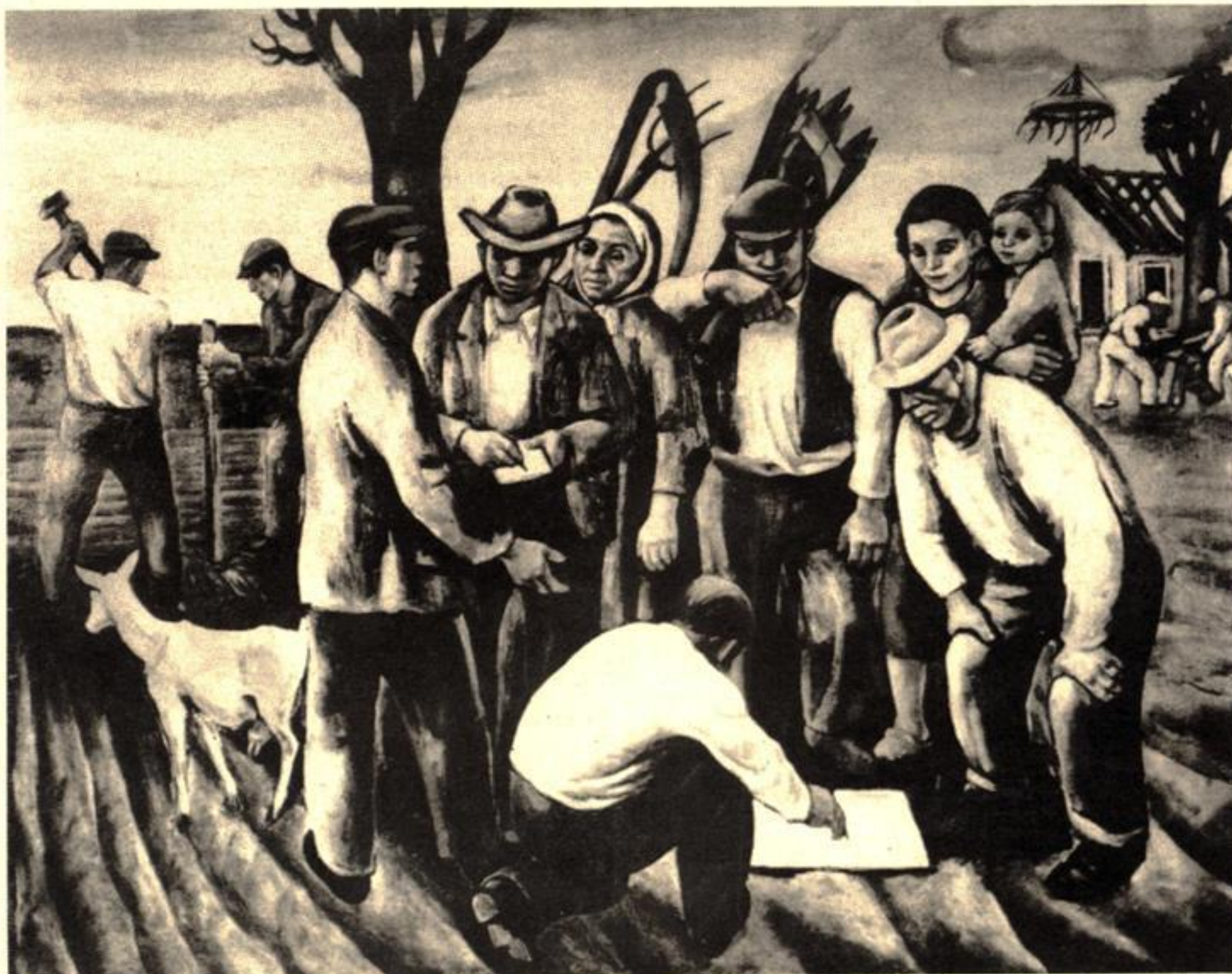
besitz unter die Dorfarmut aufteilte, fing er an, und auch erst auf das Drängen der Frau, sein Land zu bestellen, als sei es ihm anbefohlen wie Zwangsarbeit. Er bekam dazu auch das nötige Gerät und eine Kuh aus dem Herrenstall und Kleinvieh.

Als ihm die neuen Gesetze zustatten kamen, so daß ihm durch Neubauernkredit eine Siedlerwohnung entstand, da hörte er endlich ganz auf zu fluchen. Er blieb wortkarg und mürrisch, als hätte er mit den giftigen Redensarten durchaus die Gabe des Redens verloren. Er arbeitete stumm und verbissen auf seinem Acker, erfüllte das vorgeschriebene „Soll“, und er hatte es schließlich übererfüllt.

Er ging nie unter Menschen, weder in Versammlungen noch ins Wirtshaus, und selbst seiner eigenen Frau verriet er niemals seine Gedanken, so daß man argwöhnen konnte, er hätte gar keine, sein Inneres sei gleichsam verdorrt.

Als dieses Jahr im Dorf Hagewald die Friedensernte gefeiert wurde, kam Anton Bandusch ein Einfall, um seine Gedanken auszudrücken. Im frohen Umzug der Erntewagen erschien er in seinen alten, zerrissenen Kleidern, und auch sein Gesicht war böse verkniffen, er zog einen schäbigen Karren hinter sich her, auf den er allerlei Plunder geladen hatte, zerrissene Schuhe und Lumpen; daran war ein Schild befestigt: „Das verdanke ich Hitler und seinem Krieg!“

Hinter ihm fuhr seine Frau, in guten Kleidern, vergnügt, auf ihrem hoch mit Korn beladenen Wagen. Daran war ein Schild befestigt: „Das verdanke ich der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik!“



Arno Mohr, Landaufteilung 1945, 1949

Zum Auftakt 50 000 Besucher

Ruhrfestspiele 1980

RECKLINGHAUSEN.— Am 1. Mai wurden mit einem großen Kulturfest die Ruhrfestspiele 1980 eröffnet, die der DGB in Zusammenarbeit mit der Stadt Recklinghausen veranstaltet. Das Motto der Festspiele ist: „Soziale Partnerschaft — soziale Gegenseitigkeit“. Wobei in zahlreichen kulturellen Beiträgen vor allem das letztere zum Ausdruck kam: der Klassenkampf.

Zur Eröffnung der Ruhrfestspiele trafen sich über 50 000 Besucher aus dem Revier. Auf fünf Bühnen und Podien gleichzeitig wurde ein ansprechendes und fortschrittliches Kulturprogramm geboten: Gesang, Theater, Kabarett, Folklore, Literatur. Unter an-

Matti wird von den Ruhrfestspielen in einer Eigeninszenierung gebracht. Regie: Hansjörg Urzerath. Premiere ist am 25. Mai. Jugendvorstellungen (jeweils 11 Uhr) sind am 28. und 29. Mai und am 4. und 10. Juni, Abendvorstellungen am 26.5., 2.6., 9.6., 12.6. und 16.6. um 19.30 Uhr.

„Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich“. Mit dieser Theaterrevue mit Filmeinlagen gastiert die Hempels Theater GmbH aus Hamburg am 16. und 17. Mai jeweils um 19.30 Uhr im Werkstatt-Theater (Ruhrfestspielhaus). — Das Stück ist mit finanzieller Unterstützung der Ruhrfestspiele und der IG-Metall für die Ruhrfestspiele produziert worden.



Portugiesische Folklore bei der Eröffnungsveranstaltung der Ruhrfestspiele 1980.

derem traten auf: die Liedermacherin Bettina Wegner; der sizilianische Straßensänger Franco Trincale, die Kabarettisten Hanns Dieter Hüsch, Helmut Ruge und Dieter Hildebrandt; die Straßenmusikgruppe MEK Bochum; die Mobile Rhein-Main-Theater GmbH mit ihrem bekannten Stück, „Teufel, Teufel oder trau' keiner Woche über 35“; die Schriftsteller Jochen Köhler und Bernt Engelmann; sowie türkische und portugiesische Folkloreguppen.

Die Ruhrfestspiele in Recklinghausen sind mit dem Anspruch ins Leben gerufen und fortgeführt worden, den werktätigen Menschen Kultur nahezubringen, ihnen einen Zugang dazu zu öffnen. Man muß der Eröffnungsveranstaltung bescheinigen, daß sie dies zu einem erfreulichen Grad geleistet hat. Man kann nur hoffen, daß die Festspiele — die vom 1. Mai bis zum 18. Juni reichen — insgesamt einen ähnlichen Zuspruch finden.

Unter dem Angebot der Ruhrfestspiele 1980 möchten wir auf folgende Aufführungen bzw. Veranstaltungen besonders hinweisen:

„Herr Puntilla und sein Knecht Matti“, Schauspiel von Bert Brecht. Dieses Stück um den Gutsherrn Puntilla, der nüchtern ein Schinder, betrunken aber ein Menschenfreund ist, und seinen Chauffeur

Murieta. Dieses Stück von Otto Zonschitz nach Pablo Neruda wird von der Theatermanufaktur Berlin gespielt. — Ein Arbeiter — einem Massaker entronnen und in sein Dorf zurückgekehrt — erzählt die Geschichte des Freiheitskämpfers Joaquín Murieta. Die eingeschüchterten Dorfbewohner werden dadurch von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Unterdrückung überzeugt. — Die Aufführungen finden am 5.6., 6.6., 7.6., 10.6., 11.6. und 12.6. jeweils um 20.00 Uhr im Werkstatt-Theater (Ruhrfestspielhaus) statt.

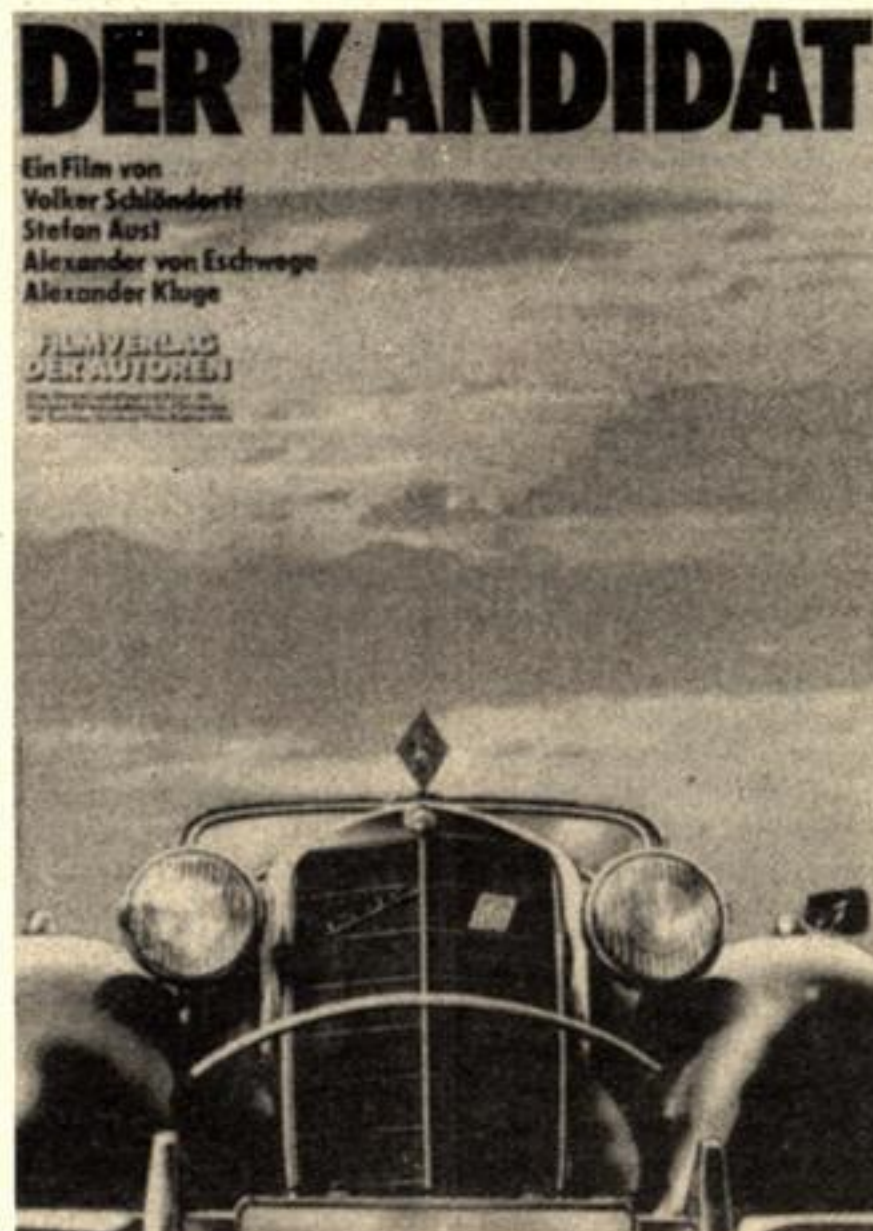
Einstein. Oper von Paul Dessau, westdeutsche Erstaufführung. Text: Karl Mickel, Regie: Jaroslav Chundela. Operngastspiel des Musiktheaters im Revier Gelsenkirchen. — Am 15., 17. und 18.6. jeweils um 19.30 Uhr.

Während der Festspieltage werden außerdem die Ausstellungen **Aus Schacht und Hütte. Ein Jahrhundert Industriearbeit im Bild: 1830 - 1930 und Streiklichter** im Festspielhaus gezeigt. „Streiklichter“ zeigt Dokumente über die Durchsetzung des Streikrechts, die gleichzeitig ein Stück Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften ist.

Auskünfte/Kartenbestellungen: Haus der Ruhrfestspiele, Otto-Burrmeister-Allee 1, 4350 Recklinghausen. Tel.: 02361/25300 und 25350.

Filmkritik

„Der Kandidat“ — mangelhaft und sehenswert



Plakat zum Strauß-Film

An einer kurzen Stelle des Strauß-Films „Der Kandidat“ wird das Titelwort selbst durchleuchtet: „Kandidat“ kommt aus dem Lateinischen. „candidatus“ bedeutet: „weißgekleidet“ oder: (mit weißer Toga bekleideter) „Amtsbewerber“. „candidatus“ wiederum ist auf das Wort „candidus“ zurückzuführen, und dieses heißt unter anderem: „glänzend weiß“, „schneeweiß“, weiß schimmernd“, „strahlend“, „ungekünstelt“, „aufrichtig“, „redlich“... — Die Kinobesucher, die bis zu dieser Stelle schon einen guten Teil des Werdegangs und der Person des „Kandidaten“ im Film kennengelernt haben, quittieren fast jedes Wort der Aufzählung mit Gelächern.

Es ist die Methode des Films von Volker Schlöndorff, Alexander Kluge, Stefan Aust und Alexander von Eschwege, diesen „Weißschimmernden“, diesen „Kandidaten“ Franz Josef Strauß zu betrachten, zu beleuchten — in verschiedenen Situationen und Zusammenhängen — so lange, bis der Glanz verschwindet. Die Filmer arbeiten dabei mit verschiedenen Methoden: mit Montagen, mit dem Mittel der Dokumentation, des Zitats, der Einblende, des filmischen Vergleichs etc. Es ist ihnen dabei zweifellos ein eindrucksvolles Filmdokument gelungen, virtuos in vielen Passagen — als Bild des „Kandidaten“ aber völlig ungenügend.

Doch der Reihe nach.

Der Film entrollt einmal vor dem Zuschauer eine Fülle historischer Materials. Anhand des politischen Aufstiegs des „Kandidaten“, anhand seiner zahlreichen Affären geben die Filmer dem Zuschauer einen eindrucksvollen Kursus in die jüngste deutsche Geschichte: Von der Entnazifizierung und dem Wiederaufbau bis zur Wiederaufrüstung, von den Adenauerschen Kabinettspolitik bis zum revolutionären Aufbegehren der Studenten. Vor allem dieser historische — Aspekt macht den Film sehenswert; er bietet die jüngste Vergangenheit Westdeutschlands weitgehend so dar, wie sie tatsächlich gewesen ist, und wie sie vielen leider

nur allzu wenig bekannt ist.

Es überrascht und verblüfft auch, wie der Film verschiedene Aspekte der heutigen Wirklichkeit sichtbar macht, indem er richtig hinsehen, hinhorchen läßt. — Da zeigt der Film etwa einen Ball der Luftwaffe der Bundeswehr, und die Unbekümmertheit, mit der dort Militarismus zur Schau gestellt wird, kann einen entsetzen. — Da beobachtet der Film ein andermal den Bundespräsidenten Carstens auf seiner Wanderung durch deutsche Natur; es kommt zu einem kleinen Zwischenfall mit einem aufgebracht Anwohner, der sich bei Carstens über eine sinnlos vor seinem Haus verlegte Betonstraße beschwert. Und Carstens reagiert: mit der ganzen bieder-männischen Ignoranz, Frechheit und Überheblichkeit eines Bundespräsidenten — das ist schon sehenswert.

Oder eine andere Szene: Strauß und Albrecht sitzen auf einem Kanapee und müssen die Zeit, in der sie gefilmt werden, irgendwie überbrücken. Sie haben sich aber nichts zu sagen, und so produzieren sie — immer den Eindruck des Souveräns während — Floskeln, bis Strauß unversehens zu einem Plädoyer über die Notwendigkeit der Aufrichtung einer „Scheinwelt“ um einen Politiker ansetzt: Im letzten Jahr im Zuge einer Umfrage befragt, was er zu Weihnachten esse, habe er gesagt: Kartoffelsalat mit Würstchen, obwohl das na was er zu Weihnachten esse, habe er gesagt: Kartoffelsalat mit Würstchen, obwohl das natürlich nicht stimmte. Es sei aber stören. Dies ist der „Kandidat“.

Oder auch dies: Strauß zieht am Aschermittwoch triumphal in die Nibelungenhalle in Passau ein. Die Kamera verfolgt den Kandidaten, wie er inmitten eines sich mit ihm fortbewegenden Pulks winkend durch eine große Menschenmenge steuert, und je länger die Kamera ihn zeigt, desto beklemmender wird das Bild; es wird zu Vision einer fanatisierten Menge, auf deren bewegter Oberfläche gleichsam der breite Kopf des „Kandidaten“ schwimmt und, eine Menschen-

strömung hinter sich herziehend, seinem Ziele zustrebt.

Viel mehr an „Vision“, an „Warnung“ bringt der Film allerdings nicht. Der „Spiegel“ lobt in einer umfangreichen Filmbesprechung gerade, daß der Film keine Prognose und keine „Bangemacherei“ enthält, daß er über die Zukunft schweigt und sich rein auf die Gegenwart und Vergangenheit beschränkt, und nennt dies „intellektuelle Ehrlichkeit“.

Ehrlich haben es die Macher des Filmes mit Sicherheit gemeint — für ihre Ehrlichkeit spricht schon die Konsequenz, mit der sie allen Zensureingriffen und Behinderungen zum Trotz die Erstellung ihres Films vorantreiben (siehe auch RM 18/20). Trotzdem aber sind wichtige Aspekte des „Kandidaten“ — und zwar die entscheidendsten — aus dem Film ausgeklammert geblieben.

Der Film ist mangelhaft insofern, als er die Verbindungen Strauß' zum Großkapital, vor allem zur Rüstungsindustrie, nicht aufzeigt. Die beiläufigen Hinweise bei Darstellung der HS-30- und Fibag-Affäre reichen da nicht. Strauß ist der Mann des Großkapitals, der Kriegskonzerne, das ist sein entscheidendes Merkmal. Wie Hitler ohne die Unterstützung durch die Großkapitalisten nichts gewesen wäre, so ist auch Strauß nichts ohne seine Verbindungen zur Industrie. Diese Dimension ausklammern, heißt den „Kandidaten“ verkennen oder verkennen lassen.

Engelmann überzeugend dargestellt hat — das Denken und Handeln dieses „Kandidaten“. Man kann darüber nicht hinweggehen.

Schließlich läßt der Film eine eingehendere Durchdringung der nächsten Parteiumgebung von Strauß vermissen. Sicher, die Stoiber, Zimmermann und Konsorten tauchen im Film auf, man kann ihre Gesichtszüge, ihre Mimik und ihre Gesten studieren, aber der Einfluß, den diese „CSU-Mafia“ auf Strauß übt, und umgekehrt, bleibt verborgen. Strauß ist kein Einzelkämpfer, er muß im Zusammenhang gesehen werden mit der Partei, deren Vorsitzender er ist, und die ein willfähiges und gefährliches Instrument in seinen Händen ist. Nicht nur ein Strauß bedroht mit seiner Kanzlerschaft die Bundesrepublik, sondern mit ihm das faschistische Potential seiner Partei.

„candidus“ — der Weißglänzende. Sicher ist der Film von Schlöndorff, Kluge, Aust und von Eschwege geeignet, den „Kandidaten“ in ein gewisses Licht zu rücken, seine weiße Weste so zu durchleuchten, daß sie sich verfärbt wie eine belichtete photographische Platte. Aber doch läßt der Film den Kandidaten merkwürdig ungeschoren. Strauß kommt in dem Film zu gut weg. Er erscheint harmloser, als er ist. Er wird nicht in konsequenter Weise als der Politiker gezeigt, der er ist, als Repräsentant und Verfech-



Strauß und Albrecht auf dem Kanapee (Filmszene)

Bernt Engelmann, Strauß-Kenner im wahrsten Sinne des Wortes, hat auf einer Maiveranstaltung auf diesen großen Mangel des Films hingewiesen, er hat aber gleichzeitig den Mangel durch den Hinweis zu entschuldigen gesucht, daß die filmischen Mittel eben begrenzt und die Verbindungen Strauß/Großindustrie letztlich nicht auf die Leinwand zu bringen seien. Das kann man nicht gelten lassen. Der Film hätte zur Darstellung gerade dieses Zusammenhangs eine Möglichkeit finden müssen! Wenigstens erwähnen müssen hätte er dies! Und zumindest ein paar Fotos, Zitate, Aussagen etc. hätten sich dort finden lassen! — Auch bei der Darstellung anderer Episoden und Sachverhalte arbeiteten die Filmemacher bloß mit Fotos oder Zitaten.

Weiter fehlt in dem Film völlig die Nazivergangenheit des Franz Josef Strauß. Sicher war Strauß kein „großes Tier“ des Dritten Reiches. Aber die Naziideologie, deren Propagandist Strauß war, bestimmt heute noch — wie nicht zuletzt Bernt

ter aggressiven faschismus-hungrigen Monopolkapitals, und so erscheint er letztlich zu sehr „als Mensch“. So sehr, daß auch der „Spiegel“ in seiner Rezension schreiben muß: „Oft umgibt den Kandidaten, dem dieser Film beharrlich und nicht boshaft zusieht, eine ganz und gar unmythische, etwas ärmliche Trauer. Es ist, als sei der mittlerweile eher Opfer als Täter...“

Das „Menschliche“, zu beharrlich aufgetragen, verstellt leicht den Blick für die Wirklichkeit. Strauß eilt durch eine Tür und ruft dem Livierten, der ihm die Tür aufhält, ein herzhaftes „Grüß Gott!“ zu. Das ist freundlich, aber was solls. Man weiß von Hitler, daß dieser ein Tierfreund war, und Kindern hat er die Köpfe getätelt...

„Der Kandidat“ ist seit zwei, drei Wochen in den Kinos zu besichtigen. Der Film ist mangelhaft. Jedoch sollte einen das nicht davon abhalten, den Film zu besuchen: es lohnt sich. Man muß nur wissen, was der Film nicht zeigt.



Verliert Putzi ihr Kind?

Immer wieder beteuert Putzi von Opel im Prozeß ihre Unschuld: „Ich habe von nichts gewußt.“ Ihr Anwalt dazu: „Doch, sie wußte, wie viele Jahre sie ins Gefängnis muß, aber das Kind verlieren?“ Bericht Seite 4

Springer-Berichterstattung über „Putzi“-Prozeß

Ein „Bild“-Herz für Groß-Dealer

Diesmal geht es nicht um einen kleinen geschnappten Haschisch-Konsumenten, um einen im Drogenelend verkommenen Jugendlichen, um eines dieser Opfer von skrupellosen Groß-Dealern, — diesmal geht es um die Groß-Dealer selbst, und zwar solche aus allerhöchsten Kreisen. Und damit liegt für „Bild“ der Fall ganz anders, und die Zeitungs-maschine wird nun andersherum gestrickt: Nicht Schock- und Greuelberichte von der „verlorenen Generation“ gibt es diesmal, sondern eine Rührstory in Fortsetzungen.

In Aix-en-Provence (Frankreich) läuft gegenwärtig der Berufsprozeß gegen die Millionenerbin Christina („Putzi“) von Opel und ihre Spießgesellen. Die Opel war wegen ihrer maßgeblichen Beteiligung an einem Haschisch-Schmuggelgeschäft von riesigem Ausmaß in erster Instanz zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden: In ihrer Villa „Le Mercles“ in Südfrankreich waren 1,6 Tonnen Haschisch gefunden worden.

Vor den Dealer-Millionären steht nun „Bild“ stramm bzw. fließt über vor Mitgefühl und Mitleid; und es greift voll in das Arsenal seines Lumpenjournalismus, um Sympathiewerbung zu betreiben. In den düstersten Farben malt „Bild“ aus, wie dreckig es der Millionenerbin geht: „Sie stirbt im Gefängnis“,

jammert „Bild“. „Ein spitzes Gesicht, ihre Kinderhände wirken fast durchsichtig.“ (Und eine andere Springer-Zeitung, „Welt am Sonntag“, empört sich: „Putzi von Opel, die mit einer Algerierin die Zelle teilte, wurde depressiv und magerte ab.“)

Die Berufungsverhandlung in Aix-en-Provence selbst wird von „Bild“ in solchen Tönen geschildert:

„Christina von Opel hat 20 Minuten ausgesagt, in die Ecke der Anklagebank gedrückt: „Ich wußte nichts vom Haschischgeschäft“, beteuerte sie: „Für mich ist nur noch eines wichtig — meine Tochter.“ — Da springt Staatsanwalt Le Gouic auf: „Wo ist denn das Kind überhaupt?“ — „Bei mir“, sagt „Putzi“. — Le Couic, ein stämmiger Mann mit grauer Meck-Frisur: „Wer hat das Sorge-recht?“ — Christina von Opel: „Ich natürlich. Michael Karg [Putzis Freund und Komplize] hat Vanessa als Vater gar nicht anerkannt. — Da schiefen Karg — der drei Meter von ihre weg auf der Anklagebank sitzt — die Tränen in die Augen, er verbirgt das Gesicht in den Händen. — „Das ist nicht wahr“ ruft sein Verteidiger Jean Dissier: „Karg liebt Vanessa genau wie Christina. Er betet sein Kind an.“ Der Anwalt zeigt in den Zuschauerraum: „Und dort sitzen die Großeltern, die Vanessa ebenso lieben und denen Christina nicht einmal erlaubt, ihr Enkelkind zu besuchen.“ Jetzt weint auch Putzi

von Opel. Hilfesuchend blickt sie zu Gunter Sachs, ihrem Cousin. Der senkt den Kopf.“

Sage mir, wer deine Freunde sind, und ich sage dir, wer du bist. Wenn es bei „Bild“ noch eines Beweises bedürfte, dann bewiese die Berichterstattung über den Opel-Prozeß überdeutlich, um was für ein Druck-erzeugnis es sich bei „Bild“ handelt: Die Zeitung zeigt sich als ein Komplize von Drogen-Groß-Dealern, als Spießgeselle derer, die mit der Verrottung und Verseuchung der Jugend ihre Riesengeschäfte machen.

Der Urteilsspruch von Aix-en-Provence stand bei Redaktionsschluß noch aus. Hoffentlich fällt er nicht zu milde aus. — Je mehr Jährchen, desto besser — denn desto länger bleibt dieses High-society-Früchtchen Putzi oder Schmutzi von Popel, oder wie sie sonst heißt, der Öffentlichkeit erspart. Und wenn es schon ans Einbuchen geht, dann müßten am besten die „Bild“-Schreiberlinge mit dazugepackt werden, die nun das geplatzte Drogen-Großgeschäft als „menschliche Tragödie“ darstellen.

Aufgelesen:

Der Unterschied zwischen einer Strafanzeige und einer Strafanzeige...

Daß eine Strafanzeige eines „Normalbürgers“ gegen einen Polizeibeamten weniger wert und daher weniger erfolgreich sein könnte als umgekehrt die Strafanzeige eines Polizisten gegen einen Bürger, dieses Gefühl beschlich den Schriftsetzer Werner Z. aus Bochum schon kurze Zeit nach einem Vorfall im November, bei dem er — nachts auf der Straße — mit Polizeibeamten aneinandergeraten war und bei dem es Verletzte auf beiden Seiten gegeben hatte.

In einer Gerichtsverhandlung am Montag vor dem Schöffengericht bestätigte sich das unguete Gefühl des Schriftsetzers. Nicht ein Polizeibeamter, sondern er saß auf der Anklagebank. Nicht den Ordnungshütern wurde die Eskalation eines aus einer Lappalie entstandenen Streits angelastet, sondern dem Schriftsetzer.

Nach Aussagen der Ehefrau des Angeklagten, die vor Gericht als Zeugin auftrat, begann alles in einem Taxi. „Mein Mann und ich kamen von einer Geburtstagsfeier. Als das Taxi Schlangenlinien fuhr und zusammen mit einem anderen Taxi ein Hupkonzert veranstaltete, beschwerten wir uns bei dem Fahrer. Dieser hat dann die Polizei rufen lassen, dies aber beim Eintreffen der Polizisten bestritten.“

Werner Z. in seiner Einlassung: „Die Polizisten wollten den Taxifahrer nicht überprüfen. Ich stellte mich daher vor das Taxi, um mir wenigstens das Kennzeichen zu notie-

ren. Da wurde ich von zwei Polizeibeamten weggerissen. Einer versetzte mir kurz darauf von hinten einen brutalen Schlag in die Nierengegend.“

Die Ehefrau des Schriftsetzers ergänzte: „Mein Mann wurde zusammengeschlagen. Es war ein furchtbares Bild. Später wurde er in einen Polizeiwagen geschubst, obwohl er freiwillig mit zur Wache wollte.“ Der Angeklagte: „Auf der Wache trat mir ein Polizist in den Unterleib.“ Z. legte ein ärztliches Attest über die Verletzungen vor.

Einer der beteiligten Polizeibeamten hielt dagegen: „Ich bekam von dem angetrunkenen Angeklagten grundlos einen Faustschlag gegen das Kinn. Wir haben ihn nicht geschlagen.“

Dieser Polizeibeamte und Werner Z. erstatteten damals beide Strafanzeige. Der Staatsanwalt folgte den Aussagen der Polizisten und klagte den Schriftsetzer wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Körperverletzung an. Die Strafanzeige von Werner Z. hatte keine Folgen. Im Gegenteil.

Auf Empfehlung des Gerichts mußte der Schriftsetzer gestern seine Anzeige zurückziehen. Widrigenfalls wäre er nicht in den „Genuß“ einer „symbolischen“ Geldbuße in Höhe von 50 Mark gekommen, mit der er sich nun eine Einstellung des Verfahrens und damit Straffreiheit „erkaufen“ kann. Aus: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)



Wenn einer Lust und Zeit hat...

Offenbach am Main

Wir sind die bürgerliche Verwaltung eines zentralen Stadtgebietes. 114.000 Einwohner. Internationale Lederwaren- und Mode- und City mit guten Einkaufsmöglichkeiten. Vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot. Umgeben von Odenwald, Taunus u. Spessart.

Bei der Stadt Offenbach am Main ist die Stelle des

Oberbürgermeisters

zum 4. Oktober 1980, wegen Ablauf der Amtszeit des jetzigen Stelleninhabers neu zu besetzen.

Der Oberbürgermeister wird auf die Dauer von sechs Jahren in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen (Wiederwahl möglich) und erhält Amtsbezüge nach Gruppe W 12 (= Bes.-Gr. B 7 BesG).

Zum Dezernatsbereich des Oberbürgermeisters gehören die in der HGO vorgeschriebenen Aufgaben, insbesondere die Leitung und Organisation der Verwaltung.

Offenbach am Main ist eine moderne Großstadt im Ballungsgebiet Rhein-Main, die ihre vielfältigen Aufgaben im Rahmen des Umlandverbandes Frankfurt und in enger Zusammenarbeit mit allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit dem Kreis Offenbach (260.000 Einwohner) zu lösen hat. Es sind große kommunalpolitische Aufgaben zu bewältigen und interessante und gewichtige Vorhaben fortzuführen.

Wir suchen daher eine dynamische, zielstrebige Persönlichkeit mit Führungsqualitäten, Einsatz- und Verantwortungsfreude, Integrationsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft.

Bewerber sollten über folgende Voraussetzungen verfügen:

- die durch Prüfung erworbene Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt und
- mehrjährige entsprechende Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen, wie Lebenslauf, Referenzen, Tätigkeitsanschauung, Lichtbild und Zeugnisabschriften werden — in einem verschlossenen Umschlag mit dem Kennwort „Oberbürgermeister“ — erbeten bis zum 19.5.1980 an den

Vorsitzenden des Wahlausschusses
Herrn Stadtverordneten Stefan Golisch
Berliner Straße 100, Rathaus
6050 Offenbach am Main

Anzeige aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der „Frankfurter Rundschau“ vom 30.4.1980

Wohnungsmafiosi

Als die Hamburger Versicherungsangestellte Johanna Harmeister von der Arbeit nach Haus kam, war das Haus, das sie am Morgen verlassen hatte, nur noch ein Trümmerhaufen. Auf Anordnung des Baudezernats des Bezirksamtes Hamburg Mitte war das Haus abgerissen worden — angeblich wegen „Einsturzgefahr“.

Der „Einsturzgefahr“ allerdings war während der Abwesenheit von Frau Harmeister von unbekannter, aber interessierter Seite kräftig nachgeholfen worden: Im obersten Stockwerk war eine tragende Mauer mutwillig eingerissen.

Frau Harmeister, Mitglied einer Mieterinitiative, war die einzige verbliebene Mieterin des abgerissenen Hauses. Die übrigen fünf Mietparteien hatten dem Drängen und Klagen des Hausbesitzers, der Bauregie Nordwest, bereits nachgegeben.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinost. 55, geöffnet: Di, Do, Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 24, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 FRANKFURT (Bockenheimer), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulteplatz 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesegrube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 19, Tel.: 089/250 75 54, geöffnet: Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.